

GSP-01 Vorwort

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 23.06.2020
Thema: Grundsatzprogramm

Text

1 **„... zu achten und zu schützen...“ – Veränderung schafft Halt.**

2 Hiermit legen wir, der Bundesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen, den Entwurf für das neue
3 Grundsatzprogramm unserer Partei vor. Es soll im Herbst 2020 bei unserer
4 Bundesdelegiertenkonferenz in Karlsruhe beschlossen werden und damit das aktuelle
5 Grundsatzprogramm von 2002 ablösen.

6 Wir legen diesen Text vor in einer Zeit, in der die Welt durch die Corona-Pandemie in
7 ungeahnter Weise erschüttert wurde. Sicher Geglaubtes und Erwartetes fiel von einem Tag auf
8 den anderen in sich zusammen. Und so, wie unser Land, Europa, die Welt für einen Augenblick
9 stillzustehen schienen – Krankenhäuser im Chaos, die Wirtschaft runtergefahren, Menschen vor
10 dem Nichts, Reisen eingestellt, Schulen zu, Zukunftspläne über den Haufen geworfen –,
11 hielten auch wir für einen Moment inne. Was bedeutet diese Krise für die Gesellschaft und
12 was folgt aus ihr?

13 Die Corona-Krise ist ein Schock für die Menschheit. Sie zeigt über Nacht unsere
14 zivilisatorische Verletzlichkeit. Sie verändert den Blick auf das, was vorher war, und das,
15 was vor uns liegt: Lang bekannte Probleme erscheinen in grellerem Licht, das kein Wegsehen
16 mehr duldet, gewohnte Erfahrungen und erwartete Entwicklungen erscheinen weniger denn je
17 selbstverständlich, unabänderlich.

18 Die Pandemie trifft eine ohnehin verwundete Welt. Die vergangenen Jahrzehnte waren für viele
19 Menschen geprägt von Fortschritt, wachsender Gesundheit, weniger Hunger und besserem
20 Bildungszugang, von Emanzipation und der Ausweitung von Gleichheitsrechten. Menschen und
21 Milieus sind vielfältiger und freier geworden. Die Welt ist zusammengewachsen, neue
22 Möglichkeiten für Verbindungen und weltweite Impulse sind entstanden. Aber die Welt hat sich
23 rasanter entwickelt als die Ordnung, die sie zusammenhält. Denn dieser Fortschritt geht
24 einher mit einer zerstörerischen Seite. Die Erde erhitzt sich, das Rad der Globalisierung
25 läuft heiß, das allgemeine Wohlstandsversprechen fußt auf der Ausbeutung von Menschen und
26 Ressourcen und erweist sich so als nicht haltbar. Von diesem Fortschritt haben nicht alle
27 profitiert, soziale Netze wurden abgebaut und zu viele Menschen abgehängt. Die Prinzipien
28 der Aufklärung als gemeinsame Grundlage für demokratische Gesellschaften sind in Gefahr.
29 Weltweit brechen sich Autoritarismus und Nationalismus Bahn, gepaart mit Rassismus und
30 Ausgrenzung. Frauen werden in alte Rollenbilder zurückgedrängt. Die Weltgemeinschaft driftet
31 auseinander, die Gesellschaft auch. Und wir müssen erkennen, dass dies nicht zwei
32 widersprüchliche Tendenzen sind, sondern auch sich bedingende. Der Erfolg trägt den Verlust
33 in sich. In einer immer vielfältigeren Gesellschaft geraten Interessen von Einzelnen und
34 Gruppen zunehmend in Spannung. Mit diesem Grundsatzprogramm schlagen wir eine Politik vor,
35 die diese Widersprüche weder ignoriert oder leugnet noch durch einen nationalen Populismus
36 beantwortet.

37 Zeiten, in denen alte Ordnungen erodieren und das Neue sich noch nicht herausgebildet hat,
38 sind Zeiten der politischen Kurzfristigkeit. Dabei ist es gerade notwendig, die Konturen
39 einer krisenfesten Gesellschaft zu zeichnen. Widerstandsfähig und der Welt zugewandt. Wir
40 sind daher entschlossen, das Jahr 2020 nicht nur als Krisenjahr zu sehen, sondern als
41 Kraftzentrum für neue Perspektiven. In diesem historischen Moment steht ein neues
42 Grundsatzprogramm nicht nur für eine neue Phase der bündnisgrünen Partei. Es soll für den
43 Beginn einer neuen Phase der Politik, für eine Politik einer neuen Epoche stehen.

44 Sie kann eine Epoche werden, in der unser Wirtschaften ins Gleichgewicht mit der natürlichen
45 Umwelt kommt. Eine Epoche der Kooperation, der Bündnisse und der Zusammenarbeit, der
46 internationalen Solidarität. Eine vernetzte Welt kann man demokratisch nur kooperativ ordnen
47 und Gesellschaften gemeinsam widerstandsfähiger machen. Das gilt vor allem für Europa und
48 beinhaltet die Erkenntnis, dass deutsche und europäische Interessen eins sind. Es kann eine
49 Epoche des Gemeinwohls und des Gemeinsinns werden, der Gerechtigkeit und der gleichen
50 Möglichkeiten an individueller Entwicklung. Es kann eine Epoche werden, in der die rasante
51 technologische Entwicklung dem guten Leben und demokratischen Zusammenleben dient. 2020 kann
52 der Wendepunkt sein: Von hier an anders.

53 Das geschieht aber nicht von allein, sondern nur, wenn wir grundlegende Dinge ändern. So
54 leisten wir uns zwar zu unser aller Schutz eine teure Armee, von der wir hoffen, dass sie
55 nie zur Verteidigung eingesetzt werden muss. Wir halten eine Feuerwehr vor und hoffen, dass
56 es nicht brennt. Aber das Gesundheitssystem, die Daseinsvorsorge müssen sich bislang vor
57 allem rechnen. Solange wir an solch einer rein am Profit orientierten Logik selbst bei den
58 Gemeinwohlsgütern festhalten, sind wir anfällig und verwundbar.

59 Um als Gesellschaft krisenfest zu werden und uns für die Zukunft zu wappnen, ist Sicherheit
60 neu zu definieren. Vorsorge ist als Grundpfeiler der Sicherheit zu verankern, Veränderung
61 als Fundament für Halt zu begreifen. Entsprechend sollten wir die Politik in allen Bereichen
62 darauf ausrichten: angefangen beim Klimaschutz und bei der Neujustierung der Wirtschaft hin
63 zu einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft, weiter über eine neue Landwirtschaftspolitik,
64 Gesundheitsschutz und soziale Gerechtigkeit, nicht endend bei einer gemeinsamen,
65 vorausschauenden europäischen Außen- und Sicherheitspolitik im Streben nach Frieden. Es
66 gilt, nicht nur unsere Demokratie und den Staat zu stärken, sondern auch uns als mündige
67 Bürger*innen zu befähigen, selbstbestimmt, frei und mutig in die Zukunft zu gehen, gleich an
68 Rechten und Würde, gemeinsam in Vielfalt.

69 Die Corona-Krise hat der Welt – wieder, aber jetzt besonders drastisch – vor Augen geführt,
70 dass wir die Gegenwart nicht einfach linear in die Zukunft fortschreiben können. Alles kann
71 anders kommen, alles ist möglich. Dieses Wissen ist alt, aber wird oft verdrängt, weil es in
72 seiner unfassbaren Dimension beängstigen, bedrücken, zum Rückzug führen kann, ist es doch
73 ein großes menschliches Bedürfnis, sagen zu können, wie wird es morgen sein. Es kann aber
74 auch eine Quelle des Mutes und der Zuversicht sein: Wir können die Dinge besser machen. Wir
75 können verändern, um zu bewahren. Wir können mit Beginn dieser Dekade eine neue Epoche
76 einleiten. Damit das gelingt, müssen wir uns mit derselben Entschlossenheit und derselben
77 Solidarität, mit der wir die Corona-Krise bekämpft haben, den anderen Krisen dieser Welt
78 stellen. Und wir haben dafür eine Vision für die Zukunft.

79 Ja, wir wissen nicht, was kommt. Aber wir wissen, woher wir kommen, wo wir hinwollen und was
80 uns leitet. Wir stehen auf einem festen Wertefundament, klare Handlungsprinzipien führen
81 uns, auch wenn der Wind von vorne kommt, der Weg sich ändert, Unerwartetes die Welt aus den
82 Angeln hebt. Und wir tragen eine Offenheit mit uns, den sich ändernden Realitäten, den
83 Bedürfnissen der Menschen angemessen zu begegnen.

84 Der Entwurf für dieses Grundsatzprogramm spiegelt dies in Form und Inhalt wider. Wir legen
85 einen Programmentwurf vor, der grundsätzliche Leitlinien für die nächsten Jahre formuliert.

86 Er besteht daher aus einzelnen Paragraphen anstatt aus einem geschlossenen Programmtext. In
87 acht Kapiteln, die sich an den großen Aufgaben der Zeit orientieren, formulieren wir unseren
88 bündnisgrünen Standpunkt und beschreiben Grundsätze unseres politischen Handelns. Diese Form
89 ist als Einladung für neue Bündnisse zu verstehen, die wir für die vor uns stehenden
90 Veränderungen brauchen.

91 1980 haben wir uns zusammengetan, um unsere Gesellschaft freier, gerechter, demokratischer
92 und ökologischer zu gestalten. In diesem Geist haben wir unser erstes Grundsatzprogramm
93 geschrieben. 1993 definierten wir einen neuen Grundkonsens von Bündnis 90 und den Grünen,
94 geprägt von der friedlichen Revolution und der Wiedervereinigung. 2002 beschlossen wir unser
95 drittes Grundsatzprogramm, mitten in der Regierungszeit von Rot-Grün. Mit diesem nun
96 vorgelegten Programm gehen wir in eine neue Phase: Wir beschreiben unseren Kurs für eine
97 gesellschaftliche Bündnisfähigkeit, getragen von dem Wunsch und im Bestreben,
98 gesellschaftliche Mehrheiten herzustellen und in politische Handlungsfähigkeit zu
99 übersetzen.

100 Alleine schafft es niemand. Wir verstehen es als unsere Aufgabe, gemeinsam die Umbrüche zu
101 gestalten, um Halt, praktische Orientierung und Zuversicht zu geben.

GSP-02 Präambel

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 23.06.2020
Thema: Grundsatzprogramm

Text

- 1 Unterschiedliche Wege in die Zukunft sind nicht nur möglich, sie sind bereits im Heute
- 2 angelegt. Genauso wie der Mensch die Macht hat, die Welt zu zerstören, hat er auch die
- 3 Macht, sie zu einem besseren Ort für alle zu machen. Wir haben es selbst in der Hand.
- 4 Politik ist, sich zusammenzutun und für eine bessere Zukunft einzustehen. Als Partei eint
- 5 uns das Wertefundament dieses Grundsatzprogramms, eine geteilte Grundhaltung zu der Welt,
- 6 wie sie ist und wie sie sein könnte. Ein Leben in Würde und Freiheit zu ermöglichen, heute
- 7 wie übermorgen, überall auf diesem Planeten, den wir gemeinsam bewohnen, ist unser Ziel.
- 8 So vielfältig wir selbst sind, so offen sind unsere Arme mitzumachen, Bündnisse zu
- 9 schmieden. Wir haben uns zusammengeschlossen, weil wir darauf vertrauen, dass unsere Politik
- 10 den Unterschied machen kann.

GSP-03 Grundwerte: Die Werte, die uns einen

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 23.06.2020
Thema: Grundsatzprogramm

Text

- 1 (1) Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch in seiner Würde und Freiheit. Jeder
2 Mensch ist einzigartig und frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Die universellen
3 und unteilbaren Menschenrechte sind Anspruch und Maßstab unserer Politik.
- 4 (2) Die Werte, die unsere Politik tragen, sind Ökologie, Gerechtigkeit, Selbstbestimmung,
5 Demokratie und Frieden. Dieses Fundament bildet für uns die Grundlage für eine solidarische
6 Gesellschaft, in der sich die Freiheit der und des Einzelnen auch in der Achtung der Anderen
7 als Gleiche sowie in ihrer Würde und Freiheit entfaltet.
- 8 (3) Diese Werte, die auf dem Prinzip der Menschenwürde beruhen, ergänzen sich nicht nur, sie
9 stehen mitunter auch im Widerstreit. Werteorientierte Politik braucht also Gespräch und
10 Streit, Gestaltung und Erneuerung. Nur ein geschlossenes Weltbild kennt keine Widersprüche.
11 Eine demokratische Gesellschaft realisiert sich weder in Werte- oder Regellosigkeit noch in
12 starren Dogmen, sondern indem das Verhältnis der Werte zueinander immer wieder konkret
13 ausverhandelt wird. Das ist grundlegende Voraussetzung für die Legitimität von Politik.
- 14 (4) Politik gestaltet die Wirklichkeit im Heute für das Morgen und im Bewusstsein für das
15 Gestern. Ohne Woher kein Wohin. Wir blicken nach vorne, im Wissen um die geglückten
16 Erfahrungen und Katastrophen unserer Geschichte. Als Europäer*innen handeln wir im
17 Bewusstsein einer Verantwortung für globale Gerechtigkeit auf Grundlage der Bürger- und
18 Menschenrechte, wie sie sich in Deutschland im Grundgesetz manifestieren. Die Lehren aus den
19 Menschheitsverbrechen des Nationalsozialismus sind uns Verpflichtung.
- 20 (5) Unsere Politik richtet sich an alle Menschen. Wir verstehen uns als Bündnispartei, die
21 auf der Grundlage gemeinsamer Überzeugungen offen ist für unterschiedliche Erfahrungen,
22 Vorstellungen und Ansätze. Sie orientiert sich nicht an der Summe einzelner Interessen oder
23 einzelner Gruppen, sondern verbindet verschiedene Interessen zu einer gemeinsamen Vision für
24 die Zukunft. Das kann anstrengend sein, aber nur so entsteht aus den vielen verschiedenen
25 Erfahrungen und Ideen Neues.
- 26 (6) Jede Zeit hat ihre Aufgabe. Die Aufgabe unserer Zeit ist, eine krisenfeste Gesellschaft
27 demokratisch zu gestalten. Dazu ist Wohlstand im Sinne von Klimaneutralität, Vorsorge und
28 Gerechtigkeit neu zu definieren und die Politik darauf auszurichten. Um Krisen zu meistern,
29 braucht es Zusammenhalt – in einer Gesellschaft, die allen Bürger*innen die gleichen Rechte
30 und Möglichkeiten gewährt, die die Unterschiedlichkeit von Menschen und Regionen als Stärke
31 und Wert begreift, die Minderheiten schützt und die Spannungen durch Respekt ausgleicht. Wir
32 streben nach einem gemeinsamen Wir in einer vielfältigen Gesellschaft.

Ökologie

- 34 (7) Die Umwelt des Menschen zu schützen und zu erhalten ist Voraussetzung für ein Leben in
35 Würde und Freiheit. Sauberes Wasser und saubere Luft, Artenvielfalt und fruchtbare Böden
36 sind notwendige Bedingungen für unsere Entfaltungsfreiheit und Emanzipation. Eine Politik,

37 welche die natürlichen Lebensgrundlagen schützt, erhält die Möglichkeit zur Selbstbestimmung
38 für uns und künftige Generationen. Das 21. Jahrhundert ist das Zeitalter des Anthropozän.
39 Darin ist der Mensch zum entscheidenden Einflussfaktor dafür geworden, wie sich unsere Erde
40 verändert. Die Natur braucht uns nicht. Wir brauchen sie.

41 (8) Das Wissen um die planetaren Grenzen ist Leitlinie unserer Politik. Denn wenn wir durch
42 unser Handeln die ökologischen Belastungsgrenzen in Bereichen wie Artenvielfalt,
43 Klimaerhitzung oder Meeresversauerung überschreiten, sind die Stabilität unseres Ökosystems
44 und die Lebensgrundlagen der Menschen gefährdet. Es ist unsere Aufgabe, uns durch
45 technologischen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zum Wohle der Menschen so
46 nachhaltig weiterzuentwickeln, dass wir unsere Lebensgrundlagen bewahren und den Weg in die
47 ökologische Moderne einschlagen.

48 (9) Wir haben nur diese eine Erde, in ihrer Schönheit und natürlichen Vielfalt. Menschen
49 sind nicht die einzigen Lebewesen, die fühlen. Daher ist es Pflicht für uns Menschen, das
50 Wohl von Tieren und die gesamte lebendige Natur zu schützen.

51 (10) Eine intakte Umwelt ist Voraussetzung für Gesundheit. Der Erhalt unserer natürlichen
52 Lebensgrundlagen und die Maßnahmen zur Eindämmung der Klimakrise verhindern massive
53 Gesundheitsschäden und schützen im Sinne der Vorsorge die Gesundheit zukünftiger
54 Generationen.

55 (11) Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt. Ziel einer nachhaltigen Entwicklung
56 ist auch die ökologische Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Es ist unsere
57 Verpflichtung, ihnen faire Handlungsspielräume und Entscheidungsfreiheiten zu ermöglichen.

58 (12) Die Klimakrise und Zerstörung unserer Lebensgrundlagen verschärft bestehende
59 Ungleichheiten und trifft damit insbesondere Frauen. Ökologische Maßnahmen müssen von Frauen
60 mitgestaltet werden. Nachhaltigkeit bedeutet auch Geschlechtergerechtigkeit.

61 (13) Unter der Zerstörung der Natur leiden diejenigen früher und am stärksten, die dazu am
62 wenigsten beitragen und ihr am wenigsten entgehen können. Wo reiche Menschen sich noch
63 teilweise anpassen können, spüren andere die Folgen mit brutaler Härte. Ökologie und
64 Klimapolitik sind eine Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit. Jedoch können ökologische
65 Maßnahmen in Widerspruch zu sozialen Interessen geraten. Daher muss ökologische Politik
66 soziale Interessen immer miteinbeziehen.

67 (14) Wir denken Ökologie global. Ein Leben in Würde und Freiheit bedeutet ein Recht aller
68 Menschen auf Selbstbestimmung und Teilhabe. Globale Umweltgerechtigkeit nimmt die
69 historische Verantwortung der Industriestaaten für die Zerstörung der Umwelt in den Blick.
70 Deshalb sind wir in der Pflicht, die ökologischen und sozialen Kosten unseres Wirtschaftens
71 zu reduzieren, statt sie in andere Weltregionen zu verlagern, sowie diejenigen zu
72 unterstützen, die schon heute stark von Umweltzerstörungen betroffen sind und das in Zukunft
73 noch stärker sein werden.

74 (15) Eine nachhaltige Wirtschaftsweise schützt nicht nur Lebensgrundlagen, sondern erhöht
75 auch Wohlstand und Lebensqualität. Das erfordert eine grundlegende Dekarbonisierung unserer
76 Wirtschaft und unserer Lebensweise, für die in den kommenden Dekaden erhebliche
77 Investitionen notwendig sind.

78 (16) Der Weg in die ökologische Moderne sichert Demokratie und Selbstbestimmung für heute
79 und für künftige Generationen. Sonst verlieren wir, was wir mit dem Klima schützen: Freiheit
80 und Würde. Demokratische Verfahren bringen die Kreativität und den gesellschaftlichen
81 Zusammenhalt hervor, die es zur Bewältigung der ökologischen Krisen braucht.

82 **Gerechtigkeit**

83 (17) Die Würde und Freiheit des Menschen werden in einer gerechten und solidarischen

84 Gesellschaft verwirklicht. Solidarität schafft gesellschaftlichen Zusammenhalt.
85 Gerechtigkeit heißt für uns gleiche und größtmögliche Freiheit für alle. Sie ist die
86 Grundlage für ein gutes Leben.

87 (18) Gerechtigkeit bedeutet mehr als ein Leben ohne Armut. Soziale Gerechtigkeit braucht
88 einen starken Sozialstaat, der nicht nur materielle Sicherheit und Teilhabe gewährleistet
89 und Menschen vor Armut schützt, sondern über starke öffentliche Räume und Institutionen die
90 Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes, glückliches Leben schafft. Jeder hat das Recht auf
91 materielle Sicherheit und soziale Teilhabe sowie ein Leben frei von existenzieller Not.

92 (19) Eine gerechte Gesellschaft ermöglicht, gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben
93 teilzunehmen. Das verlangt starke öffentliche Räume und Institutionen – gute Schulen,
94 Schwimmbäder und Sportplätze, Bibliotheken und Theater, einen gut ausgebauten öffentlichen
95 Nahverkehr, Internetversorgung für alle, gute gesundheitliche Versorgung und gleichwertige
96 Lebensverhältnisse in der Stadt und auf dem Land. In Zeiten der Individualisierung, in der
97 sich viele Menschen einsam fühlen, sind solche Orte von besonderer Bedeutung.

98 (20) Die Finanzierung einer starken Daseinsvorsorge ist öffentliche Aufgabe.

99 (21) Gute Bildung ist Voraussetzung für Gerechtigkeit. Wir brauchen ein ganzheitliches und
100 am Menschen ausgerichtetes Bildungssystem. Das Vertrauen, dass wir die Zukunft für uns und
101 die Generationen nach uns bewahren und gestalten können, ist ein notwendiger Antrieb für
102 gesellschaftlichen Fortschritt.

103 (22) Eine Gesellschaft ist dann sozial, wenn ihr Wohlstand gerecht verteilt ist.
104 Unregulierter Kapitalismus produziert Ungleichheit und Machtkonzentration. Zu große
105 Ungleichheit bedroht den Zusammenhalt der Gesellschaft und damit einen Pfeiler der
106 Demokratie. Aufgabe von Politik ist es, durch Regulierung, Investitionen und Steuern
107 Ungleichheit zu reduzieren und einen Ausgleich zu schaffen. Große Vermögen bringen soziale
108 Verpflichtungen mit sich.

109 (23) Alle Menschen sollen unabhängig vom Geschlecht an der Gesellschaft teilhaben können.
110 Gerechtigkeit bedeutet, dass bezahlte und unbezahlte Arbeit, Einkommen, Zugang zu Bildung,
111 Eigentum und Zeit zwischen den Geschlechtern gerecht verteilt sind.

112 (24) Wirtschaft dient dem Menschen und nicht andersherum. Soziales und ökologisches
113 Wirtschaften schafft Innovation und Fortschritt und trägt so zu einer gerechten Gesellschaft
114 bei. Dafür braucht es gemeinsame Regeln, die fairen Wettbewerb ermöglichen und die
115 Konzentration von Macht verhindern. Eine sozial-ökologische Marktwirtschaft trägt dazu bei,
116 dass Menschen sich verwirklichen können, Informationen effektiv genutzt werden, Wohlstand
117 zum Wohle aller entsteht und die Versorgung mit grundlegenden Gütern gewährleistet ist.

118 (25) Um globale Gerechtigkeit zu ermöglichen, muss das Weltwirtschaftssystem ein sozial-
119 ökologisches werden, das nach demokratischen Regeln organisiert ist und auf der Grundlage
120 von Kooperation und Solidarität beruht.

121 **Selbstbestimmung**

122 (26) Menschen begegnen sich als Gleiche – in ihren Rechten und ihrer Würde. Selbst über das
123 eigene Leben bestimmen zu können, macht die Würde und Freiheit eines Menschen aus. Politik
124 hat die Aufgabe, die Freiheit und das Recht zur Selbstbestimmung zu schützen. Sie erkennt
125 Unterschiede an und verhindert undemokratische und damit ungerechtfertigte Herrschaft.
126 Voraussetzung für Selbstbestimmung, Freiheit und eine freie Entfaltung ist eine
127 Gesellschaft, in der weder der soziale Status, das Geschlecht oder die Herkunft noch die
128 Religion oder äußere Merkmale noch das Alter oder die körperliche Verfassung noch die
129 sexuelle Orientierung oder die sexuelle Identität einen Einfluss darauf haben, wer
130 dazugehört und wer nicht. Freiheit muss gesellschaftlich aktiv ermöglicht werden.

131 (27) Selbstbestimmtes Leben ist auf soziale, rechtliche, demokratische und ökologische
132 Voraussetzungen angewiesen, sonst bleibt es das Privileg weniger. Freie Entfaltung braucht
133 Sicherheit und Schutz vor Gewalt und Kriminalität. Informationelle Selbstbestimmung und
134 informationstechnische Sicherheit sind im digitalen Zeitalter zu garantieren.

135 (28) Selbstbestimmtes Leben setzt wirtschaftliche Freiheit voraus. Die Freiheit, den Beruf
136 zu wählen, Verträge zu schließen und ein Gewerbe oder Unternehmen zu gründen, gehört dazu.
137 Jede und jeder hat das Recht, in einer Gewerkschaft für gute Arbeitsbedingungen und Löhne zu
138 kämpfen. Wirtschaftliche Freiheit gewährleistet Eigentumsfreiheit, die sozial verpflichtet.

139 (29) In einer Welt, in der die Anforderungen an jede*n Einzelne*n steigen, in der alle immer
140 schneller, anpassungsfähiger und immer besser sein müssen, darf es auch Schwäche geben.
141 Jeder Mensch verdient Wertschätzung und Anerkennung für seine individuellen
142 Lebensentscheidungen, solange sie nicht zulasten Dritter gehen.

143 (30) Freiheit bedeutet Verantwortung für sich selbst und für andere. Sie fordert Individuen
144 und Gesellschaft heraus. Sie verlangt uns allen etwas ab. Freiheit und Selbstbestimmung
145 finden ihre Grenze dort, wo durch sie anderen Menschen und zukünftigen Generationen Freiheit
146 und Selbstbestimmung genommen werden. Nur demokratische und rechtsstaatliche Verfahren
147 können die Einschränkung von Freiheit und Selbstbestimmung legitimieren.

148 (31) Eine gleichberechtigte Gesellschaft ist eine, in der Frauen selbstbestimmt über ihr
149 Leben und ihren Körper entscheiden können. Das setzt die Emanzipation von Verhältnissen der
150 Unterdrückung und der Gewalt voraus. Wir stehen an der Seite von Frauen, die global für ihr
151 Selbstbestimmungsrecht streiten.

152 (32) Kinder sind keine kleinen Erwachsenen. Sie haben eigene Rechte auf Förderung ihrer
153 Entwicklung, auf Schutz, Teilhabe und Bildung. Selbstbestimmung ist nur möglich, wenn allen
154 Kindern und Jugendlichen gleiche Chancen gegeben werden.

155 **Demokratie**

156 (33) Demokratie heißt gleiche politische Freiheit für alle. Die Demokratie lebt von
157 Voraussetzungen, die sie selbst nicht garantieren kann. Deshalb braucht sie Demokratinnen
158 und Demokraten. Demokratie steht nie still. Sie entwickelt sich immer weiter. Demokratie ist
159 die Staatsform, die zur Selbstkorrektur in der Lage ist.

160 (34) Demokratie ist mehr als die Herrschaft der Mehrheit, denn sie garantiert den Schutz von
161 Menschen-, Freiheits- und Minderheitenrechten auf Grundlage eines liberalen Rechtsstaates.
162 Sie braucht Bürger*innen, die sie aktiv verteidigen und ihr immer wieder neue Kraft geben.
163 Das ist der beste Schutz gegen die Zerstörung von innen.

164 (35) In einer Demokratie eignen sich Menschen ihre Zukunft gemeinsam an und verwandeln
165 äußeres Geschehen in gemeinsame Entscheidungen. Demokratie ist anstrengend. Sie braucht
166 respektvollen Streit genauso wie den Kompromiss. Voraussetzung für die gleichberechtigte
167 Teilhabe aller ist die politische Gleichheit der Menschen, die durch Bürger- und
168 Menschenrechte garantiert wird. Demokratie braucht Freiheit und ist sogleich an soziale
169 Voraussetzungen und Solidarität gebunden.

170 (36) Gewaltenteilung und ein starker Rechtsstaat tragen eine demokratische Gesellschaft. Der
171 Rechtsstaat verankert das Gewaltmonopol des Staates und hegt es ein.

172 (37) Wir stehen für eine inklusive, vielfältige Demokratie. In einer immer diverser
173 werdenden Gesellschaft sehen wir die Aufgabe, Unterschiede anzuerkennen und
174 Gleichberechtigung zu schaffen. Demokratie ermöglicht ein gesellschaftliches Wir, das nicht
175 in Partikularinteressen auseinanderfällt. Sie wird reicher durch den Respekt vor
176 verschiedenen Erfahrungen.

177 (38) Allen Geschlechtern kommt in der Demokratie gleiche Gestaltungs- und Entscheidungsmacht
178 zu. Um Frauen an allen demokratischen Prozessen gleichberechtigt zu beteiligen, braucht es
179 Parität sowie Lebensbedingungen, die allen ermöglichen, Erwerbsarbeit sowie
180 gesellschaftliche und politische Arbeit zu vereinbaren.

181 (39) Demokratie ist eine öffentliche Angelegenheit. Der demokratische Meinungsstreit braucht
182 eine starke und lebendige Zivilgesellschaft, Engagement und Bürgerbeteiligung, starke und
183 freie Medien sowie gute Bildungseinrichtungen. Für die offene Auseinandersetzung nach klaren
184 Regeln braucht Demokratie immer wieder Innovationen und Parteien, in denen sich Menschen
185 zusammenfinden, um Meinungen zu bündeln und sich mit Programmen und Haltungen der
186 öffentlichen Debatte und der Entscheidung zu stellen.

187 (40) Demokratie ist darauf angewiesen, dass sich Menschen einmischen und repräsentiert
188 sehen. Demokratie braucht Zugänge und auch direkte Beteiligung, um die unterschiedlichen
189 Perspektiven und Positionen in den demokratischen Prozess einbringen zu können.

190 (41) Demokratie beruht auf nachvollziehbaren Entscheidungswegen und auf Transparenz über
191 Einflussnahme – etwa durch Unternehmen, Lobbyismus oder andere Staaten. Ein zu starker
192 Einfluss bestimmter Gruppen und ökonomischer Interessen untergräbt die Eigenständigkeit und
193 Glaubwürdigkeit politischen Handelns und muss eingegrenzt werden.

194 (42) Der Schutz, die Förderung und die Gewährleistung der Menschenrechte sind konstitutiv
195 für die Demokratie. Sie sind insbesondere in den Menschenrechtskonventionen der Vereinten
196 Nationen, in der Europäischen Menschenrechtskonvention, in der Grundrechtecharta der
197 Europäischen Union sowie im Grundgesetz verbindlich garantiert.

198 (43) Der Föderalismus in Deutschland ist eine Lehre aus dem düstersten Kapitel unserer
199 Geschichte und verhindert zentralstaatliche Übergriffe auf die Bürgerrechte. Er verpflichtet
200 zur Kooperation. Das Zusammenspiel von Bund, Ländern und Kommunen sichert demokratische und
201 soziale Stabilität. Es stärkt vielfältige Regionen und sorgt für eine nahbare, ansprechbare
202 Politik. Im Streben nach gleichwertigen Lebensverhältnissen tragen Bund und Länder
203 gemeinsame Verantwortung.

204 (44) Die europäische Integration ist konstitutiv – sie zu einer Föderalen Europäischen
205 Republik ökologisch, sozial und demokratisch weiterzuentwickeln ist Voraussetzung und Teil
206 einer demokratischen Gestaltung globaler Fragen.

207 **Frieden**

208 (45) Gelebte Freiheit und garantierte Würde benötigen Frieden. Das Zusammenleben der
209 Menschen fußt auf der Fähigkeit, Konflikte gewaltfrei und friedlich zu lösen und die
210 Menschenrechte aller zu wahren. Wo Gewalt friedliche Politik verneint, können Menschenrechte
211 und Gewaltfreiheit in Konflikt geraten. Wir setzen auf die Mittel der Politik, die dem Geist
212 der Kooperation in globaler Verantwortung entsprechen.

213 (46) Würde, Freiheit und Gleichheit ergeben sich aus der Universalität und Unteilbarkeit der
214 Menschenrechte. Die verbrieften Menschenrechte sind nicht verhandelbar – weder gegenüber
215 machtpolitischen oder wirtschaftlichen Interessen noch gegenüber einem kulturellen
216 Relativismus. Die Würde jedes Menschen ist unantastbar. Dies zu gewährleisten ist
217 Verpflichtung nationaler und internationaler Politik. Wir tragen als internationale
218 Gemeinschaft Verantwortung, gegen schwerste Menschenrechtsverletzungen und Völkermord im
219 Rahmen der Vereinten Nationen vorzugehen.

220 (47) Gewaltfreiheit ist mehr als die Nichtanwendung von physischer Gewalt, Frieden mehr als
221 die Abwesenheit von Krieg. Kooperation, Dialog, demokratischer Ausgleich von Interessen und
222 die Stärke des Rechts, genauso Multilateralismus, internationale Partnerschaft und

223 europäische Einigung sind der Weg, um globale Herausforderungen, vor denen die Menschheit
224 als Ganzes steht, zu bewältigen.

225 (48) Frauenrechte sind Menschenrechte. Die Verwirklichung von Frauenrechten, der Schutz vor
226 geschlechtsspezifischer Verfolgung und Diskriminierung sowie eine aktive Mädchen- und
227 Frauenförderung in allen Bereichen sollen die internationale Politik leiten.

228 (49) Das vereinigte Europa ist ein einzigartiges Friedensprojekt. Gegen einen autoritären
229 Nationalismus ist das Versprechen der europäischen Einigung auf Frieden, Freiheit,
230 Solidarität und Stabilität wichtiger Anker multilateraler und menschenrechtsorientierter
231 Politik in der Welt.

232 (50) Humanitäre Verantwortung und internationale Solidarität bestimmen unser politisches
233 Handeln. Unser Ziel ist eine weltweite Ordnung mit internationalen Institutionen. Sie soll
234 Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit sichern, Armut verringern, den gleichberechtigten Zugang
235 zu globalen Gemeingütern ermöglichen, Demokratie fördern, die gleichberechtigte Teilhabe von
236 Frauen und Minderheitengruppen garantieren und das Klima schützen, wie es in den Zielen für
237 nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen vereinbart ist.

238 **Bündnispartei: Gemeinsam in Vielfalt**

239 (51) Als Bündnispartei einen uns die beschriebenen Grundwerte. Wir sind aus verschiedenen
240 Wurzeln zusammengewachsen. Sie liegen in der Öko- und Anti-Atom-Bewegung, der Frauen- und
241 Bürgerrechtsbewegung, der Lesben-, Schwulen-, Eine-Welt- und Friedensbewegung sowie der
242 Freiheitsbewegung der friedlichen Revolution. Wir entwickeln uns seit vier Jahrzehnten
243 stetig weiter – neue Menschen und neue Perspektiven kommen hinzu und geben unseren Werten
244 und Zielen Kraft. Unsere Mitglieder und unsere Wähler*innen sind vielfältig. Die Vielfalt
245 unserer Partei ist unsere Stärke.

GSP-04 Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 23.06.2020
Thema: Grundsatzprogramm

Text

Klima und Energie

1 (52) Nach dem fossilen Zeitalter beginnt die ökologische Moderne. War der Fortschritt der
2 Moderne bislang angetrieben von Kohle, Öl und Gas und verlagerte seine sozialen und
3 ökologischen Kosten zu großen Teilen in andere Weltregionen und in die Zukunft, geht es beim
4 Fortschritt heute darum, die natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren sowie den
5 gegenwärtigen und kommenden Generationen weltweit ein Leben in Freiheit, Würde und Wohlstand
6 zu ermöglichen. Je entschiedener wir handeln, umso mehr Freiheiten und Alternativen haben
7 wir in den kommenden Jahrzehnten.
8

9 (53) In der ökologischen Moderne ist das Prinzip der Nachhaltigkeit leitend. Die natürlichen
10 Ressourcen dürfen demnach nur in dem Maße genutzt werden, wie sie sich auch wieder erneuern
11 können. Das gilt für Technologien, Wirtschaftsweisen, für den privaten Verbrauch und Konsum.
12 Konkret bedeutet das: Politische Entscheidungen müssen daran gemessen werden, ob ihre Folgen
13 mit der Einhaltung der planetaren Grenzen vereinbar sind.

14 (54) Wir leben in Zeiten der Klimakrise. Der Anstieg der Meeresspiegel bedroht das Leben an
15 den Küsten. Trockenheit und Wüstenbildung zerstören Lebensräume von Mensch und Tier.
16 Hitzesommer und Wetterextreme sorgen für extreme Schäden und nehmen lebensbedrohliche
17 Ausmaße an. Es ist Aufgabe der Menschheit, die Katastrophe so weit wie möglich einzudämmen.
18 Leitlinie ist das Klimaabkommen von Paris, das vorsieht, die Erderhitzung auf deutlich unter
19 zwei Grad, möglichst auf 1,5 Grad, zu begrenzen. Europa muss so schnell wie möglich
20 Klimaneutralität erreichen. Deutschland als einem der größten Verursacher von Treibhausgasen
21 kommt dabei eine besondere Verantwortung zu. Jedes Zehntelgrad weniger Erhitzung zählt.

22 (55) Maßstab erfolgreicher Klimapolitik ist der Budget-Ansatz. Er zeigt auf, wie viele
23 Treibhausgasemissionen jedes Land noch ausstoßen darf, um den eigenen Anteil am Pariser
24 Klimaabkommen einzuhalten. Daraus folgt die Notwendigkeit, jeden Tag konkret zu handeln.
25 „Morgen ist auch noch ein Tag“ gilt beim Klimaschutz nicht. Nur, wenn substanzielle
26 Einsparungen schnell erzielt werden, gibt es später noch ausreichend Handlungsspielraum.

27 (56) Der Übergang zu 100 Prozent Erneuerbaren Energien, der Ausstieg aus allen fossilen
28 Ressourcen und damit Dekarbonisierung sind die Schlüsselaufgaben des Klimaschutzes. Kohle,
29 Öl und Gas vollständig durch erneuerbare Energien zu ersetzen gelingt nur, wenn Energie
30 effizient genutzt und eingespart wird sowie die Sektoren Strom, Wärme, Verkehr, und
31 Industrie ineinandergreifen.

32 (57) Technologie ist als Beitrag für Klimaneutralität notwendig. Technologische Lösungen
33 müssen immer dem Vorsorgeprinzip folgen. Das heißt, dass die Abwägung von Nutzen und
34 Schäden, mögliche Umkehrbarkeit sowie die Eingriffstiefe zu berücksichtigen sind. Sie werden
35 grundlegende Veränderungen und schnelles Handeln nicht ersetzen, sondern nur ergänzen
36 können.

37 (58) Die Digitalisierung leistet einen großen Beitrag für den Klimaschutz. Big-Data-
38 Technologien ermöglichen es, eine schwankende erneuerbare Produktion mit dem Verbrauch eng
39 zu verzahnen und so den Energiebedarf zu senken. Das Potential der Digitalisierung für
40 Ressourceneffizienz, sparsamen Energieverbrauch, Dematerialisierung und Suffizienz soll
41 bestmöglich gefördert werden – ohne zugleich massive Rebound-Effekte auszulösen.

42 (59) Erneuerbare sind dezentral in der Erzeugung, aber eine Versorgung mit Erneuerbaren
43 Energien wird leichter sicherzustellen sein, je größer der Raum ist. Unser Kontinent hat die
44 richtige Größe für die Energiewende. Die europäische Energieunion soll die verschiedenen
45 Stärken der Regionen – Solarenergie im Süden, Geothermie und Wasserkraft in Skandinavien und
46 den Alpen, Offshore-Windkraft im Atlantik, im Mittelmeer und in der Ostsee, Onshore-
47 Windkraft in ganz Europa – miteinander verbinden.

48 (60) Es braucht eine vorausschauende Energieaußenpolitik. Denn auch im Zeitalter der
49 Erneuerbaren wird es Energieimporte geben. Sie hilft den Partnerländern beim Aufbau der
50 entsprechenden Strukturen und stellt sicher, dass die importierte Energie nachhaltig und
51 unter sozial gerechten Bedingungen erzeugt wurde.

52 (61) Um die Klimakrise zu bewältigen, ist es weder notwendig noch vertretbar, zur Atomkraft
53 zurückzukehren. Diese Hochrisikotechnologie birgt eine existenzielle Bedrohung für Natur,
54 Mensch und Tier.

55 (62) Es ist Aufgabe in diesem Jahrzehnt, ein Endlager für den hochradioaktiven Atommüll mit
56 höchstmöglichen Sicherheitsstandards und bei bestmöglichen geologischen Bedingungen zu
57 finden. Bei der Suche ist die gesamtgesellschaftliche Verantwortung vor regionale
58 Eigeninteressen zu stellen.

59 **Umwelt und Landwirtschaft**

60 (63) Der Verlust an Artenvielfalt ist so dramatisch wie die Klimakrise. Schlimmer noch: Die
61 beiden Krisen bedingen sich gegenseitig und können daher auch nur gemeinsam gelöst werden.
62 Die Roten Listen und die planetaren Grenzen müssen als „Barometer des Lebens“ zum Gradmesser
63 für politische Handlungsleitlinien werden, denn die biologische Vielfalt sichert das Leben
64 auf dem Planeten. Ökologischer Landbau, die Ökologisierung der konventionellen
65 Landwirtschaft, Schutzgebiete sowie mehr freie Natur an Land und im Meer sind als wirksamer
66 Schutz für Artenvielfalt und Umwelt zu betreiben.

67 (64) Das Vordringen des Menschen in die letzten noch nicht zerstörten natürlichen Gebiete
68 und die grenzenlose Aneignung von Umwelt und Tierwelt zum Verbrauch oder Verzehr gefährden
69 nicht nur die Natur, sondern auch die menschliche Gesundheit. Sogenannte zoonotische
70 Krankheiten können fatale gesellschaftliche Folgen haben. Der Schutz von Ökosystemen trägt
71 auch dazu bei, Seuchen und Pandemien zu verhindern.

72 (65) Einen großen Beitrag zur CO₂-Senkung leistet auch der Wald. Dazu muss die globale
73 Entwaldung gestoppt werden und Deutschland muss einen nachhaltigen Waldumbau – weg von
74 Holzplantagen hin zu naturnahen Wäldern – leisten.

75 (66) Artenschutz erfordert Schutz von Lebensräumen und mehr Wissen. Unser Ziel ist der
76 Aufbau eines vernetzten Verbundes von Schutzflächen. Die Forschung über die verschiedenen
77 Arten und ihr Zusammenspiel im Ökosystem soll gefördert werden, denn geschätzt sind heute
78 weniger als ein Viertel aller Arten bekannt. Zum Schutz von Arten gehört es auch, den
79 Wildtierhandel effektiv zu unterbinden. Zudem sollen alle Bestände der großen
80 Naturkundemuseen digitalisiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

81 (67) Um den Raubbau an der Natur zu beenden, muss auch die Verschmutzung der Erde mit
82 Plastik, Müll, Chemikalien und Pestiziden ein Ende haben. In einer Kreislaufwirtschaft wird
83 die Zahl der neu produzierten Waren und Güter minimiert, Produkte werden langlebiger und

84 können repariert oder wiederaufbereitet werden. Produktion und Konsum finden so weit wie
85 möglich in vollständigen Kreisläufen statt, so dass auch immer weniger natürliche Ressourcen
86 verwendet werden müssen.

87 (68) Eine zukunftsfähige Landwirtschaft arbeitet mit der Natur. Statt wachsender
88 Abhängigkeit von Pestiziden, Weltmärkten, wenigen Großkonzernen und engen Produktionszwängen
89 gehört die Zukunft einer modernen, regional verwurzelten Landwirtschaft, die ältestes Wissen
90 mit modernen Techniken und digitalen Lösungen kombiniert. Sie arbeitet ressourcenschonend,
91 naturverträglich und tiergerecht. Der Wandel hin zur zukunftsfähigen Landwirtschaft gelingt
92 nur zusammen mit den Bäuer*innen.

93 (69) Die Sicherheit der Lebensmittelversorgung ist ein hohes Gut. Der Landwirtschaft gebührt
94 Anerkennung dafür, dass sie diese gewährleistet. Im Sinne der globalen
95 Ernährungssouveränität gilt es, kleinbäuerliche Strukturen zu stärken und zu fördern. Wir
96 wollen aber, dass Bäuerinnen und Bauern einen Ausweg aus dem System des „Wachse oder Weiche“
97 erhalten und künftig für ihre vielfältigen Gemeinwohlleistungen gezielt belohnt werden.

98 (70) Tiere haben Rechte und dürfen nicht zu Rohstofflieferanten degradiert werden. Solange
99 Menschen Tiere halten, um sie zu töten und zu essen oder um ihre Produkte zu nutzen, sind
100 wir verpflichtet, für mehr Tierschutz und mehr Tierwohl in der Tierhaltung zu sorgen.
101 Entsprechend ist die Landwirtschaft so zu gestalten, dass entlang den Bedürfnissen von
102 Tieren gewirtschaftet werden kann. Es sollen immer weniger Tiere immer besser gehalten
103 werden, damit der Konsum von Fleisch und anderen tierischen Lebensmitteln sinkt.

104 **Mobilität und Wohnen**

105 (71) Jeder Mensch hat das Recht auf Mobilität. Sie ermöglicht Freiheit und Teilhabe und ist
106 Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie muss sich an den menschlichen Bedürfnissen
107 orientieren und zugleich die planetaren Grenzen wahren. Eine sozial-ökologische
108 Mobilitätspolitik schafft die Verkehrswende und garantiert allen Menschen nachhaltige
109 Mobilität. Das stärkt die Sicherheit. Vision ist ein Straßenverkehr, in dem keine Menschen
110 mehr sterben.

111 (72) Die öffentliche Förderung der einzelnen Verkehrsmittel muss sich in Zukunft am
112 ökologischen Fußabdruck ausrichten. Es gilt als Prinzip: Schiene stärken, Straßen
113 dekarbonisieren. Der Raum in den Städten wird Stück für Stück neu aufgeteilt. Sichere
114 Infrastruktur für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen sowie ein attraktiver, kostengünstiger
115 und verlässlicher Nahverkehr bilden das Rückgrat einer sozial-ökologischen Mobilität.
116 Insgesamt wird es deutlich weniger Autos geben, die Autozentrierung von Verkehrspolitik,
117 Stadtplanung und Gesellschaft gehört der Vergangenheit an, die Zukunft gehört der autofreien
118 Innenstadt.

119 (73) Die Mobilität in der ökologischen Moderne ist vernetzt und digital. Verschiedene
120 Mobilitätsformen greifen nahtlos ineinander und ermöglichen individuelle Mobilität, ohne ein
121 eigenes Auto besitzen zu müssen.

122 (74) Gerade im ländlichen Raum werden auch in Zukunft viele Menschen weiterhin auf das Auto
123 angewiesen sein. Dazu muss es jedoch emissionsfrei und digital vernetzt sein. Nicht mehr das
124 Parken, sondern das Nutzen steht im Fokus.

125 (75) Die Verkehrswende in der Stadt und auf dem Land gelingt nur mit einer starken Bahn. Sie
126 erfordert einen Aus- und Umbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs. Dazu gehören die
127 Anbindung an Regionalzentren auch über Landkreisgrenzen hinweg sowie der Ausbau des
128 Schienennetzes, damit alle größeren Städte angebunden sind und Kurzstreckenflüge überflüssig
129 werden. Die europäischen Großstädte wollen wir durch schnelle transnationale
130 Bahnverbindungen vernetzen.

131 (76) Im urbanen Raum zeigen sich die Herausforderungen der ökologischen Moderne wie unter
132 einem Brennglas. Das überholte Leitbild der autogerechten Stadt kostet Lebensqualität und
133 macht krank. Durch mehr Flächen für Wohnen und Freizeit, für saubere Luft, städtisches
134 Leben, Stadtgrün und Erholung entsteht die lebenswerte Stadt mit kurzen Wegen, in der die
135 Menschen gerne wohnen.

136 (77) Die lebenswerte Stadt der Zukunft ist eine Null-Emissionen-Stadt. Dies gelingt, wenn
137 erneuerbare Energien, saubere Mobilität und klimaneutrales Heizen verbunden werden. Dazu
138 gehören Dächer, die Sonnenstrom erzeugen, sowie Gebäude, die nachhaltig gedämmt sind und die
139 vielfältigen klimafreundlichen Wärmequellen gemeinsam nutzen.

140 (78) Wohnungen sowie öffentliche und gewerbliche Gebäude sollen CO₂-neutral geheizt, gekühlt
141 und beleuchtet werden. Klimagerechte Energiestandards für Neu- und Altbauten sowie Wärme-
142 und Kühlsysteme, die auf erneuerbaren Energien basieren, geben den Weg dahin vor.
143 Nachhaltige und möglichst kreislauffähige Baumaterialien schützen das Klima.

144 **Soziales und Ökologie**

145 (79) Der Übergang in die ökologische Moderne muss den sozialen Zusammenhalt stärken. Bei
146 allen Maßnahmen des Übergangs gilt es, auf den sozialen Ausgleich zu achten. Je schneller
147 und verlässlicher der notwendige Umbau weg von den Fossilen angegangen wird, umso besser
148 können abrupte Veränderungen vermieden werden.

149 (80) Im Zuge der ökologischen Modernisierung muss sichergestellt werden, dass alle Menschen
150 Zugang zu essenziellen Gütern der Daseinsvorsorge wie Wasser, Strom, Mobilität und gesunder
151 Ernährung haben. Deshalb müssen sozialstaatliche Garantien immer mit Blick auf
152 Preisänderungen angepasst werden. Um Klimaneutralität zu erreichen, braucht es eine
153 Daseinsvorsorge, die es den Menschen ermöglicht, klimaneutral zu leben. Investitionen in
154 eine solche Daseinsvorsorge tragen zu sozialer Gerechtigkeit und Klimaschutz bei.

155 (81) Die ökologische Moderne bietet viele Chancen für neue Arbeitsplätze. Zugleich bedeutet
156 der Übergang massive Veränderungen für diejenigen, die bisher in den fossilen Industrien
157 arbeiten. Es braucht eine vorausschauende Industriepolitik, um möglichst viele Arbeitsplätze
158 über den Wandel hin zu grünen Technologien und Produkten zu erhalten. Gleichzeitig ist es
159 Aufgabe der Gesellschaft, den betroffenen Menschen umfassende Möglichkeiten zu beständiger
160 Fort- und Weiterbildung oder Arbeitszeitverkürzung zu eröffnen.

161 (82) Subventionen in umwelt- und klimaschädliche Produktionsweisen und Produkte erschweren
162 den ökologischen Umbau von Wirtschaft und Industrie. Es gilt daher, diese abzubauen.

163 (83) Eine Politik, die die ökologischen Kosten der Produktion in den Preisen abbildet, ist
164 ökonomisch effizient, sie kann aber auch zu sozialen Schieflagen führen. Deswegen gilt es,
165 Preispolitik immer mit Maßnahmen zu kombinieren, die zu mehr Verteilungsgerechtigkeit
166 führen. Indem die Einnahmen aus ökologisch lenkenden Instrumenten an die Bürger*innen
167 zurückfließen, werden Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit miteinander verbunden.

168 (84) Die Kosten des Übergangs sollen gerecht und solidarisch getragen werden. Dem Staat
169 kommt hier eine relevante Aufgabe zu. Den Weg in die ökologische Moderne nicht zu gehen,
170 würde noch wesentlich mehr kosten.

171 (85) Wohlstand in der ökologischen Moderne definiert sich nicht allein durch materiellen
172 Reichtum, sondern meint Lebensqualität. Es geht auch um Sicherheit, Freiheit,
173 Zeitsouveränität, gesunde Lebensgrundlagen, Gleichberechtigung, kulturelles Erleben und ein
174 friedliches Zusammenleben. Dafür sind ein neuer Wohlstandsbegriff und ein anderes
175 Wirtschaften nötig. Mit einem umfassenden Wohlstandsindikator können ökologische, soziale
176 und qualitative Merkmale erfasst werden. Wasser, Luft und Artenvielfalt sind globale
177 Gemeingüter, die abseits einer reinen Verwertungslogik allen Menschen zugutekommen.

178 (86) Wir brauchen einen Paradigmenwechsel in unserem Wirtschaftssystem: Die Wirtschaft dient
179 den Menschen und dem Gemeinwohl, nicht andersherum. Viele der heutigen strukturellen Anreize
180 zum Produzieren, Handeln und Konsumieren stellen uns vor ökologische Probleme dramatischen
181 Ausmaßes und befeuern sozial-ökonomische Verteilungskrisen. Gleichzeitig wird Wachstum in
182 bestimmten Bereichen auch in Zukunft wichtig sein, um die Lebensbedingungen der Menschheit
183 zu verbessern. Doch es geht uns um ein qualitatives Wachstum, das neben ökonomischen
184 Kriterien auch soziale und ökologische berücksichtigt.

185 (87) Kapitalströme müssen in nachhaltige Aktivitäten umgelenkt werden. Im Rahmen von
186 Divestment wird auf den Finanzmärkten nicht mehr in Kohle, Öl und Gas investiert, sondern in
187 Erneuerbare Energie, emissionsfreie Mobilität, Gesundheit und Grüne IT. Der Staat und die
188 öffentliche Hand müssen hierbei vorangehen, indem sie Transparenz gewährleisten und ihre
189 Anlagestrategien an den Pariser Klimazielen orientieren.

190 (88) Der Weg in die ökologische Moderne braucht Pionier*innen. Menschen, die es anders
191 machen wollen, die in ihrem unternehmerischen oder in ihrem privaten Handeln neue Maßstäbe
192 setzen. Sie gilt es zu unterstützen, statt ihnen Steine in den Weg zu legen.

193 (89) Es ist Aufgabe der Politik, bessere Regeln zu schaffen, nicht den besseren Menschen.
194 Sinnvolle Umweltpolitik begnügt sich nicht mit Appellen, sondern setzt klare Regeln, fördert
195 neue Technologien und investiert in neue Infrastrukturen.

GSP-05 Kapitel 2: In die Zukunft wirtschaften

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 23.06.2020
Thema: Grundsatzprogramm

Text

1 Sozial-ökologische Marktwirtschaft

- 2 (90) Kern der sozial-ökologischen Marktwirtschaft ist, Wohlstand im Sinne von
3 Klimaneutralität, Nachhaltigkeit, Vorsorge und Gerechtigkeit neu zu bestimmen.
- 4 (91) Wir streben ein Wirtschafts- und Finanzsystem an, das im Sinne einer sozial-
5 ökologischen Marktwirtschaft Wachstum, Effizienz, Wettbewerb und Innovation als Mittel zur
6 Erreichung von mehr Lebensqualität für alle im Rahmen der planetaren Grenzen nutzt.
- 7 (92) Den Weg zur sozial-ökologischen Marktwirtschaft bereitet ein europäischer Green Deal.
8 Er schafft den neuen Ordnungsrahmen für faires, ökologisches und nachhaltiges Wirtschaften,
9 indem er auf ein Bündnis aus Arbeit und Umwelt baut. Er investiert mutig in die Zukunft. Er
10 setzt neue Kräfte für Kreativität und Innovationen frei. Er sorgt für sozialen Ausgleich und
11 stärkt Geschlechtergerechtigkeit.
- 12 (93) Freies und kreatives Handeln von Menschen sowie die Dynamik eines fairen Wettbewerbs
13 und gesellschaftlicher Kooperation können nachhaltigen Wohlstand, Fortschritt und innovative
14 Problemlösungen schaffen.
- 15 (94) Märkte können ein mächtiges Instrument für ökonomische Effizienz, Innovation und
16 technologischen Fortschritt sein. Ihre Dynamik und Schaffenskraft sind unverzichtbar, um die
17 großen Herausforderungen der ökologischen Krisen zu bewältigen. Unregulierte Märkte aber
18 sind zukunftsblind, krisenanfällig und instabil. Erst klare Regeln stellen sicher, dass
19 Märkte und Wettbewerb funktionieren und im gesellschaftlichen Interesse wirken.
- 20 (95) Es gilt das Primat der Politik, auch gegenüber Wirtschaft und Kapital. Wir wollen es
21 neu begründen. Dafür braucht es einen starken, effizienten und handlungsfähigen Staat und
22 klare Leitplanken aus Steuer-, Abgaben- und Ordnungsrecht sowie intelligenter öffentlicher
23 Forschungs- und Förderpolitik. Im Wettbewerb soll erfolgreich sein, wer übergeordnete
24 gesellschaftliche Ziele nicht konterkariert, sondern befördert.
- 25 (96) Nur wenn Preise die ökologische Wahrheit sagen, geht der Wettbewerb der Märkte nicht
26 zulasten der natürlichen Lebensgrundlagen. Klimafreundliche Alternativen können sich dann
27 durchsetzen.
- 28 (97) Zukunftsfähige Wirtschaftspolitik orientiert sich an einem Wohlstandsmaß und einer
29 neuen Form der Wirtschaftsberichterstattung. Sie berücksichtigen neben ökonomischen auch
30 ökologische, soziale und gesellschaftliche Entwicklungen sowie Sorgearbeit, die zum größten
31 Teil von Frauen – unbezahlt – geleistet wird. Wohlstand ist mehr als Konsum, nämlich auch
32 Freizeit, Bildung, Familie, Gemeinschaft und Gesundheit.
- 33 (98) Wir wollen den Weg ebnen für soziales Unternehmertum, eine Wirtschaft des Teilens, frei
34 zugängliches Wissen und Gemeingüter. So wird die Gemeinwohlökonomie gestärkt.

35 (99) Zukunftsfähiges Wirtschaften braucht Planungssicherheit. Staatliche Wirtschafts-,
36 Investitions- und Infrastrukturpolitik muss langfristig und verlässlich stattfinden. Um
37 erfolgreich zu wirtschaften, brauchen Unternehmen eine moderne und intakte Infrastruktur,
38 gut ausgebildete Fachkräfte, gute Finanzierungsbedingungen, eine funktionierende öffentliche
39 Verwaltung sowie soziale Stabilität und Rechtssicherheit. Dazu zählen auch schnellere
40 Planungsverfahren durch frühzeitige Verfahrensbeteiligung sowie Behörden mit ausreichendem
41 Personal und einer vollständig elektronischen Abwicklung von Anträgen.

42 (100) Infrastrukturen sind eine öffentliche Aufgabe. Öffentliche Güter und Institutionen
43 müssen für alle zugänglich sein. Grundinfrastrukturen der Sicherheit, des Rechts, der
44 Verkehrsinfrastruktur und der Verwaltung gehören in öffentliche Hand. Güter und
45 Dienstleistungen von allgemeinem Interesse, die kommunale Daseinsvorsorge und die kommunale
46 Selbstverwaltung müssen in öffentliche Hand und von Marktmechanismen und Wettbewerb
47 ausgenommen bleiben.

48 **Wirtschafts- und Industriepolitik**

49 (101) Wettbewerb unter gleichen Bedingungen ist die Voraussetzung dafür, dass Märkte
50 effizient funktionieren und Wohlstand und Fortschritt hervorbringen können. Es ist Aufgabe
51 von Politik, Machtstellungen und Monopole zu verhindern und aufzubrechen.

52 (102) Dumping, Protektionismus und mangelnde Regulierung führen zu unfairem Wettbewerb.
53 Darunter leiden viele europäische Unternehmen. Der Erwerb von Unternehmensbeteiligungen,
54 Direktinvestitionen, Marktzutritte und auch die Vergabe öffentlicher Aufträge durch und an
55 Dritte sollen auf der Basis von Standards und Gegenseitigkeit erfolgen. Außereuropäische
56 Übernahmen müssen dann, wenn nötig, auch untersagt werden. Kritische Infrastruktur und
57 Schlüsselindustrien gilt es zu schützen.

58 (103) Regulierung ist auf ihre Ziele auszurichten. Sie sollte Individuen und Unternehmen
59 möglichst viel Freiheit in Bezug auf die gewählten Mittel überlassen. Es ist laufend zu
60 überprüfen, ob es bestimmter Vorschriften noch bedarf. Auch ungeeignete politische Regeln
61 schränken Wettbewerb ein und hemmen wirtschaftliche Entwicklung. Regulierungen müssen so
62 ausgestaltet sein, dass sie nicht als Barriere für Gründungen wirken und zum
63 Wettbewerbsnachteil für kleine Unternehmen und das Handwerk werden. Sie sollen stattdessen
64 bewirken, dass Machtunterschiede möglichst ausgeglichen werden.

65 (104) Digitale Plattformen sind Teil der Infrastruktur. Das Teilen, Tauschen und Vermitteln
66 von Gütern, Dienstleistungen und Informationen auf digitalen Plattformen kann die Teilhabe
67 der Menschen stärken. Diese Plattformen sollen klar und streng reguliert werden, damit sie
68 ihre Machtstellung nicht ausnutzen können, faire Wettbewerbs- und Arbeitsbedingungen
69 herrschen sowie Innovation im Sinne des Gemeinwohls stattfindet. In Europa braucht es
70 öffentlich-rechtliche Alternativen zu den bisherigen privaten Monopolen.

71 (105) Wirtschaftspolitisch muss der Staat mehr tun, als nur einen Rahmen zu setzen.
72 Deutschland kann nur in der ökologischen Moderne seine internationale Position als globaler
73 Industriestandort wahren, mit neuen Produkten und guten Arbeitsplätzen. Dazu braucht es eine
74 aktive Industriepolitik, die neuen Technologien zum Durchbruch verhilft, gerade da, wo der
75 Markt das Risiko scheut. Sie muss außerdem Wettbewerbsnachteile ausgleichen, in Forschung
76 investieren und Arbeitsplätze sichern.

77 (106) Unternehmer*innen dürfen nicht gezwungen werden, sich zwischen einem wirtschaftlich
78 erfolgreichen Weg oder einer sozialen und ökologischen Ausrichtung des Unternehmens zu
79 entscheiden. Wirtschaftliche Aktivität muss sich an langfristigen Zielen und
80 gesamtgesellschaftlichem Wohlstand ausrichten. Die Finanzberichterstattung soll mit
81 Langfristzielen ergänzt werden sowie mit Indikatoren, welche die sozialen, ökologischen und
82 gesellschaftlichen Auswirkungen messen.

83 (107) Schlüsselprojekt einer sozial-ökologischen Industriepolitik ist die vollständige
84 Dekarbonisierung der Produktionsprozesse in Europa. Automobilindustrie, Chemie und
85 Maschinenbau waren die Säulen des Erfolges der deutschen Wirtschaft in den vergangenen
86 Jahrzehnten, aber diese Branchen müssen sich neu erfinden, um den Herausforderungen des 21.
87 Jahrhunderts gerecht zu werden. Dabei kann die deutsche Industrie auf das bauen, was sie –
88 ganz besonders den Mittelstand – stark gemacht hat: ihre Ingenieurskunst, ihre Kreativität,
89 die Sozialpartnerschaft mit den Gewerkschaften sowie ihre europäische und globale
90 Orientierung.

91 (108) Als einer der größten Wirtschaftsräume der Welt kann die Europäische Union mit dem
92 gemeinsamen Binnenmarkt weltweit Standards setzen. Das gilt es zu nutzen, um die
93 Transformation voranzubringen, Menschenrechte zu schützen, wettbewerbsfähig zu bleiben, sich
94 weniger abhängig von anderen globalen Playern zu machen und zugleich in der noch
95 weitestgehend unregulierten digitalen Welt Bürgerrechte zu sichern.

96 (109) Die Grundstoffindustrie wird auch künftig ein zentraler Baustein bleiben. In einem
97 gemeinsamen Zusammenspiel von ökologischer und technologischer Innovation, Digitalisierung,
98 branchenübergreifender Kooperation und planungssicherer politischer Rahmensetzung sind die
99 Grundlagen dafür zu legen, dass Stahl, Aluminium, Glas, Papier oder Chemikalien weiter in
100 Europa produziert werden. Die dafür nötigen Transformationsschritte müssen
101 wettbewerbsrechtlich ausgeglichen werden.

102 (110) Statt einer Abhängigkeit Europas im Bereich technischer Entwicklungen und Erfindungen
103 brauchen wir ausreichend eigene Produktionskapazitäten für systemrelevante Produkte wie
104 medizinische Präparate oder Techniken der kritischen Infrastruktur. Die Regionalisierung in
105 kritischen Bereichen und eine globale Kooperation gehören zusammen. Der Markt allein kann
106 das nicht richten.

107 (111) Das freie Unternehmertum, die Gründer*innen in Start-ups sind die Treiber*innen für
108 Innovation. Grundlage für Neugründungen und Fortschritt sind Wagniskapital und Investitionen
109 in Forschung. Wirtschaftspolitik begünstigt, fördert und vernetzt neue Ideen und kleine
110 Unternehmen sowie Start-ups europaweit. Sie unterstützt bei der Finanzierung, beim Transfer
111 von Grundlagenforschung in die Praxis und sorgt für attraktive Rahmenbedingungen, um die
112 besten Forscher*innen, Gründer*innen und Fachkräfte anzuziehen.

113 **Eigentum und Gemeinwohl**

114 (112) Ohne Recht auf Eigentum sind eine freiheitliche Gesellschaft und eine sozial-
115 ökologische Marktwirtschaft unvorstellbar. Gleichzeitig verpflichtet es gesellschaftlich,
116 weil eine zu starke Konzentration von Eigentum in den Händen Weniger Demokratie und
117 Marktwirtschaft bedroht.

118 (113) Das Privateigentum von Boden und Immobilien unterliegt einer besonderen
119 Sozialpflichtigkeit. Deshalb sollten Renditen in diesem Bereich begrenzt sein sowie Grund
120 und Boden, insbesondere in den Großstädten, wieder verstärkt in öffentliches Eigentum
121 überführt werden.

122 (114) Es braucht neue Formen von gemeinwohlorientiertem Eigentum und eine stärkere
123 Gemeinwohlbindung. Genossenschaften und soziale Unternehmen können unsere Wirtschaft zu
124 einer Gemeinwohlokonomie weiterentwickeln.

125 (115) Die Weitergabe von bestehendem Wissen ist über Open Source praktisch ohne Kosten
126 möglich. Der Zugang zu Wissen für alle Menschen erhöht Wohlstand und Gerechtigkeit.
127 Geistiges Eigentum soll daher auf das Maß begrenzt werden, das erforderlich ist, um
128 ökonomische Anreize zur Wissensgenerierung zu erhalten. So viel Wissen wie möglich soll
129 Menschheitswissen werden.

Finanzmärkte und Banken

(116) Banken und Finanzmärkte haben die Aufgabe, realwirtschaftliche Investitionen zu finanzieren und Sparer*innen attraktive Anlagemöglichkeiten zu bieten. Durch die Deregulierung der Märkte geriet jedoch die Spekulation mit unproduktiven Finanzprodukten zum Hauptzweck. Spekulationen müssen eingedämmt werden und wir müssen zurück zum sogenannten „boring banking“, bei dem die langfristige Finanzierung im Vordergrund steht und nicht kurzfristige Spekulation.

(117) Gute Banken sind Grundpfeiler moderner Volkswirtschaften. Werden sie zu groß, werden sie zur Gefahr. Deshalb sollte keine Bank so groß sein, dass sie eine ganze Volkswirtschaft in den Abgrund reißen kann. Eine Abwicklung muss ohne Rückgriff auf Steuermittel jederzeit möglich sein. Außerdem brauchen Banken eine gute Eigenkapitalausstattung und wirksame Haftungsregeln.

(118) Deutschlands bestehendes Drei-Säulen-Bankwesen mit seinen vielen kleinen, lokalen Banken hat sich bewährt. Der Finanzmarkt braucht einfache, glasklare Regeln ohne Lücken, die für alle gelten – egal ob Banken, Hedgefonds oder FinTechs. Kleine Banken, von denen keine Gefahr für das Finanzsystem ausgeht, müssen nicht so umfassend reguliert und überwacht werden wie systemrelevante Großbanken.

(119) Finanzmärkte haben eine wichtige Funktion für den Klimaschutz, wenn Anlagegelder in den ökologischen Umbau gelenkt werden und nicht mehr in die alte, fossile Wirtschaft fließen. Die öffentliche Hand muss vorangehen und sich vollständig aus Investitionen in fossile Unternehmen zurückziehen. Für private Anleger muss zu jeder Zeit transparent sein, worin investiert wird. Es gilt, die Finanzierung von Investitionen in Klimaschutz und Nachhaltigkeit günstiger zu machen als die Bereitstellung von Kapital für andere Zwecke.

Geld- und Fiskalpolitik

(120) Aufgabe der Geldpolitik von Zentralbanken sowie der Fiskalpolitik ist es, ökonomischen Krisen entgegenzuwirken. Denn sie vernichten Arbeitsplätze und Existenzen und können Gesellschaften ins Chaos stürzen.

(121) Die Zentralbanken allein stoßen an Grenzen, wenn es um die Stabilisierung der Wirtschaft in Krisenzeiten geht. Insbesondere die Haushaltspolitik muss einen Beitrag leisten, das Auf und Ab der Konjunktur auszugleichen und tiefe wirtschaftliche Krisen zu verhindern. Deshalb gilt es, stets die Auswirkung von Staatsausgaben auf die Gesamtwirtschaft zu berücksichtigen. Es ist sinnvoll, sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene die Spielräume zur Kreditfinanzierung öffentlicher Ausgaben zu nutzen und auszubauen, um Wirtschaftskrisen und deren soziale Folgen zu vermeiden. Langfristige Schuldentragfähigkeit ist dabei stets zu gewährleisten und gerade mit Blick auf die Handlungsspielräume künftiger Generationen gesetzlich zu verankern.

(122) Unsere gemeinsame europäische Währung trägt zu einem starken gemeinsamen Europa bei. Die Währungsunion ist allerdings ein unvollendetes Projekt geblieben. So verschärfen sich wirtschaftliche Unterschiede und Ungleichgewichte bei Wettbewerbsfähigkeit und Handel, ohne dass es dagegen europäische Instrumente gibt. Daher gilt es, die europäische Währungsunion zu vollenden und die dafür notwendigen Vertragsveränderungen auf den Weg zu bringen.

(123) Die EU braucht eine eigene Zuständigkeit für die Wirtschafts- und Fiskalpolitik. Sie braucht einen Haushalt, der groß genug ist, um makroökonomisch zu stabilisieren und in schweren Krisen Zuschüsse für die nationalen Haushalte leisten zu können. Dieser Haushalt muss über eigene Steuereinnahmen verfügen. Um langfristige Investitionen zu finanzieren und schwere Konjunkturreinbrüche abzuwehren und zu bekämpfen, muss sich dieser Haushalt auch über Kredite finanzieren können. Um den Euro zu stärken, müssen Staatsanleihen der Europäischen

177 Union und ihrer Mitgliedstaaten eine absolut sichere Geldanlage darstellen. Ein
178 Zahlungsausfall muss in jedem Fall ausgeschlossen sein.

179 (124) Die Unabhängigkeit der europäischen Zentralbank ist ein hohes Gut. Sie gilt es zu
180 bewahren. Krisen haben jedoch gezeigt, dass eine alleinige Ausrichtung auf das Ziel der
181 Preisniveaustabilität ein zu enges Mandat für die Geldpolitik ist. Daher sollte die EZB, wie
182 andere Zentralbanken auch, gleichberechtigt auch das Ziel der Wohlstandsmehrung und eines
183 hohen Beschäftigungsstands verfolgen. Solange die Unabhängigkeit der Zentralbank gesichert
184 ist, sollte es zulässig sein, dass die Notenbank in schweren Krisen die Liquidität der
185 Staaten garantiert.

186 (125) Auf europäischer Ebene ist eine stärkere Harmonisierung und Vergemeinschaftung von
187 wettbewerbssensiblen Steuern notwendig, wie etwa der Besteuerung von Unternehmensgewinnen.
188 Lohn- und Tarifpolitik sollten schrittweise stärker aufeinander abgestimmt werden. Im Fall
189 von hohen und dauerhaften Handelsungleichgewichten innerhalb der Währungsunion müssen die
190 Empfehlungen der Europäischen Kommission eine stärkere Verbindlichkeit haben, etwa den
191 Defizit- wie auch den Überschussländern symmetrische Verpflichtungen zum Abbau aufzuerlegen.

192 **Haushalts- und Steuerpolitik**

193 (126) Haushaltsmittel gehören allen Bürger*innen. Mit ihnen ist stets sorgsam umzugehen und
194 es ist zu überprüfen, ob die angestrebten gesellschaftlichen Ziele auf effizientem Weg
195 erreicht werden. Die öffentlichen Haushalte sollten in einer Demokratie klar, transparent
196 und nachvollziehbar sein. Gender Budgeting ist für einen gerechten Haushalt unerlässlich.

197 (127) Wir stehen zu langfristig nachhaltigen Staatsfinanzen und zu gesetzlichen Regeln für
198 die Begrenzung der Kreditaufnahme. Dabei gilt es, nicht nur die Verbindlichkeiten zu
199 betrachten, sondern auch das Vermögen der öffentlichen Hand zu erhalten und auszubauen.
200 Investitionen in Infrastruktur und Nachhaltigkeit sichern die Handlungsspielräume künftiger
201 Generationen. In diesem Sinne ist der Anteil der öffentlichen Investitionen an der
202 Wirtschaftsleistung auszubauen. Für den Ausbau des öffentlichen Vermögens und die
203 langfristige Sicherung unseres Wohlstands kann eine Kreditfinanzierung sinnvoll und
204 pragmatisch geboten sein, insbesondere wenn sie eine gute Rendite verspricht.

205 (128) Infrastruktur ist öffentliche Aufgabe. Öffentlich-Private Partnerschaften kommen nur
206 dann in Betracht, wenn sich durch sie ein Mehrwert bzw. geringere Kosten für die
207 Steuerzahler*innen ergeben.

208 (129) Unser Steuersystem stellt die Finanzierung öffentlicher Aufgaben sicher. Es braucht
209 ein gerechtes Steuersystem, das verständlich und effizient ist. Das ist Grundlage für
210 Akzeptanz und reduziert soziale Ungleichheit.

211 (130) Ein Steuersystem, das wirtschaftliche Dynamik schaffen will, begünstigt neue
212 Aktivitäten und Investitionen und besteuert Vermögen sowie leistungslose Einkommen. Das
213 Aufkommen der Steuern aus Kapital- und Gewinneinkommen und aus großen Vermögen muss wieder
214 erhöht werden.

215 (131) Steuern lenken. Steuersysteme sollen gesellschaftliche Ziele abbilden. Nicht am
216 Gemeinwohl orientierte und ökologisch schädliche Tätigkeiten und Produkte sollen stärker
217 besteuert und damit verteuert werden. Im Gegenzug werden der ökologische Umbau und soziales
218 Engagement begünstigt.

219 (132) Steuerdumping schadet Volkswirtschaften. Unternehmensgewinne und digitale Umsätze
220 müssen stärker am Ort des Konsums besteuert und eine gemeinsame europäische
221 Bemessungsgrundlage muss eingeführt werden.

222 (133) Alle sollen sich nach ihrer Leistungsfähigkeit am Gemeinwohl beteiligen. Dafür braucht
223 es Transparenz über wirtschaftliche Verhältnisse und eine Verwaltung, die in der Lage ist,

²²⁴ das Recht durchzusetzen. Steuerhinterziehung und -umgehung, Schwarzarbeit, Geldwäsche und
²²⁵ Sozialbetrug sind mit allen Mitteln zu bekämpfen.

GSP-06 Kapitel 3: Fortschritt gestalten

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 23.06.2020
Thema: Grundsatzprogramm

Text

1 Wissenschaft und Forschung

- 2 (134) Im Zentrum allen Fortschritts steht der Mensch in seiner Würde und Freiheit. Der
3 technologische Wandel muss so gestaltet werden, dass er Mensch und Umwelt nützt.
- 4 (135) Wissenschaft und Forschung schaffen Zukunft. Frei denken und experimentieren ist Basis
5 für neue Ideen und Kreativität. Forschungs- und Erfindungsgeist helfen, Transformationen zu
6 gestalten. Sie können nur in Freiheit gedeihen und genießen zu Recht besonderen Schutz.
7 Zukunftsentwürfe müssen sich am Gemeinwohl orientieren und sie müssen mit der Gesellschaft
8 für die Gesellschaft gestaltet werden. Vielfalt an Wissen und Zugängen ermöglicht
9 zukunftstaugliche Lösungen bei Krisen.
- 10
- 11 (136) Forschungsergebnisse sind zunächst Möglichkeiten. Sie bieten enorme gesellschaftliche
12 Chancen, tragen aber auch das Risiko, missbraucht zu werden. Technologischer Fortschritt ist
13 nicht über jeden Zweifel erhaben, sondern unterliegt ethischen Prinzipien wie dem
14 Vorsorgeprinzip. Das beinhaltet auch die Freiheit, an bestimmten Entwicklungen nicht
15 weiterzuarbeiten, wenn sie gegen ethische Grundprinzipien verstoßen.
- 16 (137) Nur zusammen mit der Wissenschaft kann unsere Gesellschaft die vor uns liegenden
17 Herausforderungen in Angriff nehmen, wie die Wasserknappheit, die Klimakrise,
18 Ressourceneffizienz oder Elektromobilität. Wissenschaftlich-technologischer Fortschritt hat
19 zu vielen globalen Krisen beigetragen und ist zugleich ein Weg, sie zu lösen.
- 20 (138) Um qualifiziert abwägen und entscheiden zu können, braucht es Forschung – nicht nur an
21 Technologien, sondern auch zu ihren Risiken und Auswirkungen. Ethische Fragen müssen in der
22 Wissenschaft und mit der Gesellschaft diskutiert und demokratisch verhandelt werden.
23 Wissenschaft kann Politik nicht ersetzen.
- 24 (139) Gerade die freie, auf Neugier und Erkenntnis gerichtete Grundlagenforschung ist neben
25 der Anwendungsforschung zur Bewältigung großer gesellschaftlicher Herausforderungen
26 ausreichend abzusichern. Wir brauchen eine Vielzahl von Alternativen und können angesichts
27 der vielfältigen Krisen in der Welt keine Möglichkeit, sie zu lösen, von vornherein
28 ausschließen. Entsprechend brauchen wir mehr und strukturell gut ausfinanzierte
29 Grundlagenforschung.
- 30 (140) Grundlage für das gesellschaftliche Vertrauen in Wissenschaft sind hohe Standards
31 wissenschaftlicher Arbeit. Wissenschaftliche Ergebnisse und Methoden unterliegen der
32 Objektivität, Repräsentativität, Validität und der Reproduzierbarkeit. Der freie
33 Informationsaustausch, die Überprüfbarkeit von Interessenkonflikten sowie die
34 Veröffentlichung von Forschungsergebnissen sollen Grundprinzipien sein. Öffentliche
35 Regulierung, beispielsweise zur Zulassung von neuen Präparaten oder Techniken, muss auf
36 öffentlich kontrollierter und unabhängiger Forschung beruhen.

37 (141) Eine freie, auskömmlich öffentlich finanzierte Wissenschaft steht in einem
38 Rechenschaftsverhältnis zur Gesellschaft. Deswegen braucht es Transparenz darüber, wie
39 Forschung finanziert wird, welche Projekte und Themen beforscht werden. Forschungsförderung
40 darf nicht allein auf die ökonomische Verwertbarkeit ausgerichtet werden. Öffentlich
41 finanzierte Forschungsergebnisse müssen der Gesellschaft im Sinne des Open Access zugänglich
42 gemacht werden.

43 (142) Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind als unabhängige öffentliche Einrichtungen
44 für das Entstehen technischer ebenso wie sozialer und geistiger Innovationen unabdingbar.
45 Das funktioniert nur mit gut finanzierten Hochschulen, die dazu auch unabhängig von
46 Drittmittelfinanzierung die Möglichkeit bieten.

47 (143) Hochschulen waren und sind auch ein Ort der kritischen Selbstreflexion unserer
48 Gesellschaft. Wissenschaft analysiert gesellschaftliche Veränderungen, erkennt frühzeitig
49 politische Umbrüche und diskutiert sie. In einer komplexer werdenden Welt gewinnen gerade
50 Geistes- und Sozialwissenschaften sowie interdisziplinäres Arbeiten und Forschen an
51 Bedeutung.

52 (144) Wissenschaftler*innen und Studierende brauchen zeitliche und inhaltliche Freiräume, um
53 aus dem Studium mehr mitzunehmen als nur berufsbezogenes Wissen. Das Studium soll
54 grundsätzlich gebührenfrei sein. Es braucht die Möglichkeit des von sozialer Herkunft
55 unabhängigen Studierens. Personengruppen und Perspektiven, die bislang in Wissenschaft und
56 Forschung unterrepräsentiert sind, sollen gezielt eingebunden und gefördert werden.
57 Forschung braucht Vielfalt an Talenten.

58 Digitalisierung

59 (145) Digitalisierung kann genutzt werden, um Großartiges zu leisten, aber auch, um
60 Gesellschaften zu manipulieren bis hin zu digitalen Diktaturen. Sie kann zu Engagement
61 motivieren und neue Solidarität stiften, aber auch zur Passivität und zur Vereinsamung
62 führen. Sie hat die Potentiale, das Gesundheitssystem massiv zu entlasten, Energie
63 einzusparen oder Verkehr effizienter zu lenken. Politik hat die Aufgabe, die Digitalisierung
64 so zu gestalten, dass sie Freiheitsgrade und Selbstbestimmung verstärkt, statt sie
65 einzugrenzen. Dazu ist es unerlässlich, neben Technologiefirmen und staatlichen Stellen auch
66 die Zivilgesellschaft zentral in die Entwicklung und den Ausbau der Infrastruktur
67 einzubeziehen.

68 (146) Ein Mensch ohne Privatsphäre ist niemals selbstbestimmt. Informationelle
69 Selbstbestimmung und informationstechnische Sicherheit sind zu garantieren. Ebenfalls, dass
70 Daten im Internet auch wieder gelöscht werden (Recht auf Vergessenwerden).

71 (147) Jeder Mensch hat ein Recht, sich frei zu informieren und frei zu kommunizieren. Die
72 digitale Transformation kann allen Individuen mehr Macht verleihen. Sie bringt eine neue
73 Welle der Aufklärung mit sich. Menschen werden von Nutzer*innen zu Gestalter*innen. Dabei
74 müssen die alten Fragen der Moderne nach Freiheit, Gleichberechtigung, Vernunft und Moral
75 neu beantwortet werden.

76 (148) Der Umgang mit Daten muss von klaren Kriterien geleitet sein: Nachvollziehbarkeit,
77 Transparenz, Nichtdiskriminierung, Schutz von Privatheit und Freiheit im Netz. Das bedeutet
78 auch, eine angemessene Vergütung für Künstler*innen und Kulturschaffende sicherzustellen.

79 (149) Übermäßige Datenmacht und Datenmonopole gilt es zu verhindern und aufzubrechen.
80 Unternehmen und Behörden, die über viele Daten verfügen, müssen ihre Daten der Allgemeinheit
81 anonymisiert zur Verfügung stellen. Open Source und Open Data sind die europäische Antwort,
82 um einer unkontrollierten Datenmacht von Staaten wie von Unternehmen entgegenzuwirken.

83 (150) Die Bedeutung von datenverarbeitenden und selbstlernenden Systemen nimmt stetig zu.
84 Sie greifen teils direkt in die Lebenswelt der Menschen ein und treffen eigene
85 Entscheidungen. Deshalb braucht es für diese Systeme klare Haftungsregeln. Algorithmen, die
86 digitale Prozesse steuern, müssen nachvollziehbar sein, damit sie kontrolliert werden
87 können.

88 (151) Ethisch-normative Prinzipien dürfen nur von Menschen aufgestellt werden.
89 Automatisierte Entscheidungen müssen von natürlichen oder juristischen Personen verantwortet
90 werden. Entscheidungen über Leben und Tod dürfen nur von Menschen getroffen werden, nicht
91 von Maschinen und Algorithmen.

92 (152) Frauen sollen die digitale Welt gleichberechtigt mitgestalten. Es gilt, Frauen
93 speziell zu fördern und Hemmnisse abzubauen, damit sie sich in digitalen Berufen etablieren
94 und Vorbilder sein können.

95 (153) In einer global verflochtenen Welt wird technologischer Wandel effizienter durch
96 internationale Kooperation. Die Rahmenbedingungen dafür sollten zumindest europäisch gesetzt
97 werden.

98 (154) In einer Wertesystemkonkurrenz zwischen einem regulierten kapitalistischen und einem
99 autoritär gelenkten Fortschritt streben wir eine größere technologische Souveränität Europas
100 an, damit sich Europas Bürger*innen auch in einer technisierten Welt mündig, aufgeklärt und
101 damit selbstbestimmt bewegen können. Das gilt insbesondere für kritische Infrastruktur.

102
103 (155) Der Innovationsstandort Europa soll im globalen Kontext ausreichend finanziert werden.
104 Das umfasst die Förderung offener Hard- und Software sowie offener Standards. Dem Gedanken
105 der Demokratie widersprechen Akkumulationen von Märkten, aus denen weltweit agierende
106 Konzerne hervorgehen, die mächtiger sind als Staaten.

107 **Bioethik**

108 (156) Im medizinischen Bereich stellen sich ethische Fragen nach den Grenzen des Handelns
109 ganz besonders. Vor allem dort, wo durch Veränderungen des Erbguts auch das Leben künftiger
110 Generationen betroffen ist. Eingriffe in die menschliche Keimbahn sollen ausgeschlossen und
111 der strenge Embryonenschutz soll beibehalten werden.

112 (157) In der Medizin braucht es eine vorausschauende Ethik mit klaren Kriterien:
113 Menschenwürde, Freiheit und Selbstbestimmung sowie Verantwortung gegenüber den nachfolgenden
114 Generationen. Vorausschauend können zum Beispiel Moratorien sein, um ethische Grenzfragen
115 genauer beurteilen sowie Risiken, Gefahren und Auswirkungen auf künftige Generationen
116 exakter abschätzen zu können oder Forschungen auch gar nicht durchzuführen. Das Klonen von
117 Menschen ist auszuschließen.

118 (158) Menschen sollen selbstbestimmt Entscheidungen über ihren Körper und ihr Leben treffen
119 können. Voraussetzung dafür ist eine umfassende Information, damit Vor- und Nachteile
120 abgewogen werden können.

121 (159) Reproduktionsmedizin bietet die Möglichkeit zur selbstbestimmten Elternschaft. Dabei
122 müssen Frauen frei von patriarchaler Bevormundung und ökonomischem Druck sein. Alle Kinder
123 benötigen einen klaren Rechtsstatus.

124 (160) Auch wenn die Versprechen der klassischen Gentechnik bis heute nicht eingelöst sind,
125 so sind alte und neue gentechnische Verfahren doch in der Welt. Unser Kompass zum Umgang mit
126 ihnen ist wie bei jeder Technologie, die Folgen der jeweiligen Anwendung für Mensch und
127 Umwelt zu beurteilen. Nicht die Technologie, sondern ihre Chancen, Risiken und Folgen stehen
128 im Zentrum. Forschung zu neuer Gentechnik soll ebenso gestärkt werden wie alternative
129 Ansätze, die auf traditionelle Züchtungsverfahren setzen. Auch bei neuen gentechnischen

130 Verfahren braucht es Risikoforschung. Wir halten an einem strengen Zulassungsverfahren und
131 an der europäischen Orientierung am Vorsorgeprinzip fest. Es darf keine Patente auf den
132 Genpool der Natur geben. Alle Züchtungen von Pflanzen und Tieren sind unter eine Open-
133 Source-Lizenz zu stellen, die eine Patentierung ausschließt.

GSP-07 Kapitel 4: Zusammen leben

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 23.06.2020
Thema: Grundsatzprogramm

Text

Einheit

1 (161) Offen ist eine Gesellschaft, in der alle Bürger*innen die gleichen Rechte und
2 Möglichkeiten haben, die die Unterschiedlichkeit von Menschen und Regionen als Stärke
3 begreift und als Wert verteidigt und den Schutz von Minderheiten gewährt. Die offene
4 Gesellschaft ist eine gewaltfreie. Ihre Grenzen findet sie in den Rechten und Freiheiten der
5 Mitmenschen. Die offene Gesellschaft hinterfragt sich, lernt und ist selbstkritisch. Sie
6 beruht auf Bedingungen, die sie selbst nicht schützen kann. Deshalb sind der Schutz und die
7 Arbeit für sie eine dauernde politische Aufgabe.
8

9 (162) Menschen sind unterschiedlich, aber ihre Rechte und ihre Würde sind gleich. Eine
10 vielfältige, diskriminierungsfreie, gleichberechtigte Gesellschaft bedeutet demokratischen
11 Fortschritt für alle. Sie entwickelt sich stets weiter und handelt permanent die Regeln
12 ihres Zusammenlebens neu aus. In einer pluralistischen Gesellschaft bilden gleichberechtigte
13 Individuen aus vielfältigen Perspektiven ein Bündnis für ein gemeinsames Wir zum Schutz und
14 zur Förderung von Freiheit und Würde.

15 (163) „Wir“ schließt alle ein, die in unserem Land leben. Wir sind unterschiedlich, aber uns
16 verbindet Respekt und Akzeptanz allen Menschen gegenüber, unabhängig davon, wie sie leben,
17 lieben, glauben und aussehen. Das macht den Reichtum unseres „Wirs“ aus.

Stadt und Land, Jung und Alt

18 (164) Die regionale Vielfalt, die verschiedenen historischen Erfahrungen und
19 unterschiedlichen Lebensstile der Menschen machen Deutschland aus. Auch die historische
20 Spaltung in Ost und West durch den Kalten Krieg sowie die Verwerfungen nach der
21 Wiedervereinigung haben Deutschland geprägt. Unterschiede anzuerkennen, zu schützen und
22 zugleich den sozialen Zusammenhalt zu stärken ist unsere Verpflichtung. Es ist Verantwortung
23 des Staates, die Lebensbedingungen in sich ökonomisch und strukturell unterschiedlich
24 entwickelnden Regionen im gesamten Bundesgebiet und auf allen Ebenen anzugleichen – etwa im
25 Verhältnis von ländlichen Gegenden zu Städten, vom Norden zum Süden, von Ost nach West, von
26 schrumpfenden zu wachsenden Regionen.
27

28 (165) Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist als normative Aufgabe wichtig, aber
29 immer schwieriger zu definieren. Während in strukturschwachen Regionen oftmals staatliche
30 Institutionen fehlen, sind dort auf der anderen Seite Mieten günstiger. Die Sicherung von
31 gleichwertigen Lebensverhältnissen wird nicht durch das gleiche Angebot wie in den
32 Metropolen zu erreichen sein, wohl aber durch die Schaffung von Voraussetzungen für
33 kreative, flexible und digitale Lösungen. Wir streben nach einer neuen Politik des
34 Ausgleichs zwischen ländlichen Räumen und Städten. Dazu wollen wir eine neue
35 Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Daseinsvorsorge“.

36 (166) Gute und sichere öffentliche Räume und Institutionen sind Voraussetzungen dafür, dass
37 die Gesellschaft zusammenhält. Damit Sicherheit und Gemeinsamkeit möglich werden, garantiert

38 der Staat gute Versorgung, Anbindung von ländlichen Regionen und Orte der Begegnung. Zur
39 Daseinsvorsorge gehören Breitbandversorgung, Ärzt*innen sowie Krankenhäuser, die auch für
40 die Dorfbewohner*innen erreichbar sind, Jugendhäuser, Theater und Orchester in den
41 ländlichen Regionen, Sportplätze und Schwimmbäder in Stadt und Land. So helfen öffentliche
42 Räume und Institutionen, Freiheit und Selbstbestimmung zu ermöglichen, Chancengleichheit
43 herzustellen und Aufstiegschancen zu schaffen. Sie sind mehr als staatliche Daseinsvorsorge,
44 sie sind ein Zusammenspiel von demokratischer Staatlichkeit und bürgerschaftlichem
45 Zusammenleben.

46 (167) Wir wollen bessere regionale Wirtschaftskreisläufe. Sie sind nicht nur ökologischer,
47 sondern können auch Regionen mit Strukturproblemen helfen. Die regionale
48 Wirtschaftsförderung ist so auszurichten, dass regionale Kreisläufe unterstützt werden, vor
49 Ort eine gute Infrastruktur vorhanden ist und auch ländliche Regionen verlässlich an die
50 Welt angebunden sind. Dafür braucht es starke regionale Zentren als Ankerpunkte in den
51 Regionen, die ein breites Angebot an öffentlichen und kulturellen Dienstleistungen
52 vorhalten. Ein Beispiel sind die europäischen Metropolregionen. Bei der Ansiedelung von
53 Bildungsinstitutionen, Landes- und Bundesbehörden sollen strukturschwache Gebiete besonders
54 berücksichtigt werden.

55 (168) Die europäischen Gesellschaften sind geprägt durch demographischen Wandel.
56 Bevölkerungsverluste und -zuwächse sind sehr ungleich verteilt, vor allem zwischen Stadt und
57 Land, und prägen unterschiedliche Identitäten und kulturelle Erfahrungen. Gleichwertige
58 Lebensverhältnisse herzustellen ist ein Verfassungsgrundsatz und Kernaufgabe unserer
59 Politik.

60 (169) Das gute Zusammenleben aller Generationen und Gerechtigkeit zwischen ihnen wird in
61 einer alternden Gesellschaft zentraler. In ihr braucht es neue Formen des Zusammenlebens und
62 eine altersgerechte Infrastruktur. Das wirkt Einsamkeit entgegen und stärkt den sozialen
63 Zusammenhalt.

64 (170) Für viele Menschen ist die Familie das Fundament ihres Zusammenlebens und Glücks.
65 Deswegen stehen Familien zu Recht unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes. Familie ist
66 da, wo Menschen mit dem Ziel der Dauerhaftigkeit Verantwortung füreinander übernehmen, sich
67 umeinander kümmern und füreinander da sind. Das unterstützen wir, egal ob mit oder ohne
68 Trauschein, ob alleinerziehend oder mit Partner*in, ob gleich- oder mehrgeschlechtlich, ob
69 Patchwork oder in Mehr-Eltern-Konstellationen. Alle Formen sollen rechtlich und sozial
70 abgesichert sein.

71 (171) Viele Eltern wollen sich Sorge- und Erwerbsarbeit gleichberechtigt aufteilen. Das wird
72 möglich durch ein flächendeckendes Betreuungsangebot, einen Wandel der Arbeitswelt sowie
73 eine Reduzierung der Arbeitszeit.

74 (172) Kinder brauchen die Freiheit zu spielen und zu lernen, zu lachen und zu weinen, zur
75 Freude und zur Wut. Sie haben eigene Rechte. Diese gehören in den Mittelpunkt von Politik
76 und Gesellschaft und sind im Grundgesetz eigenständig zu garantieren. Das muss sich auch in
77 der Ausstattung von öffentlichen Räumen und Institutionen sowie der Verwirklichung von
78 Teilhabe und eigenen Entscheidungen widerspiegeln.

79 (173) Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf besonderen Schutz und eine starke
80 öffentliche Fürsorge, die über gemeinsame bundesweite Standards für Kitas, Schulen,
81 Jugendämter und föderale Träger zu garantieren sind. Kinderschutz gehört in alle Curricula
82 für Jura, Medizin, Erziehungswissenschaften und Polizei. Kinder müssen bei Entscheidungen
83 gehört, ihre Rechte und ihr Wille im Mittelpunkt stehen. Überall, wo mit Kindern umgegangen
84 wird, muss Basiswissen über Kindeswohlgefährdung und Missbrauch zur Voraussetzung werden.

85 Die Fortbildungspflicht für Familienrichter*innen und die Anforderungen an die Qualifikation
86 von Verfahrensbeiständen sind klar gesetzlich zu regeln.

87 (174) Guter, bezahlbarer Wohnraum für alle ist eine öffentliche Aufgabe. Wohnraum, Grund und
88 Boden dürfen keine Spekulationsobjekte sein. Das Recht auf Wohnen soll im Grundgesetz
89 verankert werden. Kein Mensch soll ohne Obdach sein. Auch kleine Gewerbetreibende dürfen
90 nicht durch steigende Mieten aus ihren Vierteln vertrieben werden. Es braucht ein starkes
91 Mietrecht, eine gesetzliche Begrenzung der Miethöhe und zum Beispiel eine
92 Mietermitbestimmung.

93 (175) Um das Recht auf Wohnen zu verwirklichen, ist ein hoher Bestand an öffentlichem und
94 sozial gebundenem Wohnraum nötig. Dort, wo viele Menschen zuziehen, muss in großem Umfang
95 gebaut werden. Wir verpflichten uns zu nachhaltigem Bauen und einer behutsamen
96 Nachverdichtung.

97 (176) Unser Leitbild ist das einer lebendigen, durchmischten und offenen Stadt der kurzen
98 Wege: Dort leben Junge und Alte sowie Menschen verschiedener Herkunft gern in ihren
99 Wohnvierteln, haben es nicht weit zur Arbeit und zum nächsten Sportplatz. Der demographische
100 Wandel bringt neue Formen des Zusammenlebens. Ein ausreichender Bestand an barrierefreien
101 Wohnungen und Möglichkeiten für ältere Menschen, ein aktives Leben zu führen, werden immer
102 wichtiger.

103 (177) Sport verbindet. Alte und Junge, Menschen verschiedener Herkunft, mit verschiedenen
104 Erfahrungen – auf dem Fußballplatz sind alle gleich. In Deutschland engagieren sich viele
105 Millionen Menschen im Sport – in Vereinen und Organisationen – für Fairness, Teamgeist und
106 Verantwortung. Im Sport können die Werte einer offenen und solidarischen Gesellschaft
107 vermittelt werden. Der organisierte Sport ist einer der wichtigsten Träger der
108 außerschulischen Jugendarbeit und vermittelt Bildung. Diese Strukturen zu erhalten und zu
109 stärken bedeutet, das friedliche Zusammenleben zu stärken. Auf internationaler Ebene leistet
110 der Sport einen wichtigen Beitrag zum Kulturaustausch und zu gegenseitiger Begegnung. Sport
111 findet nicht im politischen Vakuum statt. Das bedeutet Verantwortung für den Zusammenhalt in
112 unserer Gesellschaft, für den Schutz von Menschenrechten, aber genauso als wirtschaftlicher
113 Akteur und im Kampf gegen Doping.

114 (178) Privat übernehmen viele Menschen ehrenamtlich Verantwortung für andere, sei es in
115 Familie und Nachbarschaft oder in Vereinen, Kirchen und Initiativen. Das Ehrenamt hat eine
116 konstitutive Rolle in unserer Demokratie und für unser Zusammenleben. Dafür braucht es Zeit,
117 Anerkennung und Förderung, die wir als Gesellschaft bereitstellen müssen.

118 (179) Viele Menschen sind motiviert, freiwilligen Einsatz für die Gesellschaft zu bringen.
119 Die bestehenden Freiwilligendienste können zu einem neuen gesellschaftlichen
120 Generationenprojekt werden, wenn sie ausgebaut und auch für die Menschen im Ruhestand
121 geöffnet werden, die ihre Erfahrung und ihr Können weiter einbringen wollen. Ein solcher
122 „Zivilgesellschaftsdienst“ soll Rentner*innen wie allen jungen Menschen, die ihn ausüben
123 wollen, unabhängig vom eigenen Geldbeutel offenstehen.

124 Vielfalt

125 (180) In der vielfältigen Gesellschaft sind alle Staatsbürger*innen gleichberechtigt – mit
126 gleichen Rechten, Zugängen und gleicher Teilhabe. In einer vielfältigen Gesellschaft richtet
127 sich Zugehörigkeit nicht danach, wo jemand geboren ist, in welchem Stadtteil jemand wohnt,
128 woher die Eltern kommen oder wie viel sie verdienen, wie jemand aussieht, was jemand glaubt
129 oder wie der Namen klingt.

130 (181) Diskriminierung trifft nicht alle gleichermaßen, aber sie geht alle gleichermaßen an.
131 Eine vielfältige Gesellschaft schützt alle Menschen vor Diskriminierung, Rassismus,

132 Antisemitismus und Gewalt – im Alltag, ob subtil oder durch gesellschaftliche Strukturen und
133 öffentliche Institutionen.

134 (182) Eine vielfältige Einwanderungsgesellschaft bietet Unterstützung und ermöglicht durch
135 Zugänge und Teilhabe die Integration von Menschen, die neu zu uns kommen. Das ist ein
136 wechselseitiger Prozess, der von allen Beteiligten die Bereitschaft verlangt, friedlich und
137 in gegenseitigem Respekt zusammenzuleben und die Werte des Grundgesetzes zu achten.

138 (183) Das Staatsbürgerschaftsrecht soll allen Menschen, die hier leben, arbeiten oder zur
139 Schule gehen, wirkliche Teilhabe ermöglichen. Dazu gehören die erleichterte und
140 beschleunigte Einbürgerung, die Ermöglichung von doppelter Staatsangehörigkeit und die
141 Ausweitung des Geburtsrechts. Ausländer*innen, die die Voraussetzungen erfüllen, sollen
142 möglichst bald Inländer*innen mit gleichen Rechten und Pflichten werden können.
143 Mehrstaatigkeit bildet die Lebensrealität vieler Menschen ab.

144 (184) Die deutsche Gesellschaft ist religiös und weltanschaulich plural. Wir setzen uns für
145 die Bewahrung und Durchsetzung der Religionsfreiheit in all ihren Dimensionen ein. Zu einer
146 pluralistischen Gesellschaft gehört auch Religionskritik, und zwar inner- wie außerhalb der
147 Religionsgemeinschaften. Die Wahrung der grundrechtlichen Normen und Werte kann durch keine
148 Religion relativiert werden.

149 (185) Die christlichen Kirchen sind Teil und Stütze unserer Gesellschaft. Der säkulare Staat
150 muss sich am Neutralitätsprinzip ausrichten. Das bedeutet aber nicht ein Kooperationsverbot
151 zwischen Staat und Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaften. Das kooperative Modell des
152 Staatskirchenrechtes soll zu einem pluralen Religionsverfassungsrecht weiterentwickelt
153 werden.

154 (186) Ein aktives jüdisches Leben in Deutschland und Europa nach der Shoa ist eine große
155 Verantwortung für den deutschen Staat. Jüdinnen und Juden in ihrer Selbstentfaltung zu
156 unterstützen sowie ihre Sicherheit und die der jüdischen Einrichtungen zu gewährleisten ist
157 eine wichtige Aufgabe für unsere Gesellschaft. Sich Antisemitismus in jeder Form
158 entgegenzustellen ist die Verpflichtung unseres Rechtsstaates und die immer währende Aufgabe
159 aller Menschen in Deutschland und in Europa. Das Existenzrecht und die Sicherheit Israels
160 mit gleichen Rechten für all seine Bürger*innen sind unverhandelbar.

161 (187) Muslimas und Muslime sind nach den Angehörigen der großen christlichen Konfessionen
162 die größte religiöse Gruppe in diesem Land. Der Islam gehört damit selbstverständlich zu
163 Deutschland. Moscheen und muslimische Gemeinden müssen vor Bedrohungen und Angriffen
164 geschützt, die Sicherheit von Muslimas und Muslimen muss gewährleistet werden.
165 Antimuslimischen Rassismus zu bekämpfen ist Aufgabe der gesamten Gesellschaft. Wir
166 unterstützen das Anliegen vieler Muslimas und Muslime, mittelfristig anerkannte und
167 gleichberechtigte Religionsgemeinschaft(en) im Sinne und nach den Regeln des Grundgesetzes
168 bilden zu können, und befürworten Staatsverträge mit islamischen Religionsgemeinschaften.

169 (188) Menschen mit Romno-Hintergrund sind die größte Minderheit in Europa. Sie sind Teil der
170 europäischen Geschichte und Gegenwart seit mehr als 600 Jahren, auch in Deutschland.
171 Menschen mit Romno-Hintergrund werden oft als homogene Gruppe wahrgenommen. Sie werden mit
172 stereotypen, stigmatisierenden Eigenschaften beschrieben, die zu massiver Diskriminierung in
173 Bereichen wie Bildung, Arbeitsmarkt, Wohnen und Gesundheit führen. Kultur und Sprache der
174 nationalen Minderheit der Sinti und Roma sind vom Staat zu schützen und zu fördern.

175 (189) Das Bewusstsein für die Singularität der Verbrechen des Nationalsozialismus als
176 universelle Mahnung an die gesamte Menschheit und die daraus folgende historische
177 Verantwortung wachzuhalten ist vordringliche Aufgabe deutscher Erinnerungskultur. Es kann
178 keinen Schlussstrich geben.

179 (190) In einer erweiterten Erinnerungskultur mit globaler Perspektive sollten sich die
180 unterschiedlichen historischen Erfahrungen der Menschen widerspiegeln, die nach Deutschland
181 eingewandert sind und hier leben. Die Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit ist
182 Voraussetzung für eine Gesellschaft, in der Schwarze Menschen frei von Rassismus leben
183 können, und sollte selbstverständlicher Teil der Erinnerungskultur sein.

184 (191) Inklusion ist ein Menschenrecht. In einer inklusiven Gesellschaft können alle Menschen
185 ohne Angst in ihren Eigenschaften und Lebensformen verschieden sein. Die Rechte von Menschen
186 mit Behinderung müssen umfassend gewahrt, geschützt und realisiert werden. Wir streben
187 Inklusion und Barrierefreiheit in allen Lebensbereichen an. Sicherung der Selbstbestimmung
188 und eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe genießen dabei Priorität.

189 **Feminismus und Geschlechtergleichstellung**

190 (192) Feminismus ist sowohl die Vision einer gleichberechtigten Gesellschaft als auch der
191 Weg dorthin. Er verspricht, echte Gleichberechtigung in allen Lebensbereichen einzulösen –
192 rechtlich, kulturell und ökonomisch.

193 (193) Eine Gesellschaft, in der gleiche Teilhabe für alle Geschlechter Wirklichkeit ist,
194 schützt und stärkt die Rechte aller Frauen in ihrer Unterschiedlichkeit und unabhängig von
195 Herkunft, Alter, Religion, Behinderung, Sexualität oder Klasse. Deshalb verfolgen wir einen
196 Feminismus, der verschiedene Diskriminierungsformen auch in ihrer Verschränkung erkennt und
197 an ihrer Beseitigung arbeitet.

198 (194) Gesellschaftlich vorgegebene Rollenzwänge führen zu ungleichen Chancen und häufig zu
199 individuellem Leid. Sexismus behindert Frauen im Job, in der Schule, in der Uni, vor
200 Gericht, im Privatleben, in den Medien, im Internet. Auch Männer profitieren von der
201 Überwindung feststehender Geschlechterrollen. Gemeinsam schaffen wir eine Gesellschaft, in
202 der alle Menschen frei von einschränkenden Rollenbildern leben können.

203 (195) Das Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper und das eigene Leben muss für
204 Frauen und Mädchen uneingeschränkt gelten. Dieses Recht zu realisieren ist Teil einer guten
205 Gesundheitsversorgung. Schwangerschaftsabbrüche haben nichts im Strafgesetzbuch verloren.
206 Intergeschlechtliche- und transsexuelle Menschen haben ausschließlich selbst das Recht, ihr
207 Geschlecht zu definieren.

208 (196) Frauen sollen in allen Bereichen der Gesellschaft mitbestimmen und Verantwortung
209 übernehmen können. Gleichberechtigung bedeutet nicht nur, aber auch mehr Frauen in
210 Führungspositionen – in der Politik, in der Zivilgesellschaft und in der Wirtschaft. Wo
211 freiwillige Selbstverpflichtung nicht hilft, sind Quoten ein wichtiges Instrument für mehr
212 Parität. Sie zielen dabei immer auf eine Welt, in der sie sich selbst überflüssig machen.

213 (197) Eine offene Gesellschaft ist eine der Geschlechtervielfalt, in der alle Menschen ohne
214 Angst verschieden sein können. Freiheit und Würde bedeuten, sich einem Geschlecht zuordnen
215 zu können oder auch nicht. Und es bedeutet, die eigene sexuelle Identität selbstbestimmt zu
216 finden. Freiheit und Würde bedeuten auch, gemäß der eigenen sexuellen Orientierung die
217 Lebensform, die Partnerschaft und das Familienmodell selbst zu wählen und dafür jeweils die
218 gleichen Rechte und den gleichen Schutz vom Staat zu erhalten. Antiquare, homo- und
219 transphobe Ressentiments und Diskriminierung sowie Angriffe auf Lesben, Schwule, Bi-, Trans-
220 und Intersexuelle, Transgender oder Queers sind menschenrechtliche Verstöße und müssen von
221 der gesamten Gesellschaft klar zurückgewiesen werden.

222 **Kunst und Kultur**

223 (198) Kunst ist frei. Kunst dient niemandem. Kunst gehört niemandem exklusiv. Sie ist
224 vielfältig und deutungs offen und nie homogen. Kunst und Kultur lassen aus dem Zusammenspiel
225 unterschiedlichster Einflüsse und Zusammenhänge Neues entstehen und sind so Motor
226 gesellschaftlicher Entwicklung. Wir schützen die Freiheit der Kunst und wenden uns dagegen,

227 Kunst und Kultur vereinheitlichen, ethnisch oder sozial abgrenzen zu wollen oder alleinige
228 Deutungshoheit über sie zu beanspruchen.

229 (199) Freie Kunst und Kultur sind eine Grundlage für Demokratie und friedliches
230 Zusammenleben. Sie sind Ausdruck und Anlass individueller und gesellschaftlicher Reflexion,
231 persönlichen und kollektiven Erkenntnisgewinns sowie persönlicher und kollektiver
232 Entwicklung. Kulturelle Vielfalt zu fördern und zu schützen ist wichtige Aufgabe in der
233 offenen Gesellschaft. Der Zugang zu und Teilhabe an Kunst und Kultur muss für alle gleich
234 gewährleistet sein. Das gilt für kulturelle Bildung genauso wie für Kulturinstitutionen,
235 Kulturvereine und Kulturgüter. Deshalb brauchen Kunst und Kultur öffentliche Förderung.

236 (200) Deutschlands Kolonialvergangenheit ist auch im Kulturbereich wenig aufgearbeitet. Der
237 Schlüssel dafür sind eine umfängliche Forschung über die Herkunft von Kunstobjekten und der
238 transparente Umgang mit den Sammlungen deutscher Museen, der in einem aktiven Austausch mit
239 den betroffenen Gesellschaften mündet. Dazu gehört auch die Rückgabe von entwendeten
240 Kulturgütern aus kolonialen Kontexten. Der auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik kommt in
241 diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle als Brücke in die Zivilgesellschaften der Welt zu.

242 **Gesundheit und Pflege**

243 (201) Oberste Aufgabe jeder Gesundheitspolitik ist es, die Würde der und des Einzelnen auch
244 in Krankheitsfällen, Notfällen und Ausnahmesituationen zu wahren und gleichzeitig
245 Krankheiten und Gesundheitsrisiken vorzubeugen. Gesundheit und Pflege sind zentrale Pfeiler
246 der Daseinsvorsorge. Es ist öffentliche Aufgabe, jedem Menschen, unabhängig von Alter,
247 Einkommen, Geschlecht, Herkunft, sozialer Lage oder etwaiger Behinderung sowie vom Wohnort,
248 Zugang zu einer qualitativ hochwertigen Versorgung zu garantieren. Die Versorgung muss dem
249 Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse entsprechen, den medizinischen Fortschritt
250 berücksichtigen und auch den Bedarfen von besonders verletzlichen Personengruppen gerecht
251 werden.

252 (202) In der global vernetzten Welt des 21. Jahrhunderts ist spätestens seit der Corona-
253 Krise klar, dass moderne Gesundheitssysteme für alle unverzichtbar sind. Gesundheit ist ein
254 globales Gemeingut. Internationale und solidarische Kooperation bei Gesundheitsforschung und
255 dem Aufbau guter Gesundheitssysteme ist eine gemeinsame Aufgabe der Weltgemeinschaft. Es
256 braucht weltweit eine Versorgungssicherheit mit zentralen Arzneimitteln und Materialien. Sie
257 müssen auch in Europa produziert werden.

258 (203) Gesundheitsversorgung ist öffentliche Aufgabe. Sie muss dem Menschen und der
259 Allgemeinheit zugutekommen und dient nicht dem Zweck, hohe Renditen zu erzielen.
260 Öffentliches und beitragsfinanziertes Geld muss im System bleiben. Der Trend zur
261 Privatisierung im Krankenhausbereich muss gestoppt werden. Bei privaten Kliniken und
262 Pflegeheimen sollen Gewinnausschüttungen gesetzlich beschränkt werden. Gesundheitssysteme,
263 die sich auf den Markt verlassen, sind teuer und ineffizient.

264 (204) Gleichwertige Lebensverhältnisse bedeuten eine gute Gesundheitsversorgung in der Stadt
265 und auf dem Land. Jeder Mensch muss Zugang zu medizinischer Hilfe haben, egal wo er lebt.
266 Dafür müssen aber nicht alle Kliniken dieselbe Leistung anbieten. Durch ein Stufenmodell von
267 der Basisversorgung bis hin zu Spezialkliniken kann die Versorgung im ländlichen Raum
268 gestärkt und zeitgleich eine gute Qualität bei allen Behandlungen sichergestellt werden.

269 (205) Nur ein gut finanziertes Gesundheitssystem kann die Würde der Patient*innen und die
270 Rechte der Beschäftigten gleichermaßen schützen. Die Kommerzialisierung des
271 Gesundheitswesens hat zu Fehlanreizen, erzwungener Kostenersparnis zulasten der
272 Versorgungssicherheit und zu einer falschen Verteilung von Geldern geführt. Die
273 Krankenhausfinanzierung muss neu gedacht und im Sinne der Versorgungssicherheit und -
274 qualität auf die Fläche, auf eine gute Bezahlung für Beschäftigte, auf Vorsorge und auf

275 Krisenresilienz ausgerichtet werden. Kliniken sollen nicht nur nach erbrachter Leistung,
276 sondern nach ihrem gesellschaftlichen Auftrag finanziert werden. Dafür müssen die
277 Fallpauschalen reformiert und um eine strukturelle Finanzierung ergänzt werden. Die Planung
278 im Gesundheitssystem soll gestärkt werden und sektorenübergreifend erfolgen. Das bedeutet,
279 dass stationäre und ambulante Versorgung zusammen gedacht und finanziert werden.

280 (206) Eine bessere Vernetzung, Koordination und Zusammenarbeit über alle Berufsgruppen
281 hinweg, wie sie zum Beispiel in Gesundheitszentren stattfindet, ist notwendig, um den
282 Bedarfen der Patient*innen in einer älter werdenden Gesellschaft besser gerecht zu werden.
283 Eine gut abgestimmte integrierte Versorgung, in der Ärzt*innen, Pflegekräfte und andere
284 Heilberufe sowie ein gut ausgestatteter öffentlicher Gesundheitsdienst Hand in Hand
285 zusammenarbeiten, muss darum zur Regel werden. Dabei helfen eine umfassende
286 Versorgungsplanung, Gesundheitsberichterstattung und eine Stärkung der Gesundheits- und
287 Versorgungsforschung. Heilmittelerbringer*innen und gesundheitsnahe Berufe sind ein
288 essenzieller Teil unseres Gesundheitssystems und müssen finanziell besser abgesichert
289 werden. Eine Stärkung der professionellen Pflege ist Voraussetzung für ein gutes
290 Versorgungsnetz in der Fläche. Dafür braucht es eine Aufwertung und Ausweitung der
291 Kompetenzen in Gesundheits- und Pflegefachberufen.

292 (207) Gute Gesundheit und Pflege gibt es nur mit guten Arbeitsbedingungen.
293 Altenpfleger*innen, Krankenpfleger*innen oder Hebammen und Geburtshelfer sind das Rückgrat
294 unserer Gesellschaft. In diesem Arbeitsbereich droht permanent die Gefahr von Überlastung
295 und Überarbeitung. Sich um andere zu kümmern darf nicht krank machen. Es braucht mehr
296 Personal, mehr Lohn und mehr Zeit. Der Staat trägt hier auch aufgrund des im Grundgesetz
297 festgeschriebenen Sozialstaatsgebots eine besondere Verantwortung.

298 (208) Die Digitalisierung und Automatisierung kann helfen, den Fachkräftemangel im
299 Gesundheitswesen zu bekämpfen und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Mithilfe der
300 Koordinierung und des Abgleichs von Kapazitäten und der Übernahme von unterstützenden
301 Tätigkeiten durch Robotik und digitale Hilfsmittel kann mehr Zeit für die persönliche Arbeit
302 mit Patient*innen gewonnen werden.

303 (209) Solidarisch finanziert können die Herausforderungen der älter werdenden Gesellschaft
304 und die Kosten des medizinischen Fortschritts am besten bewältigt werden. Indem alle
305 Bevölkerungsgruppen in die Finanzierung über eine Bürgerversicherung einbezogen werden,
306 können wir die Belastungen fair und für alle tragfähig ausgestalten. Gesundheit und Pflege
307 muss allen Menschen gleich zur Verfügung stehen. Es darf keinen Unterschied beim Zugang nach
308 Einkommen oder Versicherungsstatus geben.

309 (210) Gute Gesundheitspolitik bedeutet die Vermeidung von Erkrankungen und von
310 Pflegebedürftigkeit. Prävention und Gesundheitsförderung sind deshalb Querschnittsaufgaben,
311 die in allen Politikbereichen verfolgt werden müssen. Prekäre Lebensverhältnisse machen in
312 vielen Fällen krank. Menschen, die in Armut leben, haben eine höhere Wahrscheinlichkeit zu
313 erkranken und oft einen schlechteren Zugang zum Gesundheitssystem. Eine gute Sozialpolitik
314 ist Teil einer umfassenden Gesundheitsvorsorge.

315 (211) Menschen sind immer Menschen, niemals „Fälle“, egal ob gesund, krank, pflegebedürftig
316 oder eingeschränkt. Patient*innen sind Akteur*innen mit starken Rechten. Für Patient*innen
317 müssen ihre eigenen Gesundheitsdaten jederzeit zugänglich sein und durch strenge
318 Datenschutzstandards gesichert werden. Gesundheitsbildung und unabhängige
319 Gesundheitsberatung sollen zu einem festen Bestandteil unseres Gesundheitssystems werden.

320 (212) Die digitale Verfügbarkeit von Patient*innen-Daten und Infektionswegen kann
321 Bürger*innen-Rechte nicht nur schützen, sondern auch sichern. Die Chancen der
322 Digitalisierung gilt es sowohl bei der Organisation der Gesundheitsversorgung, im

323 Pflegebereich als auch bei der Verwaltung von Gesundheitsdaten und bei der individuellen
324 Prävention zu nutzen. So wird auch in Zeiten des demographischen Wandels ein zukunftsfähiges
325 Gesundheitssystem erhalten. Aufgrund der Sensibilität von Gesundheitsdaten kommt dem
326 Datenschutz dabei eine herausragende Rolle zu. Gerade deshalb sollte die Infrastruktur von
327 staatlicher Seite und nicht von privaten Drittanbietern zur Verfügung gestellt werden.
328 Deshalb sollen die Gesundheitsdaten inklusive der Patient*innen-Daten unter Wahrung höchster
329 Datenschutzstandards digital erfasst werden.

330 (213) Menschen, die pflegebedürftig werden, wollen zumeist in ihrem gewohnten Umfeld
331 bleiben. Eine dezentrale Pflegestruktur, bei der die Wünsche, die Selbstbestimmung und
332 Selbstständigkeit der Betroffenen im Mittelpunkt stehen, ist dafür der beste Weg. Wir
333 streben einen Sozialstaat an, der gute und inklusive Institutionen der Pflege und Betreuung
334 für alle zur Verfügung stellt.

335 (214) Leistungen, die medizinisch notwendig sind und deren Wirksamkeit wissenschaftlich
336 erwiesen ist, müssen von der Solidargemeinschaft übernommen werden. Medikamente, die der
337 Gesellschaft insgesamt dienen, dürfen nicht patentiert sein.

338 (215) Die Versorgung mit Hebammen und Geburtshelfern, Geburtshäusern und Kreißsälen muss in
339 ländlichen Regionen genauso gesichert sein wie in Städten. Die reproduktive Selbstbestimmung
340 muss gewährleistet sein, das bedeutet den kostenfreien Zugang zu Verhütungsmitteln und die
341 Sicherstellung von ärztlich vorgenommenen Schwangerschaftsabbrüchen. Das ist ein wichtiger
342 Teil der Gesundheitsversorgung und Selbstbestimmung von Frauen.

343 (216) Statt einer Kriminalisierung von Süchtigen setzen wir auf Prävention,
344 Entkriminalisierung und passgenaue Hilfsangebote. Cannabis sollte legalisiert werden. Eine
345 kontrollierte Abgabe von Suchtmitteln und eine an den gesundheitlichen Risiken orientierte
346 Regulierung sind der richtige Weg für wirksamen Jugendschutz, zur Verhinderung von
347 Drogentoten und um kriminelle Strukturen und Ursachen für Drogenkriege trockenulegen.

GSP-08 Kapitel 5: Demokratie stärken

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 23.06.2020
Thema: Grundsatzprogramm

Text

Rechte und Zugänge

- 1 (217) Demokratie ermöglicht ein Leben in Würde und Freiheit. Vielfältige Demokratie
2 bedeutet, dass wir als Gesellschaft unsere Lebensumstände mit gleichen
3 Beteiligungsmöglichkeiten gemeinsam gestalten. Souverän eines demokratischen Staates sind
4 die Staatsbürger*innen, der Verantwortungsbereich der Demokratie ist die gesamte
5 Bevölkerung. Demokratie ist nicht auf einen formalen Prozess reduzierbar, sondern
6 Leitprinzip für ein Miteinander in gleicher politischer Freiheit.
7
- 8 (218) Staatlich garantierte Freiheitsrechte, Minderheitenschutz und Daseinsvorsorge, die
9 Beseitigung von Armut und Diskriminierung, der Zugang zu Bildung und öffentlicher Meinungs-
10 und Willensbildung sowie ein ausreichendes Maß an Zeit für politische Beteiligung gehören zu
11 einer freiheitlichen und vielfältigen Demokratie.
- 12 (219) Die Folgen demokratischer Entscheidungen reichen oft über den regionalen oder
13 nationalen Rahmen hinaus. Daher müssen die globalen Auswirkungen in Entscheidungsprozessen
14 immer berücksichtigt werden. Globalisierung erfordert transnationale demokratische
15 Handlungsfähigkeit. Nur mit fairem Interessenausgleich und demokratischer globaler
16 Kooperation können wir richtige und wirksame Antworten auf globale Herausforderungen geben.
17 Um demokratische Handlungsfähigkeit in einer globalisierten Welt zu stärken, soll sich die
18 EU perspektivisch weiterentwickeln zu einer Föderalen Europäischen Republik.
- 19 (220) Demokratie ohne Meinungsfreiheit ist undenkbar. In der Demokratie kann jeder Mensch
20 seine Meinung frei äußern und jede*r muss Widerspruch zur eigenen Meinung aushalten. Hass
21 und Hetze sind nicht von der Meinungsfreiheit gedeckt.
- 22 (221) Demokratie ist angewiesen auf Demokrat*innen. Die Freiräume einer starken und
23 lebendigen Zivilgesellschaft sind zu schützen. Demokratie beginnt vor Ort. Ohne
24 ehrenamtliches Engagement würde unser Gemeinwesen nicht funktionieren. Demokratie lebt von
25 Menschen, die sich für andere engagieren und unser Gemeinwesen mitgestalten – in
26 Bürgerinitiativen und Parteien, in Vereinen, Feuerwehren und Kirchen, in NGOs,
27 Gewerkschaften und Unternehmen, bei Demonstrationen, im Sportverein und in Bewegungen.
28 Solches Engagement ist der Kitt, der unsere pluralistische Gesellschaft zusammenhält,
29 deshalb muss Gemeinnützigkeit umfassend rechtlich abgesichert werden.
- 30 (222) Friedlicher zivilgesellschaftlicher Protest ist eine wichtige Ressource in einer
31 lebendigen Demokratie.
- 32 (223) Die beste Verteidigung der parlamentarischen Demokratie ist ihre Weiterentwicklung. Es
33 gilt, der Verknöcherung demokratischer Institutionen und Verfahren entgegenzuwirken, um die
34 Demokratie lebendig zu halten. Durch Offenheit für neue Beteiligungsmöglichkeiten wird
35 Vertrauensverlusten und einer einseitigen Interessenslage in demokratischen Prozessen
36 entgegengewirkt.

37 (224) Repräsentationsdefizite machen die parlamentarische Demokratie angreifbar. Ein
38 demokratisches Miteinander muss die Voraussetzungen für sein Fortbestehen immer wieder neu
39 schaffen und Ausschlüssen und Repräsentationsdefiziten in den eigenen Strukturen
40 entgegenwirken. Eine vielfältige Gesellschaft muss sich in ihren demokratischen
41 Institutionen und Einrichtungen abbilden.

42 (225) Frauenrechte sind der Gradmesser der Demokratie. Frauen sollen an allen demokratischen
43 Prozessen gleichberechtigt beteiligt und angemessen in den Parlamenten und
44 gesellschaftlichen Führungspositionen vertreten sein. Voraussetzung hierfür sind
45 Lebensbedingungen, die es ermöglichen, Erwerbsarbeit sowie Familien-, gesellschaftliche und
46 politische Arbeit zu vereinbaren.

47 (226) Um sich demokratisch engagieren und sich souverän und selbstbestimmt entscheiden zu
48 können, braucht es die Möglichkeit zur unabhängigen Information. Digitale Plattformen, die
49 nicht von kommerziellen Interessen gesteuert sind, unabhängiger Journalismus in freien
50 Medien, ein unabhängiger öffentlich-rechtlicher Rundfunk sowie solide Medienbildung von
51 Kindesbeinen an sind Impfschutz gegen demokratiefeindliche Kampagnen und Fake News.

52 (227) Voraussetzung für Demokratie sind ein gewaltfreier Diskurs und die Akzeptanz der
53 Menschenwürde sowie der unverletzlichen und unveräußerlichen Grund- und Menschenrechte. Eine
54 Gesinnung, die dem oder der Einzelnen seine bzw. ihre individuellen Bedürfnisse und
55 Interessen abspricht und die definieren will, wer dazugehört und wer nicht, ist
56 undemokratisch. Rassismus und Ausgrenzung widersprechen der Idee von politischer Gleichheit.
57 Zivilcourage und rechtsstaatliche Maßnahmen gegen Hass und Entmenschlichung sind zentral für
58 die Wehrhaftigkeit der vielfältigen Demokratie.

59 (228) Die Interessen von Menschen, die sozial an den Rand gedrängt sind, die kaum Zugang zu
60 guter Bildung haben oder die unter den Anstrengungen von prekärer Arbeit leben, sind häufig
61 unterrepräsentiert. Eine Garantie auf ein Existenzminimum, ausreichend Zeit für politische
62 Beteiligung sowie die Möglichkeit zur sozialen und kulturellen Teilhabe sind notwendige
63 Bedingungen für Demokratie.

64 (229) Unser Wirtschaftssystem unterliegt Werten und Regeln, wirtschaftliche
65 Staatsbürgerrechte sind Teil der demokratischen Rechte des Einzelnen. Die sozial-ökologische
66 Marktwirtschaft ist über betriebliche Mitbestimmung, Aktionärsbeteiligung sowie
67 gewerkschaftliche Vertretung organisiert. All das braucht starke Gewerkschaften. Im Sinne
68 der Gemeinwohlökonomie soll selbstverständlich sein, dass alle Stakeholder und Betroffenen
69 ein Mitspracherecht bei wichtigen Entscheidungen erhalten.

70 (230) Verdeckte, einseitige Einflussnahme wirtschaftlich machtvoller Interessen gefährdet
71 die Demokratie. Für klare Schranken sorgen Transparenz von beispielsweise personellen
72 Verflechtungen oder Nebentätigkeiten politischer Entscheidungsträger*innen sowie die
73 entschiedene Verfolgung von Korruption. So kann Lobbyismus von finanzstarken Akteur*innen,
74 der anderen Interessen politische Spielräume nimmt und für unfaire Aushandlungsprozesse
75 sorgt, kontrollier- und sanktionierbar werden.

76 (231) Die Ausbildung einer transnationalen und europäischen Öffentlichkeit ist eine wichtige
77 Voraussetzung für eine funktionierende Zusammenarbeit und die Demokratisierung der EU.

78 **Repräsentanz und Beteiligung**

79 (232) Über Repräsentation und demokratisch geregelte Verfahren können sich Meinungen,
80 Interessen und Vorstellungen zu Entscheidungen und Mehrheiten angemessen und gerecht
81 bündeln. Das ist Grundlage demokratischer Machtausübung. Die parlamentarische Demokratie
82 schafft so legitime Herrschaft der Menschen über sich selbst.

83 (233) Unsere Demokratie hat ein erhebliches Repräsentationsdefizit, wenn Millionen
84 Jugendliche und Kinder ausgeblendet werden, obwohl sie von Geburt an Staatsbürger*innen
85 sind. Entsprechend sollte im nächsten Schritt ein bundesweites Wahlrecht ab 16 gelten und
86 sollten weitere Beteiligungsmöglichkeiten auf allen Ebenen ausgebaut werden.

87 (234) Parlamente sind zentrale Orte der politischen Debatte und das Rückgrat unserer
88 vielfältigen Demokratie. Abgeordnete brauchen Unabhängigkeit und starke Kontrollrechte
89 gegenüber der Regierung. Parlamentarismus braucht das Ringen um beste Lösungen zwischen
90 Regierung und Opposition. Gleichzeitig trägt inhaltliche Zusammenarbeit abseits von starren
91 Fraktionsgrenzen wie im Europaparlament und in anderen europäischen Parlamenten zum Finden
92 dieser Lösungen bei. Für das Vertrauen in demokratische Verfahren ist es zentral, die
93 Nachvollziehbarkeit von Regeln, Prozessen und Ergebnissen gewährleisten zu können.

94 (235) Ziel einer lebendigen Demokratie ist es, möglichst vielen Menschen die Möglichkeit zu
95 geben, ihre konkrete Lebensrealität und ihre Zukunft aktiv mitzugestalten. Demokratie
96 braucht Parteien. Sie sind der Ort, wo Menschen ihre politischen Haltungen, Interessen und
97 Ziele organisieren und diese in die öffentliche und parlamentarische Auseinandersetzung
98 tragen können. Parteien wirken bei der Meinungsbildung mit, bündeln Interessen und
99 Werthaltungen und treten in einen demokratischen Wettstreit zur Besetzung von Parlaments-
100 und Staatsämtern.

101 (236) Parteien brauchen eine auskömmliche staatliche Finanzierung. Parteispenden von
102 Unternehmen sind immer auch Einflussnahme und Lobbyismus. Spenden an Parteien von
103 natürlichen Personen sind mit einer jährlichen Obergrenze zu versehen, um die Unabhängigkeit
104 von ökonomisch mächtigen Interessen zu garantieren. Solange Unternehmensspenden erlaubt
105 sind, sprechen wir uns für eine Begrenzung der Wahlkampfbudgets von Parteien aus.

106 (237) Direkte Beteiligungsmöglichkeiten bereichern die repräsentative Demokratie. Mit
107 Bürgerräten soll die Möglichkeit geschaffen werden, bei ausgewählten Themen die
108 Alltagsexpertise von Bürger*innen noch direkter in die Gesetzgebung einfließen zu lassen.
109 Zufällig ausgewählte Bürger*innen beraten in einem festgelegten Zeitraum über eine konkrete
110 Fragestellung und erarbeiten Handlungsempfehlungen und Impulse für die öffentliche
111 Auseinandersetzung und die parlamentarische Entscheidung. Es gilt sicherzustellen, dass die
112 Teilnehmer*innen sich frei, gleich und fair eine Meinung bilden können und dass ihnen
113 ausreichend Raum für eine intensive Auseinandersetzung mit der Fragestellung gegeben wird.
114 Bürgerräten kommt eine rein beratende Funktion für die öffentliche Debatte und Gesetzgebung
115 zu. Regierung und Parlament müssen sich mit den Ergebnissen auseinandersetzen, ihnen aber
116 nicht folgen. Bürgerräte können auf Initiative der Regierung, des Parlaments oder als
117 Bürgerbegehren zu einer konkreten Fragestellung eingesetzt werden. Das soll auch auf
118 Bundesebene möglich sein.

119 **Föderale Europäische Republik**

120 (238) Die Herausforderungen unserer Zeit können wir nur gemeinsam meistern. Daher brauchen
121 wir eine gestärkte politische Europäische Union. Es gilt, die EU im Zuge weiterer
122 Integrationsschritte gemeinsam mit den europäischen Bürger*innen zu stärken und
123 perspektivisch zur Föderalen Europäischen Republik weiterzuentwickeln.

124 (239) Die Föderale Europäische Republik schafft einen Rahmen, in dem sich nicht einzelne
125 mächtige Interessen oder Regierungen durchsetzen, sondern das Allgemeinwohl. In ihr werden
126 gleiche Rechte für alle Bürger*innen über die EU-Grundrechtecharta verbindlich garantiert,
127 und zwar unabhängig davon, in welchem Land der Republik jemand lebt. So wird die
128 Souveränität der Bürger*innen gestärkt. Es gilt das Prinzip der Subsidiarität, wonach
129 Aufgaben und Zuständigkeiten auf der jeweils untersten möglichen Ebene – Kommune, Land,
130 Bund, EU – behandelt werden.

131 (240) Der zentrale Ort für alle europäischen Entscheidungen ist das Parlament. Es ist in
132 einem Zweikammersystem zusammen mit dem Rat ein gleichberechtigter Teil der gesetzgebenden
133 Gewalt. Das Europäische Parlament wird ermächtigt, selbst Gesetze auf den Weg zu bringen,
134 alle Politikbereiche der Union und das Budget zu kontrollieren. Die EU-Kommission soll in
135 der Föderalen Europäischen Republik Teil eines parlamentarischen Regierungssystems sein. Der
136 Haushalt speist sich auch aus eigenen Mitteln und wird vom Europäischen Parlament
137 beschlossen. Er verfügt über eigene Steuereinnahmen und ist groß genug ist, um
138 makroökonomisch zu stabilisieren und in schweren Krisen Zuschüsse in die nationalen
139 Haushalte zu leisten.

140 **Bundesstaat**

141 (241) Wir denken Politik von unten nach oben. Dörfer und Städte, in denen wir leben, geben
142 Halt in einer komplexen Welt, daher sind Kommunen zu stärken. Den Stimmen der Regionen
143 wollen wir auf europäischer Ebene mehr Gewicht verleihen. Demokratische Entscheidungen
144 müssen so nah wie möglich an den Bürger*innen getroffen werden und immer dort, wo sie am
145 besten zu verwirklichen sind – in den Gemeinden und Städten, auf Landesebene, in den
146 Nationalstaaten oder auf Ebene der EU.

147 (242) Kooperationen zwischen den Ländern und zwischen den Kommunen sollen gestärkt werden.
148 Sinnvoll sind sie da, wo sie zu Effizienz- und ökologischen Gewinnen und gleichwertiger
149 Versorgung führen, etwa bei gemeinsamen Gewerbe- und Baugebieten, regionaler
150 Daseinsvorsorge, Klimaschutz und Bewältigung der Klimafolgen, bei Digitalisierung und
151 Mobilität.

152 (243) Länder und Kommunen brauchen eine eigene politische Gestaltungsfähigkeit sowie einen
153 größeren Handlungsspielraum, insbesondere bei den sogenannten freiwilligen Leistungen. Das
154 Konnexitätsprinzip zwischen Bund und Ländern führt dazu, dass eine auskömmliche und
155 aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen gesichert ist. Es gilt allerdings nicht
156 umgekehrt, dass also Kommunen oder Länder, die Aufgaben nicht wahrnehmen, sich an der
157 Aufgabenerfüllung auf anderer Ebene beteiligen müssen. Das wollen wir ändern, dafür wollen
158 wir einen Altschuldenfonds einführen sowie ein Investitionsprogramm Daseinsvorsorge
159 auflegen.

160 **Rechtsstaat und Sicherheit**

161 (244) Erst wenn sich Menschen sicher fühlen, leben sie frei, selbstbestimmt und in Würde.
162 Sicherheit muss für alle gleich garantiert sein, egal, wo jemand wohnt, was jemand glaubt,
163 wen jemand liebt, wie jemand aussieht oder woher jemand und seine Vorfahren kommen. Freiheit
164 und Sicherheit bedingen sich.

165 (245) Der Rechtsstaat ist der Garant für den Schutz der individuellen Freiheitsrechte und
166 der vielfältigen Demokratie. Ein funktionierender Rechtsstaat bedeutet: Alle Menschen sind
167 gleich vor dem Gesetz und haben dieselben Rechte und Pflichten. Der Rechtsstaat schützt die
168 Grund- und Abwehrrechte des oder der Einzelnen gegenüber staatlichen Eingriffen und
169 exekutivem Handeln. Damit dieser Rechtsstaat funktioniert, braucht es eine unabhängige und
170 gut ausgestattete Justiz, die in der Lage ist, Recht zu sprechen, exekutive, behördliche
171 oder legislative Maßnahmen effektiv zu prüfen und gegebenenfalls wirksam zu korrigieren.
172 Vertrauen in den Rechtsstaat setzt Rechtsdurchsetzung voraus.

173 (246) Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte haben mit dem Grundgesetz der
174 Bundesrepublik Deutschland sowie der Europäischen Grundrechtecharta ein starkes Fundament.
175 Doch auch ein Fundament muss gepflegt und modernisiert werden. Die Verfassung definiert
176 unser Gemeinwesen als wehrhafte Demokratie. Demokratie ist unsere Stärke und ihr
177 konsequenter Schutz ist handlungsleitend.

178 (247) Damit Rechtsstaatlichkeit in den europäischen Demokratien nicht noch weiter unter
179 Druck gerät, muss die Vergabe von EU-Mitteln stärker an rechtsstaatliche Prinzipien geknüpft
180 werden und der Anwendungsbereich der EU-Grundrechtecharta auf nationales Recht ausgeweitet
181 werden. So erhalten alle EU-Bürger*innen die gleichen einklagbaren Grundrechte.

182 (248) Die öffentliche Sicherheit und den Schutz vor Gewalt zu gewährleisten, gehört zu den
183 wichtigsten Aufgaben des Rechtsstaates. Jede*r hat das Recht auf ein Leben frei von Gewalt.
184 Das Gewaltmonopol liegt beim Staat. Dies ernst zu nehmen bedeutet, ein Ende des privaten
185 Besitzes von tödlichen Schusswaffen mit Ausnahme von Jäger*innen und Förster*innen sowie
186 illegalen Waffenbesitz stärker zu kontrollieren und zu ahnden.

187 (249) Rechtsextremismus und Rassismus sind die größte Gefahr für die liberale Demokratie und
188 die Sicherheit in Deutschland. Rassismus, der von rechtsextremistischen Netzwerken und
189 Verfassungsfeinden in und außerhalb der Parlamente geschürt wird, ist der geistige Nährboden
190 für terroristische Anschläge. Die Bekämpfung rechtsextremistischer Strukturen muss Priorität
191 für alle Sicherheitsorgane haben.

192 (250) Islamismus stellt sich gegen Demokratie, Menschenrechte und Freiheit. Der Staat muss
193 in der Lage sein, jede Form von Terror und Fundamentalismus abzuwehren. Dazu gehören neben
194 sicherheitspolitischen Maßnahmen auch Prävention und Deradikalisierungsprogramme in aktiver
195 Zusammenarbeit mit Schulen, Jugendeinrichtungen und Moscheevereinen.

196 (251) Der Schutz unserer Verfassung und der Grundwerte ist unser aller Auftrag. Es gilt, die
197 Aufgaben des Verfassungsschutzes zwischen Gefahrenerkennung und Spionageabwehr mit
198 nachrichtendienstlichen Mitteln einerseits und der Beobachtung von demokratie- und
199 menschenfeindlichen Bestrebungen mit wissenschaftlichen Methoden unter der ausschließlichen
200 Nutzung von öffentlichen Quellen andererseits voneinander zu trennen, so dass die
201 Öffentlichkeit in der Lage ist, darauf zu reagieren. Es braucht eine starke parlamentarische
202 Kontrolle der Geheimdienste.

203 (252) Polizei und Sicherheitsorgane garantieren die Sicherheit im Innern. Als sichtbarer Arm
204 des staatlichen Gewaltmonopols ist die Polizei in besonderer Weise Hüterin und Verteidigerin
205 von Rechtsstaat und wehrhafter Demokratie. Dafür braucht sie eine gute Ausstattung und
206 ausreichend Personal – in der Stadt wie auf dem Land. Sie ist auf das Vertrauen aller
207 Bürger*innen angewiesen. Bei Fehlverhalten müssen Fehler, strafbares Verhalten und
208 strukturelle Mängel ohne falsche Rücksichten aufgeklärt und geahndet werden.

209 (253) Unser Leitbild ist das einer faktenbasierten Kriminal- und Sicherheitspolitik, die auf
210 Prävention, Rechtsstaat und Information setzt. Sie koordiniert Verantwortung und geht den
211 notwendigen Umbau der Sicherheitsarchitektur an. Anlasslose Massendatenspeicherung schränkt
212 individuelle Freiheitsrechte der Bürger*innen ein.

213 (254) Durch den grenzüberschreitenden Ausbau der Zusammenarbeit von Polizei und Justiz durch
214 gemeinsame europäische Polizeiteams, ein Europäisches Kriminalamt und europäische
215 Staatsanwaltschaften wird in der Sicherheitspolitik zunehmend europäisch koordiniert und
216 kooperiert. Bei der Reform der föderalen Zusammenarbeit von Sicherheitsbehörden werden
217 einheitliche Standards geschaffen, so dass verstärkt gemeinsam ermittelt werden kann.

218 (255) Strafrecht als schärfster Eingriff des Staates in die Freiheitsrechte darf nur
219 äußerstes Mittel sein, denn es ist nicht das Allheilmittel zur Lösung gesellschaftlicher
220 Probleme aller Art. Damit das Strafrecht wirkt und Sicherheit schafft, müssen Haftbefehle
221 zügig vollzogen werden. Die Justiz ist entsprechend auszustatten. Damit die Justiz gut
222 funktionieren kann, muss sie in der Lage sein, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren.
223 Deswegen ist das Strafrecht zu entrümpeln, indem Bagatelldelicten wie Schwarzfahren
224 entkriminalisiert werden. Straf- und Asylrecht müssen klar voneinander getrennt werden. Im
225 Bereich des Strafvollzugs soll Resozialisierung im Mittelpunkt stehen.

226 (256) Eine wehrhafte Demokratie muss sich auch online schützen. Demokratische
227 Willensbildungsprozesse dürfen nicht durch intransparente Social-Media-Kampagnen, den
228 Einsatz von Troll-Armeen und automatisierte Computerprogramme (Bots) sowie weitreichende IT-
229 Angriffe von Regierungen, Geheimdiensten oder ihnen nahestehenden Gruppierungen manipuliert
230 werden. Hierfür braucht es Digitalkompetenz in den zuständigen Behörden, gesetzliche
231 Transparenzverpflichtungen, klare internationale Übereinkünfte und eine rechtsstaatliche
232 Verfolgung über Ländergrenzen hinweg.

233 (257) Die Rechtsdurchsetzung muss auch im Netz umfassend gegeben sein. Hass im Netz trifft
234 gerade Frauen und diskriminierte Gruppen besonders stark. Wenn sich Verbrechen ins Internet
235 verlagern, müssen auch die Ermittlungsfähigkeiten, entsprechend der analogen Welt, unter
236 Wahrung des Rechtsschutzes, auf das Netz ausgerichtet sein.

237 (258) Jede dritte Frau wird einmal in ihrem Leben Opfer von körperlicher oder sexualisierter
238 Gewalt. Bildung, Aufklärung, ein Rechtsanspruch auf Schutz und eine verlässliche
239 Infrastruktur aus Beratungs- und Schutzeinrichtungen können Gewalt gegen Frauen und Mädchen
240 verhindern. Dazu gehört auch Prävention und Täterarbeit. Männer, insbesondere Jungen, die
241 von (sexualisierter) Gewalt betroffen sind, brauchen eigene Hilfs-, Beratungs- und
242 Schutzangebote.

243 (259) Der Rechtsstaat zeigt sich in einer bürgerorientierten, leistungsstarken und für alle
244 zugänglichen öffentlichen Verwaltung. Für verlässliche, transparente Behörden braucht es
245 eine angemessene finanzielle, personelle und strukturelle Ausstattung. Die Aufgaben sind zu
246 bewältigen, wenn sich die Verwaltung umfassend digitalisiert und automatisiert und
247 ressortübergreifend arbeitet. Öffentliche Verwaltung muss auf Augenhöhe mit finanziell
248 mächtigen Interessen in Konzernen und Banken agieren.

249
250 (260) Staatliche Institutionen müssen für die Vielfalt der Gesellschaft stehen.
251 Institutionelle Diskriminierung, insbesondere Rassismus, ist trotz formaler rechtlicher
252 Gleichheit für viele Bürger*innen Realität. Es bleibt eine wichtige Aufgabe, durch Vielfalt
253 und Repräsentanz sowie mit Sensibilisierungsprogrammen und Monitoring dafür zu sorgen, dass
254 staatliche Strukturen alle Bürger*innen schützen und gleich behandeln.

GSP-09 Kapitel 6: Solidarität sichern

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 23.06.2020
Thema: Grundsatzprogramm

Text

Sicherheitsversprechen

- 1
2 (261) Es braucht ein neues soziales Sicherheitsversprechen. Ein starkes soziales Netz ist
3 die Grundlage für persönliche Entfaltung und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Soziale
4 Politik schafft Teilhabe. Dafür braucht es soziale Infrastruktur, Orte des Miteinanders
5 sowie gleichwertige Lebensverhältnisse. Eine gute Daseinsvorsorge ist Voraussetzung für
6 Zusammenhalt.
- 7 (262) Freiheitsrechte bleiben ein Privileg von wenigen, wenn die sozialen Voraussetzungen
8 nicht beachtet werden. Das Grundgesetz soll deshalb um soziale Grundrechte ergänzt werden.
- 9 (263) Die weitere Angleichung der Lebensverhältnisse in der Europäischen Union ist eine
10 Voraussetzung für eine von allen positiv erlebte Freizügigkeit. Europa braucht daher
11 Investitionen in sozialen Zusammenhalt und Klimaschutz und keine destruktive Sparpolitik.
12 Sie hat die Europäische Union in der Vergangenheit auseinandergetrieben.

Arbeit

- 13
14 (264) Für die meisten Menschen ist Erwerbsarbeit mehr als Existenzsicherung. Arbeit stiftet
15 Sinn, man gehört dazu, bringt etwas voran. Erwerbsarbeit in Vollzeit muss immer so viel wert
16 sein, dass man davon auskömmlich leben kann.
- 17 (265) Um ein neues Dienstleistungsprekariat zu verhindern, das Menschen ohne soziale
18 Absicherung arbeiten lässt, brauchen wir ein starkes Arbeitsrecht. Dazu zählen faire Löhne,
19 ein armutsfester Mindestlohn, Lohngleichheit bei gleicher Arbeit, klare Vorgaben zu Arbeits-
20 und Gesundheitsschutz sowie die Regelung von Arbeitszeiten. Das Arbeitsrecht muss auch in
21 digitalen Arbeitsmodellen und Unternehmen vollständig gelten und gestärkt werden.
- 22 (266) Die Vertretung von Arbeitnehmer*innen-Interessen durch Gewerkschaften und Betriebsräte
23 gilt in allen Unternehmen und Branchen. Die Sozialpartnerschaft muss auch im Wandel bewahrt
24 und ausgebaut werden. Für ihre Lebensplanung brauchen Menschen Verlässlichkeit, auch im
25 Erwerbsleben. Dazu gehören ein effektiver Kündigungsschutz und, wo möglich, unbefristete
26 Arbeitsverträge und Tariflöhne. Wir wollen die Tarifbindung stärken und die öffentliche Hand
27 soll dies bei ihrer Auftragsvergabe berücksichtigen. Starke Gewerkschaften sind dabei unsere
28 Partner.
- 29 (267) Eine vielfältige Gesellschaft bringt immer vielfältigere Formen der Beschäftigung und
30 Arbeit hervor, oftmals jenseits der Festanstellung. Um Solo-Selbstständige zu unterstützen
31 und gleichzeitig in das Sozialsystem einzubinden bzw. um prekäre Lebensverhältnisse zu
32 verhindern, sollen neue Sicherungsmodelle entwickelt werden. Ihnen soll der Eintritt in die
33 Gesundheits- und Rentenversicherung erleichtert werden und sie sollen die Möglichkeit haben,
34 sich gegen Arbeitslosigkeit zu versichern. Dabei haben die besonderen Bedingungen des
35 Berufsbildes Auswirkungen sowohl auf den Anspruch wie auf die Auszahlung.

36 (268) Die ökologische Transformation und der digitale Wandel ändern das Wirtschaften
37 grundlegend, und damit immer wieder auch die Arbeit und die Arbeitsbedingungen. Die Hälfte
38 der Kinder, die in die Schule kommen, werden später in Berufen arbeiten, die es heute noch
39 gar nicht gibt. Die Digitalisierung der Arbeitswelt bietet Chancen und Risiken. Welche
40 Tendenzen sich durchsetzen, ist eine Frage der politischen Gestaltung. Ohne klare politische
41 Steuerung erleben wir neue Formen von Ausbeutung, Überforderung und Entfremdung, von
42 Überwachung und ständiger Erreichbarkeit. Doch wenn die Transformation politisch organisiert
43 wird, bietet sie große Chancen für mehr Freiheit und Selbstbestimmung. Es gilt, die
44 Möglichkeiten der Digitalisierung zu nutzen, um schwere Tätigkeiten zu erleichtern.

45 (269) Neben Einkommen ist Zeithaben für viele Menschen ein immer größerer Wert. Die
46 Verfügbarkeit über die eigene Zeit schafft Lebenszufriedenheit. Die Steigerung der
47 Produktivität soll so genutzt werden, dass Menschen freier und souveräner agieren können.
48 Die Möglichkeit, selbst über die eigene Arbeitszeit zu bestimmen, gilt es zu stärken.
49 Gleichzeitig kann durch eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung Arbeit gerechter verteilt
50 werden, so dass alle Menschen mehr Zeit für sich selbst, ihre Familien, ihre Hobbys und für
51 gesellschaftliches Engagement haben. In Zeiten der Erziehung, Pflege und Weiterbildung
52 braucht es eine solidarische Unterstützung und Förderung.

53 (270) Die Veränderung der Arbeitswelt verlangt den Menschen viel ab: Flexibilität,
54 Umstellung, Anstrengung. Es braucht einen Rechtsanspruch auf Weiterbildung, der solidarisch
55 finanziert wird. Für Menschen, die durch den Strukturwandel ihre Arbeit verlieren, gibt es
56 eine besondere gesamtgesellschaftliche Verantwortung. Arbeitslosigkeit darf nicht zum
57 Ausschluss vom Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe führen.

58 (271) Homeoffice bietet viele Möglichkeiten der selbstbestimmteren Arbeitsgestaltung. Das
59 Recht auf Homeoffice muss gestärkt werden und grundsätzlich einhergehen mit einem Recht auf
60 einen Arbeitsplatz auch außerhalb der eigenen vier Wände. So wird die Gefahr einer
61 Doppelbelastung, insbesondere für Frauen, gebannt.

62 (272) Unterschiedliche Menschen realisieren unterschiedliche Arbeitsformen und
63 Arbeitswünsche. Arbeit soll sich stärker am Leben der Menschen ausrichten und nicht das
64 Leben an der Arbeit. Digitalisierung bietet die Möglichkeit für mehr Souveränität und
65 Flexibilität. Dafür ist mehr Mitsprache von Beschäftigten bei Umfang, Art und zeitlicher wie
66 örtlicher Lage der Arbeit nötig. Erwerbsarbeit darf nicht in andere Bereiche übergreifen.
67 Überstunden müssen in allen Bereichen erfasst und abgegolten werden.

68 (273) Menschen, die sich in sozialen und sorgenden Berufen um andere Menschen kümmern, sind
69 das Rückgrat unserer Gesellschaft. Doch es fehlt ihnen oft an gesellschaftlicher Anerkennung
70 und guten Arbeitsbedingungen. Das betrifft vor allem Frauen. Ihre Leistung für das
71 Gemeinwesen muss aufgewertet und besser bezahlt werden. Das umfasst vor allem eine bessere
72 finanzielle Ausstattung von kommunalen Einrichtungen sowie Investitionen in die
73 Daseinsvorsorge.

74 (274) Das System der dualen Ausbildung hat sich bewährt und ist eine wichtige Säule unserer
75 Arbeitswelt. Die Rechte von Auszubildenden wollen wir stärken und mehr betriebliche
76 Mitbestimmung ermöglichen. Ausbildungen umfassen Arbeit, sie muss gut entlohnt werden.

77 **Geschlechtergleichstellung**

78 (275) Noch immer bestehen große ökonomische und soziale Ungleichheiten zwischen den
79 Geschlechtern. Um Gleichberechtigung zu erreichen, ist das Arbeitsleben zentral. Das Prinzip
80 der gleichen Bezahlung für gleichwertige Arbeit muss durchgesetzt werden.

81 (276) Alleinerziehend zu sein ist oftmals trotz Arbeit ein hohes Armutsrisiko, überwiegend
82 für Frauen. Alleinerziehende müssen besonders vom Staat abgesichert werden.

83 (277) Durch zahlreiche Regelungen im Steuer- und Sozialrecht wird eine ungleiche Aufteilung
 84 von Erwerbsarbeit zwischen Frauen und Männern gefördert. Das Steuer-, das Arbeits- und das
 85 Sozialrecht müssen auf gleichen Rechten beruhen und geschlechterneutral sein. Wir wollen es
 86 stärker an ökonomischer Unabhängigkeit ausrichten. Erwerbstätigkeit soll sich für alle
 87 gleichermaßen lohnen.

88 (278) Nicht nur unser gesellschaftliches Zusammenleben, auch unser wirtschaftlicher
 89 Wohlstand baut auf Sorgearbeit auf, die meistens unbezahlt oder unterbezahlt von Frauen
 90 geleistet wird. Es gilt, die Voraussetzungen zu schaffen, damit diese Arbeit gerecht
 91 zwischen den Geschlechtern verteilt werden kann. Insbesondere Kinderbetreuung ist keine
 92 Privatsache, sondern gesellschaftliche Aufgabe.

93 **Soziales Netz**

94 (279) Soziale Leistungen erfolgen nach dem Prinzip der Bedarfsgerechtigkeit. Sie orientieren
 95 sich an gruppenspezifischen – zum Beispiel geschlechterspezifischen – sowie an individuellen
 96 Bedürfnissen. Sie werden möglichst dort erbracht, wo man lebt, und berücksichtigen die
 97 konkrete Situation.

98 (280) Die Garantiesicherung schafft neben dem Existenzminimum die Möglichkeit zu sozialer
 99 und kultureller Teilhabe. Diese Garantie soll ohne weitere Bedingungen für jeden Menschen
 100 gelten, dessen eigenes Einkommen und Vermögen nicht ausreicht. Eigenes Tätigwerden muss sich
 101 immer lohnen und honoriert werden.

102 (281) Existenzsichernde Sozialleistungen sollen Schritt für Schritt zusammengeführt und
 103 langfristig soll die Auszahlung in das Steuersystem integriert werden. So schaffen wir einen
 104 transparenten und einfachen sozialen Ausgleich. Verdeckte Armut wird überwunden.

105 (282) Einer Gesellschaft mit hoher Gleichheit geht es fast immer besser als einer
 106 Gesellschaft mit hoher Ungleichheit. Dennoch hat die soziale Ungleichheit innerhalb unserer
 107 Gesellschaften zugenommen. Ungleiche Vermögen führen zu ungleichen Einkommen und ungleichen
 108 Lebenschancen, die sich über Generationen vererben. Das bedeutet einen Verlust an
 109 Zufriedenheit, treibt die Lebenssituationen der Menschen auseinander und schadet dem
 110 Zusammenleben und der wirtschaftlichen Stabilität. Das Steuersystem soll Ungleichheit
 111 reduzieren. Wir streben eine gleichere Verteilung von Einkommen, Vermögen, Erbschaften und
 112 Chancen an und verbessern öffentliche Infrastrukturen, die sozialen Zusammenhalt und
 113 Teilhabe schaffen.

114 (283) Gerade bei Kindern und Jugendlichen führt eine ungleiche Verteilung an Einkommen und
 115 Vermögen, aber führen auch ungleiche Bedingungen je nach Wohnort oder Zugang zum
 116 Bildungssystem zu ungleichen Lebenschancen. Alle Kinder brauchen funktionierende und
 117 zugängliche öffentliche Orte wie Kitas und Schulen oder Sportvereine, Schwimmbäder und
 118 Bibliotheken. Kein Kind in unseren reichen Gesellschaften sollte arm oder ein Armutsrisiko
 119 für Eltern sein. Jedes Kind ist gleich viel wert. Das sollte über eine Kindergrundsicherung
 120 garantiert werden.

121 (284) Ein starkes soziales Sicherungssystem gibt es nur mit einem sozialen Europa. Die
 122 Währungsunion muss um einen sozialen Binnenmarkt erweitert werden, damit die Schieflage
 123 zwischen weitreichenden wirtschaftlichen Freiheiten und wenig entwickelten Arbeits- und
 124 Sozialstandards in der EU korrigiert wird. Dafür braucht es gemeinsame soziale Standards,
 125 wie etwa zu Mindestlohn und Grundsicherung, sowie eine europaweite
 126 Arbeitslosenrückversicherung.

127 (285) Es gilt, die soziale Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge in ganz Europa
 128 gemeinsam auszubauen und im Sinne geteilter Gemeingüter zu stärken.

Rente

129
130 (286) Solidarität lebt davon, dass sich alle an ihr beteiligen. Die Sozialversicherungen
131 sollen deshalb zu Bürgerversicherungen weiterentwickelt werden, so dass alle Menschen vom
132 Schutz der Sozialversicherungen profitieren und sich entsprechend ihrer Einkommen, egal ob
133 Lohn oder Zins, solidarisch beteiligen.

134 (287) Das Umlagesystem der Rentenversicherung sichert als Generationenvertrag die
135 Altersvorsorge. Gleichzeitig stehen Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung durch die
136 strukturelle Alterung der Gesellschaft vor großen Herausforderungen. Oberste Priorität hat
137 es, Altersarmut zu verhindern und ein lebensstandardsicherndes Rentenniveau zu erhalten.
138 Langjährig in der gesetzlichen Rentenversicherung Versicherte dürfen im Alter nicht auf
139 Leistungen der Grundsicherung angewiesen sein.

140 (288) Die Einwanderung von Arbeitskräften, eine steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen
141 sowie eine breitere Solidarität über eine Bürgerversicherung helfen dabei, das Rentenniveau
142 langfristig abzusichern.

143 (289) Private und betriebliche Altersvorsorge können die gesetzliche Rente sinnvoll
144 ergänzen. Die kapitalgedeckten Säulen der Altersvorsorge sollen künftig öffentlich
145 organisiert und verwaltet werden. Jede*r, die und der nicht widerspricht, soll sich daran
146 beteiligen. So wird eine attraktive Rendite auch für Kleinanleger*innen erzielt.

GSP-10 Kapitel 7: In Bildung investieren

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 23.06.2020
Thema: Grundsatzprogramm

Text

Recht auf Bildung

1 (290) Bildung ermöglicht es Menschen, ihr Leben eigenverantwortlich und selbstbestimmt
2 gestalten zu können. Bildung befähigt Menschen dazu, ihre Potentiale und Interessen zu
3 entwickeln und offen für neue Erkenntnisse und Erfahrungen zu werden. Das Recht auf Bildung
4 ist ein Recht auf Selbstbestimmung und Mündigkeit.
5

6 (291) Das Bildungssystem fördert Zukunftskompetenzen – Kooperation, Kommunikation,
7 Kreativität und kritisches Denken. Und es muss Freiheit lassen für neue Ideen und
8 Lernerfahrungen aller Beteiligten. Ein gleichberechtigter Zugang zu demokratischer Bildung
9 ist Grundlage für gesellschaftliche Weiterentwicklung. Das Bildungssystem muss Kinder und
10 Jugendliche auf eine Zukunft vorbereiten, die von Unwägbarkeiten, Klimakrise, digitalem
11 Wandel und sozialen Veränderungen geprägt sein wird.

12 (292) Das Bildungssystem soll zu nachhaltigem Handeln und verantwortungsvollem Entscheiden
13 befähigen und Menschen die selbstbestimmte Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen. Es ist
14 damit die Grundlage für eine freie und demokratische Gesellschaft. Das heißt auch,
15 gesellschaftliche und technologische Entwicklungen einordnen zu können, um nicht Fake News
16 oder Verschwörungsideologien zu erliegen. Kitas und Schulen sollen Orte sein, an denen
17 Kinder und Jugendliche demokratisches Zusammenleben praktisch erleben und mitbestimmen
18 können. Rollenbilder und Geschlechternormen müssen in allen Bildungseinrichtungen
19 reflektiert und daher auch in der Ausbildung pädagogischer Berufe thematisiert und kritisch
20 hinterfragt werden.

21 (293) Es ist staatliche Aufgabe, ungleiche Startbedingungen durch soziale Benachteiligungen,
22 das Wohn- und Lebensumfeld, Diskriminierung oder Sprachvoraussetzungen auszugleichen. Denn
23 höhere Bildungsabschlüsse ziehen häufig höhere Einkommen, Anerkennung und Repräsentation
24 nach sich. Das Einkommen oder der Bildungsgrad der Eltern darf nicht über die Zukunft von
25 Kindern entscheiden. Benachteiligende Strukturen in der Gesellschaft sollen im
26 Bildungssystem abgebaut und die Gleichbehandlung aller soll sichergestellt werden.

27 (294) Bildung ist die wichtigste Grundlage für gute Entwicklungschancen im Leben und trägt
28 dazu bei, dass Menschen in der modernen Arbeitswelt ihren Platz finden. Ein starkes
29 Bildungssystem ist zugleich zentral für die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes.

Kita und Schule

30 (295) Unterschiede bei den sozialen Voraussetzungen werden vor allem durch eine qualitativ
31 hochwertige frühkindliche Bildung sowie Betreuung und Förderung in der Ganztagschule
32 ausgeglichen. Das stellt neue Anforderungen an Erzieher*innen und Lehrkräfte, weswegen es
33 überall im Land gute Personalschlüssel und verbindliche Qualitätsstandards braucht. Um den
34 unterschiedlichen Bedarfen der Kinder gerecht zu werden, arbeiten in Ganztagschulen
35 Menschen unterschiedlicher Qualifikationen in Teams. Um der Individualität von Kindern
36 gerecht zu werden, sind Klassengrößen auf unter 20 Kinder zu reduzieren.
37

38 (296) Bildungspolitik und Sozialpolitik gehören zusammen. Deshalb muss Bildung besser
39 finanziert werden, damit Schulen für alle Kinder Orte der Persönlichkeitsentwicklung werden
40 und das Zusammenleben zwischen den Schüler*innen stärken. Die Finanzierung des
41 Bildungssystems ist eine zentrale Aufgabe für eine zukunftsgewandte Gesellschaft und
42 Voraussetzung für Gerechtigkeit. Denn Vermögen und Bildungszugang hängen immer noch
43 besonders stark zusammen. Bund und Länder sollen deshalb die höhere Besteuerung von Vermögen
44 bzw. Erbschaften zur besseren Ausstattung eines Bildungssystems nutzen, das allen Kindern
45 und Jugendlichen die gleichen Chancen bietet.

46 (297) Die Ganztagsbetreuung an Kitas und Schulen soll nicht nur Wissen vermitteln, sondern
47 soziale Kompetenzen und das Miteinander fördern sowie eine stärkere Verknüpfung zwischen
48 Lernen, Erfahren und Spielen gewährleisten. So können gezielt soziale und kulturelle
49 Benachteiligungen überwunden werden. Die individuelle Förderung der Kinder je nach
50 Potentialen ist entscheidend. Auf Ganztagsbetreuung soll es einen Rechtsanspruch geben.

51 (298) Die Lernmittel an Schulen sollen frei sein, einschließlich digitaler Endgeräte.

52 (299) Kinder mit Behinderung sollen gemeinsam mit nichtbehinderten lernen und am schulischen
53 Leben teilnehmen können. Um Schulen inklusiv zu gestalten und den Kindern mit Behinderung
54 gerecht zu werden, braucht es mehr Personal, kleinere Klassen und inklusive pädagogische
55 Konzepte.

56 (300) Gute Schulen brauchen Freiraum und gut ausgebildete Lehrkräfte, die den Unterricht so
57 gestalten, dass er den natürlichen Wissensdurst junger Menschen fördert, sowie Personal, das
58 eine ganzheitliche Entwicklung stärkt. Offene und durchlässige Strukturen im Unterricht und
59 in der Schule helfen, Potentiale zu entfalten und unterschiedliche Stärken zu entwickeln.

60 (301) Die technische Ausstattung der Kitas und Schulen auf dem gleichen Niveau wie in der
61 digitalen Wirklichkeit außerhalb der Bildungsstätten ist notwendig und dringliche Aufgabe
62 der öffentlichen Hand. Die Digitalisierung ist nichts, wovor man Kinder schützen muss.
63 Stattdessen sollen sie befähigt werden, die technischen Möglichkeiten altersgerecht zu
64 nutzen. Lehrer*innen sollen dafür aus- und fortgebildet werden. Die Digitalisierung
65 verändert die Form des Lernens und des Unterrichts. Das muss sich auch in der Pädagogik
66 widerspiegeln. Neben der digitalen Kompetenz braucht es auch eine Werte- und Normen-
67 Reflexion der technisch-digitalen Entwicklung. Digitale Kompetenzen sind dabei eine
68 Querschnittsaufgabe für alle Unterrichtsfächer.

69 (302) Kinder, Heranwachsende, benachteiligte und verletzte Menschen benötigen in der
70 digitalen Welt speziellen Schutz. Ihre selbstbestimmte Teilhabe an der digitalen Welt ist zu
71 fördern und ihr Zugang zu elementaren digitalen Gütern und Dienstleistungen zu
72 gewährleisten.

73 (303) Das deutsche Bildungssystem braucht eine deutlich bessere Mittelausstattung für mehr
74 Personal, Infrastruktur und Gebäude. Vor allem für den Kita- und Primarbereich müssen die
75 Ausgaben gesteigert werden, denn hier werden die Weichen für den Bildungserfolg gestellt.

76 (304) Der Bildungsföderalismus schützt die Demokratie vor Manipulation und sichert regionale
77 Vielfalt. Er darf jedoch nicht dazu führen, dass nötige Investitionen in Digitalisierung,
78 Ganztagsbetreuung oder Inklusion unterbleiben. Das können die Länder nicht allein leisten, sondern es
79 ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Das Kooperationsverbot in seiner bestehenden Form muss
80 entsprechend aufgehoben werden.

81 **Lebenslanges Lernen**

82 (305) Bildung ist ein lebenslanger Prozess. Die staatliche Verantwortung beginnt mit der
83 Kita und der Schule und erstreckt sich über das Recht auf Weiterbildung und die
84 Erwachsenenbildung. Bildung muss stärker als jemals zuvor in jedem Alter

- 85 selbstverständlicher Teil des Lebens werden. Weiterbildung ist eine gesamtgesellschaftliche
86 Aufgabe, damit gesellschaftliche Teilhabe in der Wissensökonomie gesichert wird.
- 87 (306) Kein Bildungsschritt soll ohne Abschluss bleiben. Jeder Mensch soll die Möglichkeit
88 haben, zu jedem Zeitpunkt in seinem Leben Schulabschlüsse, Berufsausbildungen oder
89 Teilqualifizierungen (nachträglich) zu erwerben. Der garantierte und niedrigschwellige
90 Zugang zur Erwachsenenbildung in Form des „Zweiten Bildungswegs“ fördert die soziale
91 Mobilität innerhalb der Gesellschaft und ist unerlässlich für das Ziel gleicher Bildungs-
92 und Lebenschancen. Direkt nach der Schule muss der Weg für jede*n Jugendlichen in eine
93 anerkannte Berufsausbildung, die angemessen bezahlt ist, offen sein.
- 94 (307) Auch in Deutschland gibt es funktionalen Analphabetismus in einem nicht unerheblichen
95 Ausmaß. Dieser muss durch spezielle Angebote und Förderungen besiegt werden.
- 96 (308) Der Fokus beim digitalen Lernen liegt auf der Medienkompetenz und der digitalen
97 Mündigkeit. Gezielt sollen auch ältere Menschen angesprochen werden, damit sie die
98 Möglichkeiten der digitalen Welt selbstbestimmt und sicher nutzen können.
- 99 (309) Volkshochschulen und ähnliche Einrichtungen sollen zu Bildungsknotenpunkten der
100 Erwachsenenbildung werden.
- 101 (310) Viele Menschen lernen in unterschiedlichsten Vereinen, Jugendverbänden und
102 Bildungsstätten sich einzubringen und mitzubestimmen. Auch diese außerschulische und
103 nonformale Bildung muss ausreichend Raum und finanzielle Möglichkeiten erhalten.
- 104 (311) Bildungswege sind heutzutage dauerhaft, berufsbegleitend und mit Wechseln verbunden.
105 Leistungen wie BAföG müssen dieser Realität angepasst werden. Auf einem Arbeitsmarkt mit
106 sich schnell wandelnden Anforderungen sind sowohl die Arbeitgeber*innen als auch die
107 öffentliche Hand gefordert, durch vergütete Aus- und Weiterbildung, Bildungsgeld und
108 Bildungsurlaub Chancengleichheit herzustellen. Niemandem dürfen aufgrund prekärer
109 Beschäftigung die Möglichkeiten essenzieller Qualifikation verwehrt sein.
- 110 (312) Bildungszugänge sind stark durch die Eigenheiten der Stadtteile oder durch Stadt-Land-
111 Gegensätze geprägt. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu sichern bedeutet, es auch
112 Kindern im ländlichen Raum zu ermöglichen, mit akzeptablen Schulwegen eine hochwertige
113 Bildung zu erreichen. Kreative Konzepte wie mobile Bibliotheken und Labore schaffen nicht
114 nur für Erwachsene Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten in strukturschwachen Räumen,
115 sondern sie ermöglichen auch den Erhalt von kleinen Schulen durch Vernetzung. Diese müssen
116 ebenso gefördert werden wie der Schüler*innen-Transport. Das gehört zur staatlichen
117 Daseinsvorsorge.

GSP-11 Kapitel 8: International zusammenarbeiten

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 23.06.2020
Thema: Grundsatzprogramm

Text

1 Frieden und internationale Ordnung

2 (313) Die großen politischen Herausforderungen unserer Zeit lassen sich nur global lösen.
3 Nachhaltige Politik bedarf vorausschauenden Handelns in internationaler Kooperation.

4 (314) Eine an Frieden, Solidarität und globaler Gerechtigkeit orientierte Politik braucht
5 Bündnisse allerer, die an den Wert von Kooperation und die Stärke des Rechts in den
6 internationalen Beziehungen glauben. Multilaterale Zusammenarbeit in den internationalen
7 Organisationen bleibt die beste Form, globale Politik zu gestalten.

8 (315) Es braucht eine internationale Ordnung, die auf der gerechten Verteilung globaler
9 Ressourcen und auf verbindlichen Regeln fußt, die die Rechte der oder des Einzelnen schützt,
10 Konflikte verhindert oder gewaltfrei und zum Wohle der Allgemeinheit löst.

11 (316) Eine friedliche und gerechte Weltordnung erfordert starke Vereinte Nationen mit dem
12 Ziel einer Weltinnenpolitik. Die Vereinten Nationen sind das legitime Forum, um
13 völkerrechtliche Normen zu entwickeln und sich auf weltgemeinschaftliche Ziele zu
14 verständigen. Sie müssen gestärkt werden.

15 (317) Zur Bearbeitung globaler Herausforderungen braucht es die Europäische Union als
16 Friedensmacht, die sich ihrer Verantwortung in der Welt im Rahmen der Vereinten Nationen
17 bewusst ist und zum Prinzip der internationalen Kooperation steht. Dieser Verantwortung kann
18 die EU nur gerecht werden, wenn sie nationale Spaltungen überwindet und gemeinsam handelt.
19 Die Antwort auf die aktuellen globalen Herausforderungen ist eine stetige Vertiefung und
20 Weiterentwicklung der EU, perspektivisch hin zu einer Föderalen Europäischen Republik.

21 Europäische Union

22 (318) Die Europäische Union ist Anker für Multilateralismus und demokratische Souveränität
23 in einer globalisierten Welt. Es gilt, das Versprechen der Europäischen Union auf eine
24 wertebasierte Politik nach innen und außen einzulösen. Bei Krisen gerät das Projekt EU immer
25 wieder unter Druck, die Nationalstaaten agieren unabgesprochen und oft auch unsolidarisch.
26 Gerade in Krisen aber lernen wir, dass Europa als Gemeinschaft stärker ist. Gerade in Krisen
27 wird klar, dass die Europäische Union mehr ist als ihr Binnenmarkt und dass sie als
28 politisches Projekt weiterentwickelt werden muss.

29 (319) Es ist zentrale Verantwortung der EU-Mitgliedstaaten, die Gräben in der Europäischen
30 Union nicht durch nationale Egoismen zu vergrößern. Es ist ihre Verantwortung, die
31 Handlungsfähigkeit der EU nach innen und außen zu verbessern.

32 (320) Freie Binnengrenzen und europäische Freizügigkeit sind Meilensteine der europäischen
33 Einigung, hinter die wir nicht zurückfallen dürfen.

34 (321) Auf Grundlage der gemeinsamen Werte braucht es ein gemeinsames strategisches
35 Bewusstsein der EU, das sich durch die verschiedenen Politikbereiche zieht. Indem die EU
36 mehr strategische Souveränität aufbaut, kann sie auch global Demokratie schützen und den

37 Klimaschutz voranbringen sowie in der Wirtschafts- und Finanzpolitik an Menschenrechten und
38 Gemeinwohl orientierte Standards setzen.

39 (322) Mit dem größten Binnenmarkt der Welt ist die EU wirtschaftlich gesehen ein Riese. Es
40 ist unsere Verantwortung, diese Stärke für eine an Menschenrechten und Gemeinwohl
41 orientierte und regulierte Globalisierung einzusetzen, die Krisen verhindert, statt sie zu
42 verstärken. Wer ökologisch, sozial und menschenrechtskonform produziert, soll davon einen
43 Vorteil haben. Wer das Gegenteil tut, soll negative Konsequenzen spüren.

44 (323) Damit Herausforderungen nicht nur durch die eigene nationalstaatliche Brille
45 betrachtet werden und um gegenseitiges Verständnis zu stärken, braucht es einen
46 paneuropäischen Diskurs durch eine europäische Öffentlichkeit. Dafür sind nichtkommerzielle
47 und europäisch geförderte Kommunikations- und Begegnungsräume für alle Europäer*innen
48 notwendig – digital, über die klassischen Medien und im direkten Austausch miteinander.

49 (324) Die Europäische Union wächst mit verstärkter Zusammenarbeit. Denn nicht alle
50 europäischen Staaten wollen immer dasselbe zur selben Zeit. Doch die europäische Einigung
51 und die Blockadehaltung einzelner Staaten dürfen nicht zur Ausrede für kollektives
52 Nichthandeln werden. Deswegen müssen manche Mitgliedstaaten nächste Schritte eher gehen als
53 andere und in manchen Dingen gemeinsam vorangehen. Dabei ist immer sicherzustellen, dass das
54 europäische Projekt als Ganzes nicht gefährdet wird und alle Mitgliedstaaten sich jederzeit
55 anschließen können. So kann es in einem Bündnis der europäischen Demokratien auch gegen die
56 nationalistischen Kräfte und Regierungen in Europa gelingen, das europäische Einigungswerk
57 fortzusetzen sowie Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu stärken.

58 (325) Die EU muss weltpolitikfähig werden. Sie muss im Sinne universeller Werte und daraus
59 abgeleiteter Interessen die Regeln des internationalen Umfelds mitgestalten. Eine geeinte
60 Europäische Union kann sich in der globalisierten Welt behaupten und demokratische
61 Gestaltungskraft entfalten. Die Grundlage dafür bilden die Menschenrechte und die globalen
62 Nachhaltigkeitsziele.

63 (326) Die EU muss ihre Soft Power nutzen, um die internationale Politik entscheidend
64 mitzugestalten. Dabei gilt es, eine gemeinsame außenpolitische Strategie gegenüber
65 nationalen Einzelinteressen der Mitgliedstaaten zu fördern. Das Prinzip der Einstimmigkeit
66 soll durch Mehrheitsentscheidungen in diesem Bereich ersetzt werden, um die gemeinsame
67 Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP/GSVP) zu stärken und so handlungsfähiger zu
68 werden.

69 (327) Das Friedensprojekt Europa ist mehr als die EU. Daraus erwachsen Verpflichtungen im
70 Erweiterungsprozess und in der Nachbarschaftspolitik. Die EU steht in der politischen
71 Verantwortung, das Vertrauen in das Beitrittsversprechen nicht zu enttäuschen und
72 gleichzeitig den notwendigen Reformprozess in den Beitrittsländern mitzugestalten.
73 Partnerschaften und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Regionen vor Europas Haustür
74 tragen zu Stabilität und Sicherheit bei. Die Östliche Partnerschaft der EU wie auch die
75 Kooperationen mit Staaten in Nordafrika und dem Nahen Osten stärken Demokratisierung,
76 Durchsetzung von Menschenrechten und wirtschaftliche Entwicklung. Sie sollen ausgebaut
77 werden. Die gemeinsamen europäischen Institutionen wie OSZE oder Europarat sind im
78 Zusammenspiel mit einer starken Europäischen Union wichtige Säulen einer multilateralen
79 Weltordnung.

80 Bündnispolitik

81 (328) Die Vereinten Nationen bilden den multilateralen Rahmen der internationalen
82 Zusammenarbeit. Mehr Verantwortung in den Vereinten Nationen erfordert von Deutschland und
83 der EU, ihr Engagement finanziell, personell und diplomatisch substanziell zu verstärken und
84 die internationalen Vereinbarungen auch konsequent und kohärent in nationale und europäische

85 Politik umzusetzen. Dabei geht es um das Prinzip der Reform durch Stärkung. Das ist gerade
86 wichtig in Zeiten, in denen nationale Egoismen zunehmen und wichtige Entscheidungen
87 blockiert werden.

88 (329) Der Sicherheitsrat und andere Organe der Vereinten Nationen müssen an die Realitäten
89 des 21. Jahrhunderts angepasst werden. Das betrifft sowohl die strukturelle und finanzielle
90 Ausstattung von VN-Organisationen als auch eine gerechtere Repräsentation der Regionen und
91 Beitragsleister im Sicherheitsrat.

92 (330) Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) soll als Sonderorganisation der VN und als
93 wichtigste Organisation im Bereich der globalen Gesundheit gestärkt werden. Ihre Aufgabe
94 kann sie nur mit einer ausreichenden Ausstattung und einem starken Mandat ausführen. Dafür
95 sind deutlich höhere zweckgebundene Beiträge an die WHO notwendig.

96 (331) Wenn multilaterale Prozesse in den Vereinten Nationen und der EU dauerhaft blockiert
97 sind, braucht es im Sinne der Stärkung des internationalen Rechts und der internationalen
98 Ordnung Vorreiter.

99 (332) In Zeiten von dysfunktionalen internationalen Institutionen bauen informelle Formate
100 Brücken. Diese dürfen aber nicht Machtinstrumente gegenüber denen sein, die nicht an ihnen
101 beteiligt sind. Zum Beispiel spielen die G20 eine wichtige Rolle für die internationale
102 wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Bewältigung globaler Herausforderungen. Sie müssen
103 für andere Akteure offen sein. Langfristig sollen die Beratungen der G20 in den Sozial- und
104 Wirtschaftsrat der Vereinten Nationen überführt werden.

105 (333) Neben der staatlichen Zusammenarbeit unterstützen wir Bündnisse mit und zwischen
106 Städten und Regionen, Wirtschaftsakteur*innen sowie Zivilgesellschaften. Nichtstaatliche
107 Akteure gehören stärker in Aushandlungsprozesse auf bilateraler und multilateraler Ebene
108 einbezogen und in ihrer Vernetzung untereinander unterstützt. Im Dialog mit der globalen
109 Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft können neue Wege entwickelt und neue
110 Bündnispartner*innen gefunden werden, um die sozial-ökologische Modernisierung
111 voranzutreiben. Auch wenn es noch keine Einigung auf ein internationales Vorgehen gibt, kann
112 so in zentralen Bereichen wie beim Handel oder in der Flucht- und Migrationspolitik
113 vorangegangen werden.

114 (334) Zu einer fairen Globalisierung gehört die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe
115 genauso wie die Mitbestimmung und demokratische Organisierung auf kommunaler und regionaler
116 Ebene.

117 (335) Die eigene kulturelle, sprachliche und religiöse Identität zu leben, ist für viele
118 Menschen wesentlich. Statt immer öfter in regionale Nationalismen,
119 Unabhängigkeitsbestrebungen oder gewaltsame Konflikte zu verfallen, brauchen wir eine
120 Politik für nationale Minderheiten, die Beteiligungsrechte und kulturelle Partizipation
121 sichert.

122 **Globale Sicherheit**

123 (336) Eine an universeller Würde und Freiheit orientierte Politik denkt Sicherheit nicht von
124 nationalen Grenzen, sondern von jedem einzelnen Menschen her. Zivile Krisenprävention,
125 Menschenrechte, die Gleichberechtigung der Geschlechter, eine gewaltfreie Regelung von
126 Konflikten, Wiederaufbau, Klima- und Umweltschutz, gerechte Ressourcenverteilung und die
127 Geltung des internationalen Rechts sind Grundlage einer nachhaltigen Sicherheitspolitik.

128 (337) Über Frieden und Sicherheit nachzudenken sollte nicht erst beginnen, wenn beides schon
129 in Gefahr ist. Konsequenterweise auf alle Politikfelder angewandt kann das Prinzip der Vorsorge
130 viel Leid verhindern.

131 (338) Zivile Krisenprävention muss noch stärker institutionell verankert werden. Dazu bedarf
132 es ausreichender Analysekapazitäten, Regionalkompetenz, Wirkungsforschung und eines
133 intensivierten Wissenstransfers zwischen Wissenschaft, Medizin, Praxis und Politik. Zivile
134 Krisenprävention und politische Konfliktlösung haben unbedingt Vorrang vor dem Einsatz
135 militärischer Gewalt. Wo sich multiple Krisen häufen, kommt es besonders darauf an,
136 präventiv zu handeln.

137 (339) Das allgemeine Gewaltverbot der VN-Charta ist eine große Errungenschaft. VN-geführte
138 Friedenseinsätze sind ein zentrales Instrument kollektiver Friedenssicherung und als solche
139 trotz aller Defizite zu stärken.

140 (340) Die Europäische Union ist eine Friedensmacht. Das Primat des Zivilen und das breite
141 Spektrum ziviler Instrumente zeichnen sie aus. Friedensmissionen, zivile Krisenprävention,
142 Diplomatie, internationale Zusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Auswärtige Kultur- und
143 Bildungspolitik, Mediation, die Bereitstellung von Zivil- und Polizeiexperten,
144 Rechtsstaatsförderung und gesellschaftliche Verständigungsarbeit sind die Stärken der
145 europäischen Außen- und Sicherheitspolitik. Sie muss institutionell, personell und
146 finanziell gestärkt und noch enger verzahnt werden.

147 (341) Maßgabe einer starken Außenpolitik und Grundlage für Sicherheit ist die
148 gleichberechtigte Vertretung von Frauen auf allen Ebenen der internationalen Politik. Es
149 gilt, in jedweder Art diplomatischer Verhandlungen oder bei der Zusammensetzung sicherheits-
150 und außenpolitischer Gremien im Sinne einer feministischen Außenpolitik Frauen
151 gleichberechtigt zu beteiligen. Frauen sind in besonderem Maße von Kriegen und gewaltsamen
152 Konflikten betroffen. Für den Frieden einzustehen heißt also auch, für den Schutz der
153 Menschenrechte von Frauen Sorge zu tragen. Frauen spielen eine wichtige Rolle in
154 Versöhnungs- und Friedensprozessen. Ihr Ausschluss ist nicht nur eine frauenspezifische
155 Diskriminierung, die über den Friedensschluss hinauswirkt, sondern er verhindert stabilen
156 Frieden.

157 (342) Die Klimakrise ist ein globales Sicherheitsrisiko. Klimapolitik ist daher ein
158 zentraler Bestandteil der globalen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Dafür ist
159 ein internationales Rahmenwerk auf VN- und EU-Ebene zur Vermeidung von Klima- und
160 Umweltkonflikten erforderlich, um Staaten und Regionen, die besonders von den Folgen der
161 Klimakrise oder von Rohstoffknappheit, Dürren, Nahrungsknappheit und Überschwemmungen
162 betroffen sind, zu schützen und zu unterstützen: die Responsibility to Prepare.

163 (343) Abrüstung, Rüstungskontrolle und die Nichtverbreitung von Waffen sind und bleiben
164 wesentliche Pfeiler jeder Friedenspolitik. Abrüstung und Rüstungskontrolle bringen am Ende
165 global mehr Sicherheit für alle. Es braucht ein strenges Regelwerk zur Abrüstung und zum
166 Verbot von chemischen, biologischen, radiologischen und nuklearen Massenvernichtungswaffen.
167 Dazu gehört eine Unterstützung des VN-Atomwaffenverbotsvertrags. Unser Anspruch ist nichts
168 Geringeres als eine atomwaffenfreie Welt.

169 (344) Exporte von Waffen und Rüstungsgütern an Diktatoren, menschenrechtsverachtende Regime
170 und in Kriegsgebiete verbieten sich. Es braucht eine gemeinsame restriktive europäische
171 Rüstungsexportkontrolle mit starken Institutionen und im Einklang mit den EU-Leitlinien für
172 Rüstungsexporte. EU-Mitgliedstaaten, die gegen verbindliche europäische
173 Rüstungsexportkriterien verstoßen, haben in Zukunft mit Sanktionen zu rechnen.

174 (345) Autonome tödliche Waffensysteme, die keiner Steuerung durch den Menschen bei Auswahl
175 und Bekämpfung von Zielen unterliegen, stellen eine unberechenbare Bedrohung dar. Es ist von
176 entscheidender Bedeutung für den Weltfrieden, autonome Waffentechnologien international zu
177 ächten und zu verbieten. Um eine Militarisierung des Weltraumes zu verhindern, brauchen wir
178 hohe Sicherheitsstandards und einen internationalen Verhaltenskodex.

179 (346) Europa muss sich gegen Angriffe auf seine kritische Infrastruktur schützen. Um
180 Angriffe über und auf das Internet zu verhindern, braucht es mehr eigene Anstrengung zur
181 Sicherung der Infrastruktur und ein internationales Vertragswerk.

182 (347) Die Anwendung militärischer Kriegsgewalt bringt immer massives Leid mit sich. Wir
183 wissen aber auch, dass die Unterlassung in einzelnen Fällen zu größerem Leid führen kann.
184 Handlungsleitend in der internationalen Sicherheitspolitik ist das erweiterte VN-Konzept der
185 Schutzverantwortung (Responsibility to Prevent, Protect, Rebuild), das uns als
186 internationale Gemeinschaft verpflichtet, Menschen vor schwersten Menschenrechtsverletzungen
187 und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu schützen.

188 (348) Die Bundeswehr ist eine in internationalen Bündnissen verankerte Parlamentsarmee.
189 Daraus erwächst eine Fürsorgepflicht des Parlaments gegenüber den Soldat*innen sowie die
190 Verpflichtung, sie entsprechend ihrem Auftrag und ihren Aufgaben auszustatten. Der Auftrag
191 und die Aufgaben der Bundeswehr orientieren sich an den realen Herausforderungen für
192 Sicherheit und Friedenssicherung. Deutschland soll sich auf seine Bündnispartner verlassen
193 können und genauso sollen sich die Bündnispartner auf Deutschland verlassen. Direkte
194 Einsätze im Rahmen der VN haben dabei Vorrang vor Einsätzen der EU oder der NATO.

195 (349) Die Prinzipien der „Inneren Führung“ und der „Staatsbürger*innen in Uniform“ binden
196 die Soldat*innen an die Gesellschaft und die Werte und Normen des Grundgesetzes. Eine
197 Bundeswehr, die fest in unserer Gesellschaft verankert ist, muss die Diversität der
198 Gesellschaft abbilden. Das betrifft den Anteil von Menschen unterschiedlicher sozialer
199 Herkunft, mit und ohne Migrationserfahrung, von People of Color sowie von Frauen, die in der
200 Bundeswehr beschäftigt sind. Nicht zuletzt durch die schrecklichen Erfahrungen der deutschen
201 Geschichte darf für Rechtsextremismus in der Bundeswehr kein Platz gelassen werden.

202 (350) Der Einsatz von militärischer Gewalt ist immer nur äußerstes Mittel. Bewaffnete
203 Einsätze der Bundeswehr im Ausland sind einzubetten in ein System gegenseitiger kollektiver
204 Sicherheit und in ein politisches Gesamtkonzept, basierend auf dem Grundgesetz und dem
205 Völkerrecht. Bei Eingriffen in die Souveränität eines Staates oder dort, wo staatliche
206 Souveränität fehlt, braucht es ein Mandat der Vereinten Nationen. Wenn das Vetorecht im
207 Sicherheitsrat missbraucht wird, um schwerste Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu decken,
208 steht die Weltgemeinschaft vor einem Dilemma, weil Nichthandeln genauso Menschenrechte und
209 Völkerrecht schädigt wie Handeln.

210 (351) Gemeinsam mit den internationalen Partnern muss Europa seiner Verantwortung für die
211 eigene Sicherheit und Verteidigung gerecht werden. Die gemeinsame europäische Sicherheits-
212 und Verteidigungspolitik setzt eine gemeinsame europäische Außenpolitik voraus. Wir wollen
213 an einer Sicherheitsunion arbeiten, die parlamentarisch kontrolliert ist. Anstatt immer mehr
214 Geld in nationale militärische Parallelstrukturen zu leiten, sollte die verstärkte
215 Zusammenarbeit der Streitkräfte in der EU ausgebaut und militärische Fähigkeiten sollten
216 gebündelt werden. Sie brauchen dafür eine geeignete Ausstattung, den Ausbau von EU-Einheiten
217 sowie eine Stärkung des gemeinsamen europäischen Hauptquartiers.

218 (352) Europäische Außen- und Sicherheitspolitik muss strategisch, vorausschauend, umfassend
219 und schnell handlungsfähig sein. Dazu braucht es eine gemeinsame Analysefähigkeit sowie eine
220 Stärkung des Europäischen Auswärtigen Dienstes. Schritt für Schritt sollen immer mehr
221 Entscheidungen in diesem Bereich mit qualifizierter Mehrheit getroffen werden können.

222 (353) Die NATO ist ein unverzichtbarer und Renationalisierung entgegenwirkender Bestandteil
223 der europäischen Sicherheitsarchitektur sowie der transatlantischen Beziehungen. Sie leidet
224 unter divergierenden sicherheitspolitischen Interessen innerhalb der Allianz und einer
225 unklaren strategischen Perspektive. Es braucht eine strategische Neuausrichtung. Mit einer
226 stärkeren militärischen Zusammenarbeit und Koordinierung innerhalb der EU und mit

227 Großbritannien können europäische strategische Interessen, gerade auch in der NATO,
228 geschlossen und durchsetzungsstärker vertreten werden.

229 (354) Frieden in Europa bedeutet mehr als Frieden, Sicherheit und Stabilität in der EU. Wir
230 teilen die Vision einer gesamteuropäischen Sicherheitsordnung innerhalb des OSZE-Raums. Die
231 OSZE braucht eine Stärkung, um das Ziel eines Systems kollektiver Sicherheit in ganz Europa
232 voranzubringen.

233 **Globale Strukturpolitik**

234 (355) In einer verflochtenen Welt verbinden und überkreuzen sich alle Bereiche der Politik,
235 egal ob Umwelt-, Agrar-, Bildungs- oder Rechtspolitik, sogar und immer mehr auch die
236 Innenpolitik der einzelnen Staaten. Für eine gerechte Globalisierung braucht es deshalb eine
237 globale Strukturpolitik, die sich von einer „Politik nach außen“ löst und einen abgestimmten
238 Ansatz verfolgt. Es ist an der Zeit, das Regieren und die Regierungsstrukturen ins 21.
239 Jahrhundert zu führen. Das heißt auch, den Tunnelblick auf das eigene Ressort zu beenden und
240 innere Widersprüche im Regierungshandeln konsequent auszuräumen. Alle politischen
241 Entscheidungen müssen einem Nachhaltigkeitscheck unterzogen werden.

242 (356) Menschenrechte, die Klimaziele von Paris und die Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für
243 eine nachhaltige Entwicklung sind der Handlungsrahmen für eine globale Strukturpolitik. So
244 wurden in der Vergangenheit unter anderem bereits große Erfolge bei der Bekämpfung von Armut
245 und Hunger sowie dem Zugang zum Gesundheits- und Bildungssystem erreicht. Mit unseren
246 Partner*innen gestalten wir zusammen weltweiten wirtschaftlichen Fortschritt im Einklang mit
247 Krisenfestigkeit, sozialer Gerechtigkeit und innerhalb der planetaren Grenzen. Um die
248 globalen Nachhaltigkeitsziele einzuhalten und das globale Zusammenleben möglichst krisenfest
249 zu gestalten, braucht es kohärente Politik in allen Politikfeldern.

250 (357) Internationale Zusammenarbeit mit Staaten und Zivilgesellschaften in ärmeren Regionen
251 der Welt ist weder auf Entwicklungszusammenarbeit zu reduzieren noch einseitigen
252 wirtschafts- oder sicherheitspolitischen Interessen unterzuordnen. Internationale
253 Zusammenarbeit basiert vielmehr auf rechtebasierter Kooperation, dem Partnerschaftsprinzip
254 bei globalen Herausforderungen.

255 (358) Die Fehler der Ausbeutung von Mensch und Natur müssen überwunden werden durch ein
256 faires und nachhaltiges Wachstums- und Wohlstandsmodell. Aus den Verbrechen des
257 Kolonialismus erwächst für Deutschland und Europa eine besondere Verantwortung.
258 Wertegeleitete Politik hat ihr Handeln konsequent auf friedens-, menschenrechts- und
259 klimapolitisch kontraproduktive Wirkungen zu prüfen und Schädliches zu unterlassen.

260 (359) Es braucht öffentliche Entwicklungsfinanzierung. Sie gehört wirksam ausgeweitet und
261 verbessert. Internationale Zusagen müssen verbindlich eingehalten und die Förderung der
262 Geschlechtergerechtigkeit muss berücksichtigt werden. In der internationalen
263 Klimafinanzierung stehen die Industriestaaten gegenüber den ärmeren Ländern bei der
264 Anpassung und Bewältigung der Schäden durch die Klimakrise in der Verantwortung.

265 (360) Als weltweit größter Geber hat die EU ein großes Potential für mehr Kohärenz und
266 Effizienz in der globalen Strukturpolitik. Ziel ist mittelfristig eine europäische
267 Vergemeinschaftung der nationalen Entwicklungspolitiken der Mitgliedstaaten. Eine gemeinsame
268 europäische Entwicklungszusammenarbeit soll zu einem Kern des gemeinsamen europäischen
269 Handelns werden.

270 (361) Die feministische Perspektive ist auch in der gemeinsamen Außen- und
271 Sicherheitspolitik der EU sowie in der internationalen Handelspolitik zu verankern und
272 anzuwenden. Jede Planung und Durchführung von Projekten, etwa der
273 Entwicklungszusammenarbeit, ist darauf auszurichten, Geschlechtergerechtigkeit zu fördern

274 und die gleichberechtigte Teilhabe an sozialen, ökonomischen und politischen Ressourcen zu
275 verwirklichen.

276 (362) Eine lebendige Zivilgesellschaft trägt dazu bei, Korruption und soziale Ungleichheit
277 zu bekämpfen. Sie fördert Transparenz, liefert wichtige Fakten und Impulse und bereichert
278 öffentliche Debatten. Nachhaltiger Frieden und Demokratie sind auf eine aktive
279 Zivilgesellschaft angewiesen. Daher gilt es, die Handlungsspielräume einer kritischen
280 Zivilgesellschaft global zu verteidigen.

281 **Handel**

282 (363) Internationaler Handel verbindet Menschen und Staaten, ermöglicht Teilhabe an Gütern
283 und Dienstleistungen und die Verbreitung von Innovationen. Handel ist dabei kein
284 Selbstzweck, sondern dient einem gerechten Wohlstand und damit der menschlichen Entfaltung.
285 Er soll fair gestaltet und demokratisch kontrolliert werden. Er muss zur Umsetzung der UN-
286 Nachhaltigkeitsziele und des Pariser Klimaabkommens beitragen, anstatt diese zu
287 konterkarieren.

288 (364) Eine demokratische Welthandelsordnung unter dem Dach einer reformierten WTO soll für
289 den regelgebundenen Ausgleich von Interessen stehen. Auch fortschrittliche bilaterale
290 Abkommen sind wichtige Schritte auf diesem Weg, wenn sie transparent und demokratisch
291 zustande kommen und sich an globalen Gemeinwohlinteressen ausrichten.

292 (365) Europäische Handelspolitik ist ein starkes Instrument, um Umwelt- und Klimaschutz, die
293 Einhaltung der Menschenrechte und soziale Standards wie den Schutz von Arbeitnehmer*innen-
294 Rechten mit Wirtschaftsinteressen in Einklang zu bringen und weltweit durchzusetzen.
295 Bereiche der Daseinsvorsorge, also öffentliche Güter wie beispielsweise Bildung, Gesundheit
296 oder Wasser, sind staatliche Aufgaben und unterliegen einem öffentlichen Interesse.
297 Sonderrechte und Sonderjustiz für Konzerne sind auszuschließen.

298 (366) Es braucht weltweit eine regionale Versorgungssicherheit mit überlebensnotwendigen
299 Lebens- und Arzneimitteln. Daher dürfen diese nicht allein krisenanfälligen globalen
300 Lieferketten überlassen werden, sondern müssen auch im europäischen Binnenmarkt produziert
301 werden können.

302 (367) Handelsabkommen sind stark, wenn sie regionale Wirtschaftskreisläufe beachten und
303 Instrumente beinhalten, welche die Einhaltung der Nachhaltigkeitsziele sichern, wie zum
304 Beispiel Mindeststandards oder Handelsbeschränkungen.

305 (368) Fairer Handel braucht einen Abbau der Ungleichgewichte im Welthandel und in der
306 Eurozone. Deutschland hat dabei eine besondere Verantwortung und sollte mit öffentlichen
307 Investitionen, guten Löhnen oder einer Stärkung der Binnennachfrage seinen
308 Handelsbilanzüberschuss schrittweise reduzieren.

309 (369) Ärmere Länder sind im Welthandel mit einer asymmetrischen Zollpolitik zu stärken. Sie
310 sollen souverän entscheiden, welche Bereiche ihrer Wirtschaft sie öffnen und welche sie
311 vorerst schützen wollen. Industriestaaten müssen unter Berücksichtigung hoher ökologischer
312 und sozialer Standards ihre Märkte hingegen für diese Länder öffnen. Denn formal gleiche
313 Rechte bei ungleich verteilter ökonomischer Macht führen zu ungerechten Ergebnissen.

314 (370) Herstellung, Produktion und Transport der Waren für den europäischen Markt müssen frei
315 sein von ausbeuterischer Arbeit, Menschenrechtsverletzungen und Kinderarbeit. Dafür soll
316 Fair Trade Standard werden. Das gilt für den gesamten Weg der Lieferketten und ist über
317 vollständige Transparenz, etwa durch digitale Verfahren und gesetzliche Verpflichtungen,
318 herzustellen.

319 **Finanzmärkte und Währungsordnung**

320 (371) Unregulierte globale Finanzmärkte haben zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine schwere

321 Wirtschaftskrise ausgelöst und in Schwellenländern immer wieder zu schweren Verwerfungen
322 geführt. Kurzfristige, spekulative Finanzströme sollen daher reguliert, verteuert und
323 notfalls verboten werden. Auch mit Steuerumgehung und nicht gesicherten Spekulationen soll
324 künftig kein Geld mehr verdient werden. Steuersümpfe müssen trockengelegt und internationale
325 Steuerhinterziehung muss bekämpft werden.

326 (372) Nachhaltige internationale Direktinvestitionen fördern die weltweite Entwicklung und
327 gehören zu einer starken europäischen Außenwirtschaftspolitik. Eine gerechte
328 Weltwährungsordnung ermöglicht allen Ländern, nicht nur den wohlhabenden, eine langfristige
329 und damit verlässliche Finanzierung von Investitionen. Neben einer Regulierung von
330 kurzfristigem Kapitalverkehr braucht es dafür die Stabilisierung von Wechselkursen.

331 (373) Nur globale öffentliche Institutionen können uns gegen spekulative Attacken auf
332 Staaten und ihre Währungen absichern. Langfristiges Ziel ist daher eine weltweite
333 Kooperation der Zentralbanken sowie eine Stärkung und Demokratisierung des IWF. So soll
334 Liquidität sichergestellt, dem globalen Finanzmarkt ein stabiler Rahmen gesetzt und Krisen
335 sollen so verhindert werden. Die Europäische Zentralbank steht schon jetzt in der
336 Verantwortung, die Auswirkungen ihrer Politik auf weniger und am wenigsten entwickelte
337 Länder zu berücksichtigen sowie Wechselkurse zu stabilisieren und abzusichern. So hilft
338 europäische Geldpolitik, spekulative Kapitalflucht aus diesen Ländern zu vermeiden und deren
339 Entwicklung zu fördern.

340 (374) Überschuldung schadet insbesondere den Ärmsten der Armen. Aber sie bremst auch die
341 Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele, gefährdet Gesundheitsversorgung, Bildung und
342 Infrastruktur in vielen Ländern. Die internationale Gemeinschaft muss regelbasierte
343 Verfahren ermöglichen, um bei Zahlungsunfähigkeit von Staaten durch Schuldenerlasse,
344 Zahlungsaufschübe oder einen Schuldenschnitt einen Ausgleich zu finden.

345 (375) Zu einer weltpolitikfähigen EU gehört eine sichere und starke Währung. Der Euro soll
346 zu einer globalen Leitwährung werden. Voraussetzung dafür sind eine gemeinsame Fiskalpolitik
347 der EU sowie die Herausgabe sicherer und liquider gemeinsamer Anleihen, abgesichert mit
348 eigenen Steuerquellen. Europas strategische Souveränität soll auch durch eigene europäische
349 Zahlungssysteme und ein digitales Zentralbankgeld sichergestellt werden.

350 **Migration und Flucht**

351 (376) Migration ist etwas zutiefst Menschliches und war stets Triebfeder für Entwicklung und
352 globale Zusammenarbeit, genauso Quelle von Innovation. Der Globale Pakt für Migration stärkt
353 und sichert die Rechte und die Freiheit von Menschen, die in anderen Ländern leben, arbeiten
354 oder zur Schule gehen. Er ist Grundlage für die internationale Verständigung zum
355 rechtsbasierten Umgang mit Migration und soll in diesem Sinne weiterentwickelt werden. Seine
356 Prinzipien müssen national verbindlich umgesetzt werden.

357 (377) Migration braucht legale Zugangswege. Deutschland ist ein Einwanderungsland. Deshalb
358 braucht es ein Einwanderungsgesetz mit klaren Kriterien für legale Einwanderung. Das
359 schließt mit ein, dass Menschen ihren Status wechseln und zwischen ihrem Herkunftsland und
360 dem Wohnort hin- und herreisen können. Menschen, die hier leben, sollen schnell den Zugang
361 zu staatsbürgerlichen Rechten bekommen. Dafür braucht es ein modernes
362 Staatsbürgerschaftsrecht.

363 (378) Flucht ist, wenn Menschen aufgrund von politischer Verfolgung, Folter, massiven
364 Menschenrechtsverletzungen oder Krieg gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen. Das
365 international verankerte Recht, in einem anderen Land Schutz zu suchen, beruht auf den
366 Lehren aus dem Menschheitsverbrechen der Shoah. Die völkerrechtlich verbindlichen Regeln,
367 insbesondere der Genfer Flüchtlingskonvention, gelten uneingeschränkt. Das individuelle

368 Grundrecht auf Asyl ist Grundpfeiler einer menschenrechtsorientierten Politik und muss
369 unangetastet bleiben.

370 (379) Die weltweite Zahl von Menschen auf der Flucht steigt auch durch klimabedingte
371 Katastrophen, die wiederum bestehende Konflikte weiter verschärfen. Ziel muss sein, durch
372 Klimaanpassung und -schutz zu verhindern, dass Menschen aufgrund der Klimafolgen ihre Heimat
373 verlassen müssen. Menschen, denen Staatenlosigkeit droht oder die dauerhaft ihre Heimat
374 verlieren, brauchen Möglichkeiten zur würdevollen Migration. Sie dürfen nicht in eine
375 Schutzlücke geraten. Perspektivisch brauchen sie einen völkerrechtlichen Schutzstatus.

376 (380) Duldungen bedeuten einen Zustand in der Schwebelage, fortdauernde Unsicherheit und
377 Perspektivlosigkeit. Ein solcher Ausnahmezustand muss wieder zur Ausnahme werden. Menschen,
378 die dauerhaft hier leben, brauchen ein Bleiberecht. Abschiebungen in Kriegs- und
379 Krisengebiete verbieten sich.

380 (381) Ordnung braucht Humanität. Humanität braucht Ordnung. Rechtsstaatliche und geordnete
381 Verfahren ermöglichen die Wahrnehmung der menschenrechtlichen Verantwortung der EU. Der
382 sichere und geordnete Zugang zu einer menschenwürdigen Erstversorgung sowie zu fairen, nach
383 völkerrechtlichen Standards ausgerichteten Asylverfahren in Europa ist zu gewährleisten.
384 Dafür braucht es kontrollierte EU-Außengrenzen, eine zuverlässige Registrierung –
385 perspektivisch über eine eigene europäische Asylbehörde – sowie schnelle, rechtsstaatliche
386 Verfahren und ein einheitliches europäisches Asylsystem, das die Verantwortung innerhalb der
387 EU fair verteilt.

388 (382) Um eine humanitäre Versorgung von geflüchteten Menschen auch außerhalb der
389 Europäischen Union zu unterstützen, sind Kooperation und Solidarität mit Nachbarstaaten und
390 weiteren Aufnahmeländern notwendig. Besonderen Schutz brauchen vulnerable Gruppen wie zum
391 Beispiel LGBTIQ, Frauen, Kinder, alte und kranke Menschen.

392 (383) Das Bekämpfen von Fluchtursachen heißt, die Gründe für Flucht und nicht die Menschen
393 auf der Flucht zu bekämpfen. Europäische Wirtschafts-, Finanz-, Handels-, Agrar- oder
394 Rüstungsexportpolitik müssen konsequent auf ihre soziale und wirtschaftliche Wirkungen in
395 Drittstaaten überprüft werden und nach dem Pariser Klimaabkommen, den Nachhaltigkeitszielen
396 der Vereinten Nationen sowie den Menschenrechten gestaltet sein.